

# DENK ORTE

Max-Planck-Gesellschaft  
und Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft  
**Brüche und Kontinuitäten**  
1911–2011

Herausgegeben von  
Peter Gruss und Reinhard Rürup  
unter Mitwirkung  
von Susanne Kiewitz

Sandstein Verlag Dresden

# Inhalt

- 9 Vorwort  
Peter Gruss
- 12 Einleitung  
Reinhard Rürup
- 24 **Im Zeichen der Minerva**  
Felicitas von Aretin
- 34 **Räume zum Denken**  
Dieter Grömling · Susanne Kiewitz
- 48 **Köpfe der Wissenschaft**  
Reinhard Rürup
- 60 **Strukturen, Finanzen  
und das Verhältnis zur Politik**  
Rüdiger Hachtmann
- 70 **Forschungserfolge**  
Jürgen Renn · Horst Kant
- KONTINUITÄTEN**  
Historische Orte mit Zukunft
- 80 **Fritz-Haber-Institut  
der Max-Planck-Gesellschaft  
Berlin**  
Bretislav Friedrich  
Jeremiah James  
Thomas Steinhauser
- 92 **»Die Geschichte  
als Ansporn nutzen«**  
Interview mit Gerhard Ertl
- 96 **Bibliotheca Hertziana  
Rom**  
Elisabeth Kieven
- 106 **»Die meisten Italiener kennen  
die Hertziana, und wenn nicht,  
macht's trotzdem Eindruck«**  
Interview mit Reinhard Metzner
- 110 **Max-Planck-Institut  
für Kohlenforschung  
Mülheim**  
Manfred Rasch
- 122 **»Patente in eigener Regie«**  
Interview mit Günther Wilke
- 126 **Max-Planck-Institut  
für Eisenforschung  
Düsseldorf**  
Sören Flachowsky
- 136 **Max-Planck-Institut  
für Evolutionsbiologie  
Plön**  
Thomas Potthast
- 146 **»Unser Arbeitsraum wurde  
nachts zum Schlafrum  
umfunktioniert«**  
Interview mit Wolfgang Junk
- 150 **Max-Planck-Institut  
für Dynamik und  
Selbstorganisation  
Göttingen**  
Moritz Epple · Florian Schmaltz
- 164 **Max-Planck-Institut  
für Psychiatrie  
München**  
Matthias M. Weber  
Wolfgang Burgmair
- 174 **Max-Planck-Institut  
für medizinische Forschung  
Heidelberg**  
Wolfgang U. Eckart
- 184 **Tagungsstätte Harnack-Haus  
Berlin**  
Eckart Henning
- BRÜCHE**  
Aufgegebene Orte der Forschung
- 196 **Deutsch-Italienisches Institut  
für Meeresbiologie  
Rovigno, Istrien**  
Christiane Groeben

204 **Max-Planck-Institut für Biologie  
Berlin – Tübingen**  
Hans-Jörg Rheinberger

---

214 **Max-Planck-Institut  
für Eiweiß- und Lederforschung  
Dresden – München**  
Anne Sudrow

---

222 **Schlesisches Kohlen-  
forschungsinstitut der  
Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft  
Breslau**  
Manfred Rasch

---

230 **Kaiser-Wilhelm-Institut  
für Anthropologie, menschliche  
Erblehre und Eugenik  
Berlin**  
Carola Sachse

238 **»Die Geschichte gibt es,  
und man kommt nicht darum  
herum«**  
Interview mit  
Hans-Hilger Ropers

---

242 **Max-Planck-Institut  
für Zellphysiologie  
Berlin**  
Susanne Kiewitz

252 **»Das war damals schon  
ein Museum«**  
Interview mit Peter Ostendorf

## **TRANSFORMATIONEN** Neue Orte mit Geschichte

256 **Max-Planck-Institut für Chemie  
Berlin – Mainz**  
Carsten Reinhardt

---

266 **Max-Planck-Institut  
für Biochemie  
Berlin – Martinsried**  
Achim Trunk

---

276 **Max-Planck-Institut  
für molekulare Physiologie  
Berlin – Dortmund**  
Theo Plessner · Rolf Kinne

288 **»Wir waren im Institut wie eine  
große Familie«**  
Interview mit Margret Böhm

---

292 **Max-Planck-Institut  
für Hirnforschung  
Berlin – Frankfurt**  
Helga Satzinger

302 **»Ein gebrochenes Verhältnis  
zur Vergangenheit«**  
Interview mit Wolf Singer

---

306 **Max-Planck-Institut  
zur Erforschung multireligiöser  
und multiethnischer  
Gesellschaften  
Berlin – Göttingen**  
Hans Erich Bödeker

---

316 **Max-Planck-Institut für Physik  
Berlin – München**  
Horst Kant

324 **»So ein bisschen Wind  
von Heisenberg weht hier  
immer noch«**  
Interview mit Helmut Rechenberg

---

330 **Max-Planck-Institut  
für Metallforschung  
Berlin – Stuttgart**  
Helmut Maier

---

340 **Max-Planck-Institut für  
ausländisches öffentliches  
Recht und Völkerrecht  
Berlin – Heidelberg**  
Rüdiger Wolfrum

---

348 **Max-Planck-Institut für  
Pflanzenzüchtungsforschung  
Müncheberg – Köln**  
Susanne Heim · Hildegard Kaulen

---

## ANHANG

361 Literaturverzeichnis  
375 Autoren  
377 Personenverzeichnis  
381 Ortsverzeichnis  
382 Abkürzungen  
383 Bildnachweis  
384 Impressum

# Vorwort

Forschung lebt vom ständigen Wandel. So braucht Grundlagenforschung Wissensdurst, Neugier und die Risikobereitschaft des Forschers, um erfolgreich wissenschaftliches Neuland zu betreten. – Und vor allem braucht sie ausreichend Freiräume. Aufbruch und Erneuerung waren kennzeichnend für die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, an deren Gründung vor 100 Jahren wir als Nachfolgeorganisation in diesem Jahr erinnern. Und Transformation und Wandel zählen zu den Grundprinzipien der Max-Planck-Gesellschaft, die 1948 in Göttingen gegründet wurde. Vor dem Hintergrund dieses bedeutsamen Ereignisses wollen wir das Prinzip des beständigen Wandels an einem ungewöhnlichen Beispiel demonstrieren: nämlich an Orten, wo geforscht, gelehrt, diskutiert – kurz: gedacht wurde und wird.

An diesen Denkmälern ist der Wandel in Stein, Beton und Holz haptisch greifbar ebenso wie in seinen Neu-, Um- und Anbauten. Der Fotoband erzählt die Geschichte von insgesamt 23 Instituten und dem Harnack-Haus, darunter sind alle, die im Kaiserreich eingeweiht oder deren Gründung noch vor 1918 beschlossen wurde. Acht Institute befinden sich bis heute unverändert an ihrem Standort wie beispielsweise das Fritz-Haber-Institut in Berlin oder die Bibliotheca Hertziana in Rom. Dabei bedeutet Standorttreue nicht Stillstand, denn natürlich hat sich die Forschung im Inneren flexibel weiterentwickelt. Oft entstanden deshalb neben dem Altbau aus der Gründungszeit sukzessive moderne Forschungsgebäude. In Göttingen oder München wurde so aus einem Institut ein ganzer Campus.

Einige der in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft gegründeten Forschungsinstitute sind heute nicht mehr vorhanden. Meistens sind hierfür die durch die beiden Weltkriege veränderte politische Landkarte oder ganz einfach gewandelte Forschungsaufgaben verantwortlich. Die übrigen Institute scheinen oft auf den ersten Blick mit ihren hochmodernen Gebäuden vollkommen neue Orte der Forschung zu sein. Tatsächlich haben diese Institute ihren Gründungsort verlassen und ihren Standort mehrfach gewechselt.

Heute hat von den insgesamt 80 Max-Planck-Instituten lediglich noch rund ein Viertel Wurzeln in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Das zeigt, wie sehr sich die Max-Planck-Gesellschaft inzwischen von ihrer Vorgängerorganisation emanzipiert hat. Und es ist nun an der Zeit, sie als eine Gesellschaft mit einer eigenen Geschichte und Tradition zu begreifen. In den 1960er- und 70er-Jahren erfolgte eine beispiellose Welle von Neugründungen. Große Forschungszentren mit interna-

tionaler Ausstrahlung entstanden in Göttingen auf dem Faßberg und in Martinsried bei München. Die deutsche Wiedervereinigung stellte die Max-Planck-Gesellschaft vor eine weitere Herausforderung: Bis 2003 errichtete sie 18 Institute in den neuen Bundesländern. Dieser Aufbau Ost hatte jedoch seinen Preis und wurde nur ermöglicht durch herbe Kürzungen im Westen.

Es war mir deshalb besonders wichtig, dass der Band nicht bei einer Beschreibung der Vergangenheit stehen bleibt, sondern in der Transformation den Blick für die aktuelle Entwicklung unserer Forschung frei macht. Für die Beschreibung dieser Orte als Denkmäler der Wissenschaftsgeschichte, aber auch als Denkmäler aktueller Spitzenforschung konnte eine große Zahl von Autoren gewonnen werden, darunter namhafte Historiker. Mein besonderer Dank gilt Reinhard Rürup, der den Band von der ersten Minute an mit seinem kritischen Blick als wissenschaftlicher Mitherausgeber betreut hat. Er stand gemeinsam mit Theodor Schieder der unabhängigen Präsidentenkommission vor, die mein Vorgänger im Amt, Hubert Markl, zur Erforschung der Rolle der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im »Dritten Reich« 1997 einberufen hatte.

Es gehörte zum Konzept, die – gegebenenfalls auch kritische – Reflexion über die eigene Geschichte nicht nur, aber doch in Teilen externen Autoren zu überlassen. Damit folgt das Buch der durch die Präsidentenkommission eingeschlagenen Linie des Umgangs mit der Vergangenheit. Die Liste der Autoren zeigt aber auch unser eigenes wissenschaftliches Potenzial, vor allem im Bereich der Wissenschaftsgeschichte, zu deren Erforschung es seit 1994 ein eigenes Max-Planck-Institut gibt. Entscheidend waren für uns darüber hinaus die Querschnittsthemen zur Forschung, zur Architektur und zur Tradition, um eine breitere Öffentlichkeit für die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und die Max-Planck-Gesellschaft zu interessieren und zu zeigen: Wissenschaft ist und bleibt ein wichtiger Teil unserer bundesdeutschen Gesellschaft. Das gilt gestern wie heute.

Der Blick auf die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ist von großen Kontinuitäten, aber auch von tiefen Diskontinuitäten geprägt. Es ist der Blick auf erfolgreiche Prinzipien der Forschungsförderung, auf Nobelpreise und wissenschaftliche Durchbrüche, aber auch der Rückblick auf eine brüchige Geschichte. Unter der nationalsozialistischen Herrschaft haben viele Wissenschaftler sich in den Dienst eines verbrecherischen Regimes gestellt und die ethisch-moralischen

Grenzen ihrer Forschung überschritten. Auf der anderen Seite verloren fast ein Drittel aller aktiven wissenschaftlichen Mitglieder und Mitarbeiter ihre Arbeit vor allem aus rassistischen, vereinzelt auch aus politischen Gründen.

Nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs bestanden die Alliierten, vor allem die Amerikaner, auf der Auflösung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Die Gründung der Max-Planck-Gesellschaft 1948 war ein Aufbruch aus Trümmern. Der Neubeginn stand im Zeichen der Demokratie und geschah unter Beteiligung der westlichen Alliierten. Der Ort der Neugründung war denkbar bescheiden. Sie vollzog sich am 26. Februar 1948 in der Kantine des heutigen Max-Planck-Instituts für Dynamik und Selbstorganisation in Göttingen auf dem Gelände der Aerodynamischen Versuchsanstalt.

Für viele Forscher und Wissenschaftsorganisatoren der ehemaligen Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft war die – ohnehin erst 1960 abgeschlossene – Liquidation der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft nicht nachvollziehbar. So setzte die Max-Planck-Gesellschaft zunächst ganz auf Kontinuität zur Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und hielt den Mythos der »politisch reinen Grundlagenforschung im Dritten Reich« über Jahre aufrecht. Kaum ein Wissenschaftler, der in das NS-Unrecht verstrickt war, wurde entlassen. Und kaum ein Emigrant, der die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft verlassen hatte, wurde nach dem Krieg als wissenschaftliches Mitglied mit offenen Armen empfangen. Bis in die 1980er-Jahre hinein – und damit viel zu lange – hat die Max-Planck-Gesellschaft es nicht vermocht, die historische Schuld ihrer Vorgängerorganisation angemessen zu beurteilen. Es bedurfte eines Generationswechsels für den unverstellten Blick.

Inzwischen ist dies in umfassender Weise geschehen: Die Arbeit der Präsidentenkommission ist abgeschlossen und hat ihren Niederschlag in einer Vielzahl von Publikationen gefunden. 2001 hatte sich der damalige Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, Hubert Markl, stellvertretend für Wissenschaftler der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft bei den überlebenden Opfern entschuldigt.

Die Max-Planck-Gesellschaft hat ihre Lehren aus der Vergangenheit gezogen: Freiheit der Forschung bedeutet für uns, bei der Freiheit immer die ethischen Grenzen mitzudenken. 2007 haben wir deshalb eine Ethikkommission eingerichtet, die dem Senat der Max-Planck-Gesellschaft im März 2010 die »Hinweise und Regeln der Max-Planck-Gesellschaft zum verantwortlichen Umgang mit Forschungsfreiheit und Forschungsrisiken« zur Verabschiedung vorgelegt hat. Die

Regeln sollen den Blick der Wissenschaftler für möglichen Missbrauch schärfen, auch dort, wo er nicht unbedingt auf der Hand liegt, und ergänzen die schon bestehenden »Regeln zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis«.

Wir sind heute (wieder) eine durch und durch internationale Gesellschaft, in der Wissenschaftler und Mitarbeiter unabhängig von ihrer Nationalität und ihrer Konfession zusammenarbeiten. Über 30 Prozent der Institutsdirektoren haben einen ausländischen Pass, bei unseren rund 4500 Doktoranden ist es sogar fast die Hälfte. An vielen Instituten gibt es inzwischen International Offices, um Forschern und ihren Familien das Einleben in Deutschland so einfach und angenehm wie möglich zu machen.

Vielfach baut unsere Forschung auf spektakulären Ergebnissen auf, die schon in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft gewonnen wurden. In Berlin-Dahlem liegen die Anfänge der modernen Molekularbiologie. Auch die damals brandneue Atomphysik hatte ihren Platz im Forschungsprogramm der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Dafür hatte Max Planck mit der Entdeckung des Wirkungsquantums 1900 die Grundlagen geschaffen, aus denen mit der Teilchenphysik ein völlig neuer Zweig der physikalischen Forschung erwuchs. Weltberühmt wurden hierfür Albert Einstein, James Franck, Otto Hahn und Werner Heisenberg. Insgesamt erhielten 15 Wissenschaftler der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft den Nobelpreis.

Mit 17 Nobelpreisträgern steht die Max-Planck-Gesellschaft ihrer Vorgängerorganisation in nichts nach: Auch hier arbeiten Wissenschaftler an den Grenzen unseres heutigen Wissens. Diese Forschung kann Leben retten, indem sie neue Erkenntnisse über die Biologie des Menschen gewinnt und damit ungeahnte Chancen zur Bekämpfung von Krankheiten eröffnet. Sie entwickelt neue Materialien, die Flugzeugturbinen hitzebeständiger und damit sparsamer machen. Ein Schritt zu mehr Energieeffizienz in einem Zeitalter, in dem Energie und Klimawandel ganz unmittelbar miteinander verknüpft sind. Und sie entwickelt ein umfassendes Verständnis von Rechtsordnungen und stellt Beratungsleistungen zur Verfügung, um den Aufbau rechtsstaatlicher Systeme in Ländern wie Afghanistan zu stützen.

Eine Reihe von Prinzipien aus der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft wirken nach, wir haben sie jedoch im Laufe der Zeit umfassend modernisiert. Schon in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft spielte die Forschungsfreiheit eine entscheidende Rolle, auch, wenn sie in Zeiten des Krieges immer wieder gebrochen wurde. Adolf von Harnack, erster Präsident der

Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, hatte deshalb die Unabhängigkeit von »Clique und Kapital« gefordert. Ohne die großzügigen Spenden von Fördernden Mitgliedern aus der Bankenvelt und Industrie hätte sich die neue Gesellschaft nicht finanzieren lassen. Die Max-Planck-Gesellschaft hingegen steht auf einer stabilen Basis öffentlicher Finanzierung. Seit dem Königsteiner Abkommen von 1949 sichern Bund und Länder ihren Etat. Die Max-Planck-Gesellschaft wird heute zu weit über 80 Prozent durch Mittel der öffentlichen Hand gefördert. Im Gegensatz zur Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft gibt es keine Auftragsforschung. Daneben ermöglichen es Spenden der Max-Planck-Gesellschaft – in jüngster Zeit insbesondere durch die Max-Planck-Förderstiftung – Forschung flexibel zu unterstützen und unser Forschungsportfolio unbürokratisch auszubauen.

Das Harnack-Prinzip, wonach ein Institut zunächst um einen Spitzenforscher herum gebaut wurde, hat für die Max-Planck-Gesellschaft noch Relevanz. Es beruht darauf, dass ein kluger Kopf Ausrichtung und Inhalt der Forschung bestimmt. Verlässt der Wissenschaftler das Institut, ändert sich oft die Forschungsrichtung oder werden und wurden Institute beziehungsweise Abteilungen geschlossen. Heute bestehen unsere Institute aus mehreren Abteilungen mit eigenen Direktoren. Wissenschaft findet sehr viel mehr in Teams über Abteilungs- und Fächergrenzen hinweg statt. Seit der Satzungsänderung von 1964 haben sich die Hierarchien deutlich abgeflacht.

Ganz neu ist die systematische Entwicklung von Evaluationsinstrumenten, die es in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft nicht gab. Die Leitungsfunktion der Institutsdirektoren wird regelmäßig überprüft. Außerdem bewerten international besetzte externe Fachbeiräte in regelmäßigen Abständen alle Max-Planck-Institute. Die Evaluation ist die Grundlage für eine strategische Entwicklungsplanung der Max-Planck-Gesellschaft.

Vernetztes Wissen stellt die Basis dar, um die wissenschaftlichen Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft zu bewältigen. Der Ausbau von Forschungskoperationen hat für die Max-Planck-Gesellschaft daher besondere Priorität. So verstärken wir in den wichtigsten aufstrebenden Ländern, wie beispielsweise Indien, unsere Aktivitäten. Erst im Frühjahr 2010 haben wir in Delhi das »Indo-German Max Planck Center for Computer Science« am Indian Institute of Technology eingeweiht. Ziel ist es, ein Exzellenz-Zentrum zu schaffen, in dem nicht nur Top-Forschung betrieben wird, sondern das

darüber hinaus jungen Wissenschaftlern auch Karrierechancen in Indien eröffnet. Auch in anderen Ländern – verstärkt in Europa – werden in den kommenden Jahren Max Planck Center entstehen. Kooperationsprogramme bedeuten in vielerlei Hinsicht Annäherung. So besuchte Otto Hahn 1959 das Weizmann Institut, also lange bevor die Bundesrepublik und der jüdische Staat diplomatische Beziehungen aufnahmen. Ein Ergebnis der Reise war unser ältestes und traditionsreichstes Kooperationsprogramm, die Minerva-Stiftung.

Der Blick auf die Entwicklung der Max-Planck-Gesellschaft bis heute zeigt, dass sie weder räumlich noch wissenschaftsthematisch ein festes Gebilde ist. Dynamik, Flexibilität und die Bereitschaft, sich ständig zu verändern, sind ihr Erfolgsrezept. Wachstum heißt vor allem Transformation und ein sich stetiges Vergewissern der Qualität. So haben wir auch in den vergangenen Jahren neue Institute auf den Weg gebracht, wie das MPI für Biologie des Alterns oder das MPI für die Physik des Lichts. Andere Institute haben eine Neuausrichtung erfahren wie das MPI für Dynamik und Selbstorganisation und das für Evolutionsbiologie. Die flexible Einheit eines Forschungsinstituts schafft nach wie vor ideale Bedingungen für wissenschaftliches Arbeiten – von den Bauten bis hin zu den administrativen Strukturen. Die Forschungsleistungen, die das Buch auch vorstellt, sind das geistige Extrakt dieser Denkkorte.

Sie sind herzlich zur Lektüre eingeladen. Danken möchte ich unserem Verlagspartner, dem Sandstein Verlag, dem Fotografen David Ausserhofer, aber auch unserem Archiv, ohne dessen Fotosammlung das Projekt nicht hätte realisiert werden können.

Mein Dank gilt allen auch ehemaligen Mitarbeitern und Kollegen, die an dem Projekt mitgewirkt haben, vor allem durch ihre Bereitschaft und Zeit für ausführliche Gespräche, von denen einige als Interviews abgedruckt sind. So ist dieses Buch nicht nur in seinem Konzept, sondern auch in seiner Gestalt eher ungewöhnlich – vielleicht, weil auch die Max-Planck-Gesellschaft und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ungewöhnlich sind bzw. waren. Es dokumentiert die Heterogenität und lebendige Vielfalt der Forschung. Und es drückt die Freude über 100 Jahre erfolgreiche Grundlagenforschung und die Arbeit an Ideen ebenso aus, wie die Nachdenklichkeit angesichts historischer Verfehlungen der Wissenschaft.

# Einleitung

Zu den »Deutschen Erinnerungsorten«, die in dem gleichnamigen Grundlagenwerk, dessen drei Bände 2001 im Münchner Verlag C.H. Beck erschienen sind, vorgestellt werden, gehört auch die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. »Im Erinnerungshaushalt der Deutschen«, so ist dort zu lesen, »nimmt die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften einen doppelten Platz ein. Einerseits bezeichnet sie einen historischen Erinnerungsort, der in einer gedächtnisarchäologischen Expedition erst freigelegt werden muß. Andererseits ragt die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft durch ihre Nachfolgerin, die Max-Planck-Gesellschaft, unmittelbar und handgreiflich in die Gegenwart hinein.« Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, die, wie der Verfasser darlegt, die »mächtigste und angesehenste« Wissenschaftsrichtung war, über die »Deutschland in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts verfügte«, ist in der breiteren Öffentlichkeit heute gänzlich unbekannt: Würde man bei den im Hörfunk und im Fernsehen so beliebten Quiz-Sendungen nach ihr fragen, würden die allermeisten »vermutlich auf einen nationalistischen Kriegerverein der wilhelminischen Epoche oder auf eine Traditionsgesellschaft zur Pflege des monarchischen Gedankens tippen«. Für die kleine Zahl derjenigen, die sich für die moderne Wissenschaftsgeschichte interessieren, ist die Geschichte dieser Gesellschaft dagegen noch immer »vom Glanz bahnbrechender wissenschaftlicher Leistungen umstrahlt« – von einem Glanz freilich, der im Blick auf die NS-Zeit und den Zweiten Weltkrieg inzwischen auch ins Zwielicht geraten und oder sogar deutlich getrübt worden ist.

Als Walther Nernst und Max Planck im Juli 1913 Albert Einstein in Zürich besuchten, um ihn für Berlin – für die Akademie der Wissenschaften, die Universität und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft – zu gewinnen, war eines der durchschlagenden Argumente, dass Einstein dort – wie Nernst formulierte – an dem Ort leben würde, »an dem acht von den zwölf Leuten arbeiten, die Ihre Relativitätstheorie verstanden haben«. Berlin war zu Beginn des 20. Jahrhunderts nicht nur die Hauptstadt eines Reichs, das seinen Anspruch als »Weltmacht« geltend zu machen versuchte und das in seiner industriellen Entwicklung selbst Großbritannien überholt hatte, sondern auch ein anerkanntes Zentrum der Wissenschaften, das mit der Universität, der Technischen Hochschule, der Preußischen Akademie der Wissenschaften, den Forschungsanstalten des Reichs und nicht zuletzt auch den forschungsorientierten Großunternehmen vor allem der Elektrotechnik und der Chemie geradezu weltweit bewundert wurde.

1979, als die Max-Planck-Gesellschaft gemeinsam mit der Deutschen Physikalischen Gesellschaft und der Gesellschaft Deutscher Chemiker in Berlin die 100. Geburtstage von Albert Einstein (1879–1955), Otto Hahn (1879–1968), Max von Laue (1879–1960) und Lise Meitner (1878–1968) feierte, machte der bedeutende französische Soziologe Raymond Aron auf dem Weg zur Ausstellungseröffnung die nachdenklich-melancholische Bemerkung: »Es hätte Deutschlands Jahrhundert sein können.« Die Szene ist von Fritz Stern überliefert worden, der in einem seiner großen Essays (»Die zweite Chance? Deutschland am Anfang und am Ende des Jahrhunderts«) später zustimmend kommentierte: »Aron hatte recht: es hätte Deutschlands Jahrhundert werden können; am Anfang des Jahrhunderts war Deutschland das Land des dynamischen Aufstiegs. In der Geschichte des modernen Europa gab es immer ein Land – nacheinander Spanien, Frankreich, Holland, Großbritannien –, das ein Zeitalter nicht nur beherrschte, sondern prägte; so konnte man am Anfang des Jahrhunderts erwarten, daß Deutschland einen solchen Vorrang erreichen würde.« Denn in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts gab es, wie er erklärend hinzufügte, in Deutschland einen »Aufschwung in fast allen Gebieten: »Deutschland im Aufstieg bedeutete wirtschaftliche Macht, und diese Macht wiederum beruhte auf einer unübertroffenen Integration von Wissenschaft, Technik und Unternehmertum.« Es war »eine Zeit blühender Kreativität« in Kunst und Wissenschaft und zugleich »eine strenge, hoch disziplinierte, tüchtige Gesellschaft mit einem eingeschränkten, noch jetzt imponierenden Ernst«.

Dass solche Überlegungen sich in der Erinnerung an Einstein und Hahn, Meitner und von Laue und damit in der Erinnerung auch an die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft aufdrängten, ist alles andere als zufällig. Die Gründung der »Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften« ist im Oktober 1910 bei der Hundertjahrfeier der Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität von Wilhelm II. verkündet und im Januar 1911 in Berlin vollzogen worden. Dieser Gründungsakt, der eine weithin bewunderte mäzenatische Unterstützung durch die Spitzen des deutschen Wirtschaftsbürgertums fand, war als ein von dem Wissenschafts- und Technikoptimismus dieser Zeit getragenes Aufbruchssignal für das 20. Jahrhundert gedacht. Nicht in Konkurrenz zu den Universitäten und Technischen Hochschulen, sondern als eine für notwendig erachtete Ergänzung sollten die Kaiser-Wilhelm-Institute vor allem der naturwissenschaftlichen Forschung neue, die Zukunft sichernde Impulse geben. Den herausragenden Gelehrten und ihren Mitarbeitern sollten in



diesen Instituten durch die ausschließliche Konzentration auf die Forschung Arbeitsmöglichkeiten geboten werden, um die sie schon bald von ihren Kollegen in aller Welt beneidet wurden.

Der Auf- und Ausbau der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft fand in den letzten Jahren des Kaiserreichs statt, und er wurde auch durch den Ersten Weltkrieg nicht gestoppt. 1918 war sie als Institution bereits so gefestigt, dass sie auch den unrühmlichen Abgang Wilhelms II. und das Ende der Monarchie in Deutschland ohne große Einbußen überstand. In der Weimarer Republik hielt sie – ebenso wie wenig später unter nationalsozialistischer Herrschaft – zwar an ihrem auf die monarchistische Tradition verweisenden Namen fest, arrangierte sich aber ebenso rasch wie erfolgreich mit den neuen politischen Gegebenheiten, sodass sie trotz der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse – die Kriegsanleihen und die Inflation kosteten auch sie einen großen Teil ihres Stiftungskapitals – in den Jahren der Republik weiter expandieren und ihr hohes wissenschaftliches Ansehen nicht nur stabilisieren, sondern weiter steigern konnte. Der Erste Weltkrieg und die traumatische Erfahrung der Niederlage hatten den Fortschrittsglauben und das Selbstbewusstsein der Deutschen zutiefst erschüttert, und angesichts des politischen Machtverlustes setzte man in der Weimarer Republik umso mehr auf Kunst und Bildung, Technik und Wissenschaft. In dieser Situation gehörte die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zu den führenden Einrichtungen, die weiterhin »Weltgeltung« beanspruchen konnten und deshalb trotz leerer Kassen durch das Reich nachhaltig gefördert wurden.

Die nationalsozialistische »Machtergreifung« bedeutete insofern eine radikale Zäsur, als die Bestimmungen des »Berufsbeamtengesetzes« vom April 1933 auch in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft Anwendung fanden und insgesamt fast ein Drittel aller aktiven Wissenschaftlichen Mitglieder sowie zahlreiche wissenschaftliche Mitarbeiter, aber auch Sekretärinnen und technisches Personal aus rassistischen und anderen politischen Gründen aus den Instituten vertrieben wurde. Das über die individuellen Schicksale hinaus besonders Erschreckende dabei war und ist, dass das alles weitgehend geräuschlos geschah, ohne Aufbegehren oder nach außen sichtbare Zeichen der Solidarität. Der institutionelle Fortbestand war nicht gefährdet, die Anpassung an den »Führerstaat« erfolgte ebenso geschmeidig wie konsequent. Die überragende Bedeutung des in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft gebündelten wissenschaftlichen Potenzials wurde auch von den neuen Machthabern nicht bestritten.

Seit der zweiten Hälfte der 1930er Jahre profitierten fast alle Institute, wie auch die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft insgesamt, von der forcierten Rüstungs- und Autarkiepolitik des »Dritten Reichs«, und sie stellten sich – in »vaterländischer Pflichterfüllung« – auch im Krieg geradezu bedingungslos in den Dienst des NS-Regimes. In der Regel beging man keine unmittelbaren Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit, wie sie in den Nürnberger Prozessen verhandelt wurden, aber in nicht wenigen Fällen wurden in der wissenschaftlichen Arbeit doch Grenzen überschritten, die zuvor als unantastbar gegolten hatten. Das betrifft die aktive Unterstützung der »rassenhygienischen« Maßnahmen, Menschenversuche an KZ-Häftlingen oder Kriegsgefangenen, die Arbeit mit menschlichem »Material«, das von Opfern der NS-Verbrechen stammte, die Entwicklung chemischer Kampfstoffe, die Ausplünderung von Forschungsstätten in den besetzten Gebieten und anderes mehr. In nahezu allen Instituten betrieb man nicht nur »Grundlagenforschung«, sondern auch eine den Interessen des »Dritten Reichs« dienende, eindeutig anwendungsbezogene Forschung, und das nicht unter direktem politischen Druck und Zwang, sondern fast immer aus eigenem Antrieb und Interesse. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft befand sich nicht, wie man es später gern darstellte, in einem permanenten Belagerungszustand oder Abwehrkampf gegen die Zumutungen des NS-Regimes, sie war vielmehr ein integraler Bestandteil dieses Regimes und insofern auch mitverantwortlich für die Kriegführung und die Verbrechen des Nationalsozialismus.

Schon ab 1943 bekam die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft die Auswirkungen der Kriegswende unmittelbar zu spüren. Eine rasch anwachsende Zahl von Gebäuden erlitt Bombenschäden, und aus den großen Städten wurden die Institute oder zumindest große Teile von ihnen in weniger gefährdete Regionen evakuiert. Nach der Niederlage kam es mit dem Beginn der Besatzungsherrschaft an vielen Orten zur Beschlagnahme der Institutsgebäude, und im Alliierten Kontrollrat einigte man sich schon bald darauf, die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft als einen Bestandteil des militärisch-industriell-wissenschaftlichen Komplexes des NS-Systems aufzulösen. Zwar unterblieb die Auflösung, doch war die Zukunft der Gesellschaft höchst ungewiss. Die Generalverwaltung, die ihren Sitz kurz vor Kriegsende von Berlin nach Göttingen verlegt hatte, suchte und fand die Unterstützung der dort zuständigen britischen Besatzungsmacht, die allerdings darauf bestand, dass der Name »Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft« endlich aufgegeben wurde. So konnte im September 1946 in Bad Driburg die »Max-Planck-Gesellschaft«

in der britischen Besatzungszone gegründet werden, der 13 Institute und andere wissenschaftliche Einrichtungen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft angehörten.

Das war jedoch nur ein erster, vorläufiger Schritt: Das eigentliche Gründungsdatum ist der 26. Februar 1948, als sich in Göttingen 23 Kaiser-Wilhelm-Institute zur »Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V.« zusammenschlossen. Das war eine »bizonale« Gründung für die britische und die amerikanische Zone, die im Juli 1949 auch von der französischen Besatzungsmacht anerkannt wurde, sodass die dort befindlichen fünf Kaiser-Wilhelm-Institute sich wenige Monate später, im November 1949, ebenfalls der neuen Gesellschaft anschließen konnten. Die in Berlin verbliebenen Institute oder Abteilungen waren zunächst vom Berliner Magistrat übernommen worden. Die Einrichtungen in Berlin-Dahlem wurden dann 1947 in eine von Bayern, Hessen und Württemberg finanzierte »Deutsche Forschungshochschule« überführt und nach deren Auflösung 1953 von der Max-Planck-Gesellschaft übernommen. Die sowjetische Besatzungszone, später Ost-Berlin und die DDR blieben von vornherein außerhalb des Wirkungsbereichs der Max-Planck-Gesellschaft, die seit 1949, dem »Königsteiner Abkommen« entsprechend, vom Bund und den Ländern der Bundesrepublik Deutschland finanziell getragen wurde und weiterhin wird.

Die Max-Planck-Gesellschaft, die ihren Sitz in Göttingen hatte, deren Institute aber über große Teile der Bundesrepublik verteilt waren, hatte in den ersten Jahren wie die meisten anderen wissenschaftlichen Einrichtungen mit den allgemeinen Notlagen der Nachkriegsjahre, aber auch mit den Hinterlassenschaften des NS-Systems zu kämpfen, ehe sie sich langfristig konsolidieren und das für ihre Arbeit nötige wissenschaftliche und politische Vertrauen im In- und Ausland zurückgewinnen konnte. Ihre Bedeutung für die Bundesrepublik wurde schon 1954 dadurch demonstriert, dass die jährliche Hauptversammlung in Anwesenheit von Bundespräsident Heuss und Bundeskanzler Adenauer stattfinden konnte. Seit der zweiten Hälfte der 1950er Jahre profitierte auch die Max-Planck-Gesellschaft deutlich von dem anhaltenden Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik: Aus den 23 Gründungsinstituten waren 1960 bereits 40, 1972 52 und 1984 58 Institute geworden, und im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Beschäftigten sogar von 1441 (1949) auf 8404 (1984). Mit der Gründung weiterer Institute war es möglich, neue Forschungsschwerpunkte zu setzen, aber auch die räumlichen, personellen und apparativen Bedürfnisse der bestehenden Institute konnten in dieser Zeit weitgehend befriedigt werden.

1960 begann mit dem Wechsel im Präsidentenamt von Otto Hahn zu Adolf Butenandt die Verlagerung der Zentrale von Göttingen nach München. Zuerst richtete man in der Münchener Residenz ein Präsidialbüro ein, im Laufe der 1960er Jahre wurden dann allmählich alle Abteilungen der Generalverwaltung an den neuen Standort verlegt. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, deren Zentrum ursprünglich eindeutig in Berlin lag, hatte in ihren letzten Jahren aufgrund der Evakuierungen bereits neue regionale Schwerpunkte im südlichen Niedersachsen und in Württemberg ausgebildet. Dazu kamen nun München und sein Umland, doch war man stärker als früher gezwungen, bei den Standortentscheidungen die föderale Struktur der Bundesrepublik zu berücksichtigen, weil die zahlenden Bundesländer zunehmend großen Wert auf die Präsenz der Max-Planck-Gesellschaft in den jeweiligen Landesgrenzen legten. Das Prinzip, die Institute und Forschungsstellen möglichst der Größe der Länder entsprechend zu verteilen, hatte seine größte Bewährungsprobe schließlich in den 1990er Jahren zu bestehen, als man sich darauf verständigte, im Rahmen des nationalen Einigungsprozesses binnen eines Jahrzehnts ca. 20 Prozent des wissenschaftlichen und technischen Personals der Max-Planck-Gesellschaft in die neuen Bundesländer, einschließlich Berlin, zu verlagern und zu diesem Zweck dort, unter Einsatz spezieller Fördermittel, etwa zwanzig neue Forschungseinrichtungen zu gründen. So vergrößerte sich die Zahl der Institute von 61 im Jahr 1990 auf 80 im Jahr 2002, stieg die Zahl der Beschäftigten im gleichen Zeitraum von 8724 auf 12 049.

Die Max-Planck-Gesellschaft ist ebenso wie früher die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ein eingetragener Verein, der über seine Zielsetzungen und seine Arbeitsweise durch seine Organe – von der Hauptversammlung über den Wissenschaftlichen Rat und seine Sektionen, den Senat und den Verwaltungsrat bis zum Präsidenten – selbstständig entscheiden kann. Tatsächlich spielten jedoch in der Zeit der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft immer wieder wirtschaftliche und auch politische Interessen bei der Gründung von Instituten und teilweise auch hinsichtlich der Ausrichtung der Forschungsprogramme eine beträchtliche Rolle, man denke nur an die Institute für Kohlenforschung in Mülheim und Breslau, für Eisenforschung in Düsseldorf oder auch die international vergleichenden Institute für Völkerrecht und Privatrecht in Berlin. Die Grundlage für die erfolgreiche Förderung der Wissenschaften war für die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft stets eine enge Vernetzung mit den führenden Repräsentanten der Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Auch für die Max-Planck-Gesellschaft ist die feste Verankerung in dem politisch-gesell-

schaftlichen Gefüge der Bundesrepublik von fundamentaler Bedeutung, doch sind die unmittelbaren staatlichen und wirtschaftlichen Einwirkungen auf die Entwicklung der Gesamtinstitution oder einzelner Institute deutlich geringer als in früheren Zeiten. Wesentliche Voraussetzungen für die Sicherung der Freiheit und Selbstbestimmung der Forschung innerhalb der Max-Planck-Gesellschaft sind die klaren Regelungen der Finanzierung aus öffentlichen Mitteln, aber auch die Verfassungsordnung der Bundesrepublik, das liberal-demokratische Selbstverständnis und die Erfahrungen mit der NS-Herrschaft.

Verändert haben sich im Laufe der Zeit vor allem die inneren Strukturen der Kaiser-Wilhelm- und der Max-Planck-Gesellschaft. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft war in ihrer Gründungszeit Teil eines Honoratioren-Milieus mit dem Kaiser als »Protector«, einem Kreis von Mäzenen, die sich auf Wunsch des Monarchen in besonderer Weise engagierten, hohen Beamten, die die wohlwollende Unterstützung des Staates garantierten, und einigen großen Gelehrten, deren Ruhm über den Kreis ihrer Fachkollegen hinausstrahlte. Gefördert werden sollten nicht Institutionen, sondern Personen, d. h. herausragende Wissenschaftler, die in den für sie zu schaffenden Instituten eine Stellung einnahmen, die den unumschränkt herrschenden Chefs privatwirtschaftlicher Unternehmen entsprach. Die Struktur war damit grundsätzlich autoritär-patriarchalisch, selbst wenn die wissenschaftlichen Diskussionen in den Instituten und auch zwischen den Instituten in der Regel offen und liberal geführt wurden. Das änderte sich erst seit den 1960er Jahren, als man zur kollegialen Leitung überging, sodass ein Max-Planck-Institut von da an stets zwei oder mehr Direktoren hatte, die jeweils eigene Abteilungen leiteten und sich im Amt des Geschäftsführenden Direktors abwechselten.

Das hatte es in Einzelfällen – in den Instituten für Biologie in Berlin, für Metallforschung in Stuttgart und vor allem für medizinische Forschung in Heidelberg, wo die Abteilungen als Teil-Institute firmierten – auch schon in der Weimarer Republik und im »Dritten Reich« gegeben. In der Max-Planck-Gesellschaft wurde es nun zu einem neuen Strukturprinzip, mit dem man den Veränderungen der Wissenschaft, den allgemeinen Demokratisierungstendenzen und nicht zuletzt auch dem anhaltenden Wachstum vieler Institute Rechnung trug. So hat das Max-Planck-Institut für Biochemie in Martinsried heute in neun Abteilungen, die von Direktoren geleitet werden, sowie 25 unabhängigen Forschungsgruppen ca. 850 Beschäftigte, womit der durchschnittliche Personalbestand einer einzigen Abteilung des Instituts so groß ist wie der des gesamten Kaiser-Wilhelm-Insti-

tuts für Biochemie in Berlin-Dahlem im Jahr 1938. In eine ähnliche Größenordnung ist das Max-Planck-Institut für Psychiatrie, die frühere Deutsche Forschungsanstalt für Psychiatrie, gewachsen: Es hat heute ca. 600 Mitarbeiter, dazu eine Klinik mit 120 Betten und eine Tagesklinik. Auch das Institut für Kohlenforschung in Mülheim, das sich vier Jahrzehnte lang auf der Basis seiner Patentrechte (mit Einkünften von über einer Milliarde DM) selbst finanzieren konnte, hatte schon in den 1970er Jahren, vor der Ausgliederung der Abteilung für Strahlenchemie als selbstständiges Max-Planck-Institut, ca. 550 Mitarbeiter.

Der Entscheidung für die Kollegialleitung entspricht, dass seitdem auch die Wissenschaftlichen Mitarbeiter in den Instituten größere Mitwirkungsrechte haben und darüber hinaus im Senat und den Sektionen des Wissenschaftlichen Rates vertreten sind. Ständig erweitert hat sich im Laufe der Jahrzehnte auch das Spektrum der durch die Max-Planck-Gesellschaft geförderten Wissenschaften. Das gilt für die naturwissenschaftlichen und technischen Fachrichtungen ebenso wie für die biologisch-medizinische Sektion, besonders aber auch für die Sektion Geistes-, Sozial- und Humanwissenschaften, zu der auch die juristischen und wirtschaftswissenschaftlichen Institute gehören.

In den nunmehr hundert Jahren ihres Bestehens haben die Kaiser-Wilhelm- und die Max-Planck-Gesellschaft ihre Arbeit unter höchst unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen geleistet – im späten Kaiserreich, in der Weimarer Republik, in der NS-Zeit, unter Besatzungsherrschaft, in der »alten« Bundesrepublik und schließlich im vereinten Deutschland. Man hat das 20. Jahrhundert das »Jahrhundert der Extreme« [Eric Hobsbawm] genannt, und zumindest für die erste Hälfte des Jahrhunderts kann es nicht zweifelhaft sein, dass Spitzenforschung in Deutschland unter ganz ungewöhnlichen, in vielen Hinsichten extremen Bedingungen zu erbringen war. Das gilt insbesondere für die beiden großen Kriege, in denen die moderne Wissenschaft, die noch zu Beginn des Jahrhunderts als Garant einer immer helleren und menschenfreundlicheren Zukunft gegolten hatte, sich plötzlich als eines der Instrumente der Zerstörung und der Unmenschlichkeit erwies. Erst in der Bundesrepublik konnte sich die Max-Planck-Gesellschaft unter insgesamt außerordentlich günstigen Rahmenbedingungen kontinuierlich und ohne die ständig wechselnden Verlockungen und Zumutungen von Politik und Wirtschaft entwickeln. Das bedeutete unter anderem, dass forschungsstrategische Überlegungen bei der Gründung oder auch Schließung von Instituten eine viel größere Rolle spielen konnten als in früheren Zeiten. Auch das ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass selbst

**Die Nobelpreisträger  
der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft**



Max von Laue (Physik 1914)



Richard Willstätter (Chemie 1915)



Fritz Haber (Chemie 1918)



Max Planck (Physik 1918)



Albert Einstein (Physik 1921)



Otto Meyerhof (Medizin 1922)



James Franck (Physik 1925)



Otto Heinrich Warburg  
(Medizin 1931)



Carl Bosch (Chemie 1931)



Werner Heisenberg (Physik 1932)



Hans Spemann (Medizin 1935)



Peter Debye (Chemie 1936)



Richard Kuhn (Chemie 1938)



Adolf Butenandt (Chemie 1939)



Otto Hahn (Chemie 1945)

**Die Nobelpreisträger  
der Max-Planck-Gesellschaft**



Walther Bothe (Physik 1954)



Karl Ziegler (Chemie 1963)



Feodor Lynen (Medizin 1964)



Manfred Eigen (Chemie 1967)



Konrad Lorenz (Medizin 1973)



Georges Köhler (Medizin 1984)



Klaus von Klitzing (Physik 1985)



Ernst Ruska (Physik 1986)



Johann Deisenhofer (Chemie 1988)



Robert Huber (Chemie 1988)



Hartmut Michel (Chemie 1988)



Erwin Neher (Medizin 1991)



Bert Sakmann (Medizin 1991)



Christiane Nüsslein-Volhard  
(Medizin 1995)



Paul Crutzen (Chemie 1995)



Theodor Hänsch (Physik 2005)



Gerhard Ertl (Chemie 2007)

unter den Bedingungen einer sehr viel stärkeren internationalen Konkurrenz als zu Zeiten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft bedeutende Forschungsleistungen erbracht wurden und werden und die Max-Planck-Gesellschaft weiterhin zu den international führenden Forschungsorganisationen zählt.

Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft war ungeachtet der Tatsache, dass sie nur wenige Jahrzehnte bestanden hat, nicht nur selbstbewusst, sondern auch ausgesprochen traditionsbewusst. So gab sie ihrem 1929 eröffneten Club- und Gästehaus in Berlin-Dahlem den Namen »Harnack-Haus«, um damit ihren zu der Zeit noch im Amt befindlichen Präsidenten zu ehren, und brachte 1937 zu Ehren seines wenig später aus dem Amt scheidenden Nachfolgers über dem Eingang des Neubaus des Instituts für Physik in großen Goldbuchstaben die Bezeichnung »Max-Planck-Institut« an. Außerdem hielt man, wie schon erwähnt, so hartnäckig an dem Namen »Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft« fest, dass selbst Otto Hahn auf die Forderung der Briten nach einer Namensänderung zunächst noch mit einer Rücktrittsdrohung reagierte. Die Max-Planck-Gesellschaft hat schon mit ihrer eigenen Namenswahl die Tradition betont, und sie hat sich in der Vergangenheit dafür entschieden, die Namen großer Gelehrter mit einzelnen Instituten zu verbinden, etwa beim »Fritz-Haber-Institut« in Berlin (1953), beim »Werner-Heisenberg-Institut« in München (1981), beim »Max-Delbrück-Laboratorium in der Max-Planck-Gesellschaft« in Köln-Vogelsang (1985) oder auch beim »Erwin-Baur-Institut« ebenfalls in Köln-Vogelsang (1961 – eine Namensgebung, die allerdings 1990 rückgängig gemacht wurde).

In den frühen Jahren ihrer Existenz hat die Max-Planck-Gesellschaft nach außen häufig damit argumentiert, dass sie eine Neugründung sei, obwohl jedem klar sein musste, dass es sich um die Fortführung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft unter neuem Namen handelte. Otto Hahn, der an der Neu- oder Umgründung verantwortlich beteiligt war, hat die tatsächlichen Verhältnisse 1960 in einem knappen Rückblick so formuliert: »Die neue Gesellschaft – darüber bestand völlige Einigkeit – war, wenn auch juristisch eine Neugründung, so doch praktisch die Fortsetzung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Sie übernahm deren Vermögen mit allen Aktiva und Passiva und sie führte ihre Tradition fort.« Er fügte allerdings hinzu, dass sie sich unter den grundlegend veränderten Verhältnissen aufs Neue »durchsetzen und bewahren mußte«.

Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft – und lange Jahre auch die Max-Planck-Gesellschaft – hat sich mit ihrer Geschichte lediglich im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit und der jeweils

anstehenden Jubiläen befasst. Zur Einrichtung eines Archivs zur Geschichte der Gesellschaft konnte man sich erst im Laufe der 1970er Jahre durchringen, und ernsthafte Bemühungen um eine systematische, historisch-kritische Aufarbeitung der eigenen Geschichte hielt man in den zentralen Organen der Gesellschaft für noch weniger erforderlich. Schon 1921 veröffentlichte die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft eine »Festschrift [...] zu ihrem zehnjährigen Jubiläum« (»Dargebracht von ihren Instituten«), der 1936/37, zum 25. Jahrestag der Gründung, eine von Max Planck als Präsident herausgegebene dreibändige Publikation (1. »Handbuch«, 2. »Die Naturwissenschaften«, 3. »Die Geisteswissenschaften«) folgte. Als 1951 das Jahrbuch der Max-Planck-Gesellschaft zum ersten Mal erschien, trug es den Untertitel »40 Jahre Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften. 1911 – 1951«. Zehn Jahre später gab die Generalverwaltung unter dem Titel »50 Jahre Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Max-Planck-Gesellschaft« einen Band mit »Beiträgen und Dokumenten« heraus. In beiden Fällen erklärten die Verantwortlichen, dass »eine umfassende Geschichte unserer Gesellschaft« zum jeweiligen Zeitpunkt »unmöglich« bzw. nicht die Absicht sei, es deshalb also lediglich um Materialien zu einer solchen Geschichte gehen könne.

Auch außerhalb der Max-Planck-Gesellschaft kam die wissenschaftliche Bearbeitung dieser Geschichte nur sehr zögernd in Gang und beschränkte sich zunächst auf die Gründungsjahre der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Den Anfang machten die Leipziger Dissertation von Günter Wendel (»Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1911 – 1914. Zur Anatomie einer imperialistischen Forschungsgesellschaft«), die 1964 abgeschlossen, aber erst 1975 als Buch veröffentlicht wurde, und das aus einer Heidelberger Dissertation hervorgegangene Buch von Lothar Burchardt (»Wissenschaftspolitik im Wilhelminischen Deutschland. Vorgeschichte, Gründung und Aufbau der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften«), das ebenfalls 1975 erschien. Erst im Hinblick auf das 75-jährige Jubiläum im Jahr 1986 und im Zuge des in der Bundesrepublik seit den 1970er Jahren wiedererwachten gesellschaftlichen Interesses an der Geschichte begann eine über die Gründungsjahre hinausgehende Auseinandersetzung mit der Geschichte der Kaiser-Wilhelm- und der Max-Planck-Gesellschaft. Dem Direktor des Göttinger Max-Planck-Instituts für Geschichte Rudolf Vierhaus gelang es gemeinsam mit Bernhard vom Brocke, unter Beteiligung nationaler und internationaler Fachkollegen, ein umfangreiches, thematisch breit ausdifferenziertes Gemeinschaftswerk vorzulegen, das 1990 unter dem Titel »Forschung im Spannungsfeld von



Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft« veröffentlicht werden konnte. Einige Jahre später ist dieses Werk durch einen von Bernhard vom Brocke und Hubert Laitko herausgegebenen Sammelband »Die Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft und ihre Institute. Studien zu ihrer Geschichte: Das Harnack-Prinzip« (1996) in eindrucksvoller Weise ergänzt worden.

Beiden Werken gemeinsam ist, dass der Schwerpunkt der historischen Darstellung und Analyse auf der Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft liegt. Das ist ganz unübersehbar bei dem von Vierhaus/vom Brocke vorgelegten Buch, aber es gilt auch für die Institutsgeschichten von 1996, von denen nur wenige auch den Entwicklungen in der Max-Planck-Gesellschaft gewidmet sind. Zu den besonderen Verdiensten der Veröffentlichung von 1990 gehörte es, dass in ihr erstmalig auch die NS-Zeit im Zusammenhang dargestellt wurde. Der Beitrag von Helmuth Albrecht und Armin Hermann »Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Dritten Reich (1933–1945)« konnte zwar der Bedeutung des Themas noch nicht in vollem Umfang gerecht werden, bot aber eine erste Orientierung, die für den weiteren Gang der Forschung den Rahmen absteckte. Schon 1993 folgte das Buch der amerikanischen Wissenschaftshistorikerin Kristie Macrakis »Surviving the Swastika. Scientific Research in Nazi Germany«, das ungeachtet seines allgemeinen Titels dem »Überleben« der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im »Dritten Reich« gewidmet ist. Es bedurfte allerdings anhaltender öffentlicher Angriffe und Debatten hinsichtlich des Verhaltens der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und einiger seiner führenden Repräsentanten in der Zeit des Nationalsozialismus, ehe eine ebenso breit angelegte wie intensive wissenschaftliche Aufarbeitung dieser Geschichte möglich wurde. 1997 setzte die Max-Planck-Gesellschaft eine »Präsidentenkommission« ein, die den Auftrag erhielt, ein Forschungsprogramm »Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus« zu entwickeln und durchzuführen, finanziert von der Max-Planck-Gesellschaft, aber nicht weisungsgebunden, sondern unabhängig in ihrer wissenschaftlichen Arbeit und der Veröffentlichung der erzielten Ergebnisse. Der Ertrag dieses Unternehmens liegt inzwischen in zahlreichen Veröffentlichungen vor, u. a. in den 17 Bänden der von Reinhard Rürup und Wolfgang Schieder für die Präsidentenkommission herausgegebenen Schriftenreihe »Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus« im Göttinger Wallstein Verlag (2000–2008). Die NS-Zeit kann damit als der inzwischen am besten erforschte Abschnitt der Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft gelten. Vergleichbare Anstren-

gungen zur Erhellung der Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft in den über sechzig Jahren ihres Bestehens stehen dagegen noch aus. Mit der zum 50. Jahrestag im Archiv der Max-Planck-Gesellschaft von Eckart Henning und Marion Kazemi erarbeiteten »Chronik« für die Jahre 1948 bis 1998 und dem von Eckart Henning und Dirk Ullmann erstellten Verzeichnis der »Wissenschaftlichen Mitglieder der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften im Bild« (beide Bände 1998) sind jedoch wichtige Vorarbeiten geleistet worden.

Mit dem vorliegenden Band soll weder eine Gesamtgeschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und der Max-Planck-Gesellschaft noch ein Überblick über alle Forschungseinrichtungen dieser Gesellschaft in den hundert Jahren ihres Bestehens geboten werden. Das Interesse der Herausgeber und Autoren gilt vielmehr bestimmten historischen Orten, die einen wesentlichen Teil dieser Geschichte gebildet haben. Gemeint sind die frühen Kaiser-Wilhelm-Institute, die noch im Kaiserreich oder in der Weimarer Republik gegründet worden sind, das heißt Orte, mit denen die Namen international bewunderter Forscher, epochenmachende wissenschaftliche Leistungen, aber auch die alltäglichen Probleme und Herausforderungen wissenschaftlichen Arbeitens verbunden sind. Es geht also um die Orte, an denen gedacht und geforscht wurde, an denen das Großunternehmen Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und später Max-Planck-Gesellschaft Gestalt gewann und in nicht wenigen Fällen noch immer aktiv ist. Das Konzept »Erinnerungsorte« (»lieux de mémoire«) als Zugang zur Geschichte und vor allem zum historischen Selbstverständnis einer gesellschaftlichen Gruppe ist relativ neu. Es ist in den 1980er Jahren zuerst von Pierre Nora für die französische Nation entwickelt und fruchtbar gemacht und dann sehr rasch in andere Länder übertragen worden. Für Deutschland geschah das um 2000 mit dem eingangs erwähnten Großprojekt »Deutsche Erinnerungsorte« von Étienne François und Hagen Schulze, und inzwischen gibt es weitere Vorstöße in dieser Richtung, darunter einen Band »Erinnerungsorte der DDR«, herausgegeben von Martin Sabrow (2009).

Die »Erinnerungsorte«, für die sich eine kulturwissenschaftlich ausgerichtete Geschichtswissenschaft interessiert, »können«, wie François und Schulze formuliert haben, »ebenso materieller wie immaterieller Natur sein«: Es kann sich dabei um Denkmäler, Gräber und Gebäude, aber auch um Namen, Symbole, Embleme, um Lieder und andere Musikstücke oder um Texte handeln. Entscheidend ist, dass diese »Orte« so etwas wie Knotenpunkte des kollektiven Gedächtnisses sind, dass sich in ihnen die Erinnerung verdichtet, dass sie den Brückenschlag

zwischen Vergangenheit und Gegenwart leisten. Im Vergleich zu solchen weit ausgreifenden Vorstellungen handelt es sich bei den Orten, um die es in dem hier vorliegenden Band geht, um geradezu altmodisch konkrete Sachverhalte: um Institute, ihre Gebäude, die in ihnen geleistete Arbeit, die in ihnen tätigen Personen – und deren Wandel im Laufe der Zeiten. Gedacht ist an eine Art Spurensuche. Am Ende der ersten hundert Jahre wird der Blick zurück auf die Anfänge gerichtet, auf die eng vernetzten Institute auf dem Dahlemer »Campus« der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und auf das Heidelberger Groß-Institut für medizinische Forschung, aber auch auf die vielen Institute, die je für sich in Breslau, Dresden, Düsseldorf, Göttingen, Mülheim oder München sowie an vielen anderen Orten, nicht zuletzt in Rom und an der illyrischen Küste in Rovigno, errichtet oder von anderen Trägern übernommen wurden. An einigen dieser Orte besteht eine Kontinuität der wissenschaftlichen Arbeit von der Gründung bis zur Gegenwart, an anderen sind die Institute geschlossen worden, und die Gebäude sind nicht mehr vorhanden oder werden für andere Zwecke genutzt, und schließlich gibt es auch die Fälle, in denen der Ort, zum Teil mehrfach, gewechselt wurde, das Institut aber weiter bestand und besteht.

Eine unvermeidbare Folge dieses Konzepts ist es, dass nur ein Teil der Institutsgeschichten dargestellt werden kann und dass diese Geschichten ihren Schwerpunkt in der Regel in der Zeit der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft haben. In dieser Hinsicht sollen die vorangestellten, als Längsschnitte konzipierten Essays zur Architektur- und Baugeschichte, zur Struktur- und zur Personengeschichte, zu den Forschungserfolgen und ihren Voraussetzungen und zur Traditionspflege und Vergangenheitsbearbeitung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und der Max-Planck-Gesellschaft einen gewissen Ausgleich schaffen. Darüber hinaus werden in neun Interviews mit leitenden Wissenschaftlern und anderen Institutsangehörigen der Umgang mit der Vergangenheit und das Traditionsverständnis in den einzelnen Einrichtungen thematisiert. Schließlich, und das ist für das Gesamtkonzept entscheidend, handelt es sich nicht um einen Band, der allein von seinen Texten abhängig ist. Von Anfang an war geplant, den Abbildungen einen sehr viel größeren Platz und Stellenwert als üblich einzuräumen. Vor allem in den Institutsbeiträgen sollen sich Bilder und Texte gleichberechtigt gegenüberstehen, was auch bedeutet, dass hinsichtlich des Textumfangs strenge – von nicht wenigen Autoren lebhaft beklagte – Vorgaben gemacht werden mussten. Die bildliche Überlieferung ist – worin sie sich übrigens von der schriftlichen Überlieferung nicht wesentlich unterscheidet – ungleichmäßig und lückenhaft,

insgesamt aber doch erstaunlich reichhaltig. Gerade in dieser Hinsicht wird es auch für die Kenner der Institutsgeschichten Neues zu entdecken geben. Dass die Bilder so gut wie möglich zur Geltung gebracht werden und den Charakter des Buches weitgehend prägen, ist ein besonderes Verdienst des Sandstein Verlags, der sich vor allem durch anspruchsvolle Ausstellungskataloge einen Namen gemacht hat. Auf Anmerkungen ist durchweg verzichtet worden, zu jedem Beitrag finden sich aber im Anhang Hinweise auf die benutzte Literatur.

Es ist gelungen, eine große Zahl qualifizierter Forscher für die Mitarbeit an diesem Buch zu gewinnen, manche unter ihnen sogar relativ kurzfristig. Dafür, dass sie sich für das gemeinsame Unternehmen zur Verfügung gestellt haben, schulden wir ihnen aufrichtigen Dank. Dass in einem Buch mit vielen Autoren die einzelnen Beiträge trotz aller Redaktionsvorgaben nicht einem streng einheitlichen Muster folgen, bedarf keiner langen Begründung. Die wissenschaftlichen Interessen und Erfahrungen sind notwendigerweise unterschiedlich, die Arten des Schreibens und des Urteilens sind es ebenfalls. Das ist aber kein Nachteil, sondern Ausdruck der notwendigen Pluralität in großen wissenschaftlichen Institutionen und Kernelement einer offenen Gesellschaft. Dass gerade aus den unterschiedlichen Denk- und Sichtweisen vieler Autoren eine besonders interessante, zur Diskussion einladende Darstellung entstanden ist, die nicht zuletzt auch das Interesse für die historische Tiefendimension der eigenen Arbeit in der Max-Planck-Gesellschaft anzuregen vermag, ist die Hoffnung aller, die zur Entstehung dieses Buches beigetragen haben.

Reinhard Rürup



**DENKORTE**  
**ESSAYS**

# Im Zeichen der Minerva

## Traditionen, Symbole und der Umgang mit der Vergangenheit

FELICITAS VON ARETIN

»Viele Fragen wurden allzu lange nicht gestellt, viele Zusammenhänge blieben allzu lange unerforscht oder nur von Außenseitern bearbeitet, viele Dokumente lagen allzu lange unzugänglich unter Verschluss oder nur zu gerne unbeachtet in den Archiven. Zu lange gab es auch kollegiale Schonung, wo ehrliche Aufklärung Not getan hätte. Zu viele hatten aktiv oder passiv an der Nazi-Diktatur mitgewirkt, so dass nur zu gerne eigene Mitverantwortung oder gar Mittäterschaft verborgen wurden, um ungestört und scheinbar unbelastet an der neuen demokratischen Nachkriegsgesellschaft teilhaben zu können.« Mit diesen deutlichen Worten entschuldigte sich Max-Planck-Präsident Hubert Markl im Jahr 2001 auf einem Symposium in Berlin bei den Überlebenden für das lange Schweigen der Max-Planck-Gesellschaft. Einzelne Teilnehmer des Symposiums waren im Zweiten Weltkrieg für die sogenannten Zwillingsversuche des KZ-Arzt Josef Mengele in Auschwitz missbraucht worden, der als Schüler von Otmar von Verschuer in engem Kontakt mit dem Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik stand.

Die Zwillingsforschung ist indessen nur ein Beispiel für die Verstrickung einzelner KWG-Wissenschaftler im »Dritten Reich«. Mitte der 1980er Jahre begann die Max-Planck-Gesellschaft, sich mit der Vergangenheit ihrer Vorgängerorganisation kritisch auseinanderzusetzen. Als erste deutsche Forschungsorganisation setzte sie 1997 eine unabhängige Historikerkommission ein, der alle Archive und Nachlässe offenstanden und deren Forschung sie finanziell unterstützte. In 19 Forschungsbänden, 28 Vorabdrucken, Workshops, internationalen Tagungen und Berichten wurden die Ergebnisse breit publiziert. Gleichwohl fand eine Auseinandersetzung vor allem in der historischen und medialen Öffentlichkeit statt. In Teilen übernommene Traditionspflege, weltoffene Liberalität und exzellente Forschung auf Weltniveau bilden in der Max-Planck-Gesellschaft so noch immer die Vorlage, die sich nur historisch erklären lässt.

### Eine kaiserliche Gründung

Seit einiger Zeit befindet sich in der Münchner Generalverwaltung die kaiserliche Amtskette des Präsidenten, die bei einer Auktion im Jahr 2004 wiederauftauchte und von der Max-Planck-Gesellschaft ersteigert wurde. Der Direktor des Berliner Kunstgewerbemuseums, Otto Rohloff, hatte die Kette 1910 auf persönlichen Wunsch Wilhelms II. anfertigen lassen. Ganz bewusst wollte der Kaiser die Riten und Symbole der von ihm ins Leben gerufenen außeruniversitären Forschungsorganisation mitprägen. Die Mitglieder der hierarchisch organisierten Gesellschaft, die einerseits aus berühmten Wissenschaftlern, andererseits aus führen-



Adolf von Harnack  
mit der Präsidenten-Amtskette der KWG, 1911.

den Köpfen der Industrie, der Bankenwelt, der Verwaltung und des Adels stammten, sollten sich auf besondere Weise ausgezeichnet fühlen und in ihrem Selbstbewusstsein unterstützt und gestärkt werden.

Für den Präsidenten der neuen Gesellschaft war für festliche Anlässe eine aus dreizehn ovalen Schilden bestehende Amtskette vorgesehen, wie sie auch für Universitätspräsidenten üblich war. Ein schwarz emaillierter kaiserlicher Adler mit dem Hohenzollernschild auf der Brust hielt an drei Kettchen das Medaillon mit dem Bild Wilhelms II., umgeben von einem Lorbeerkranz. Wie der

Der Haupteingang der Generalverwaltung der MPG mit dem Relief der Minerva, 1999.



Heraldiker Willi Geile vermutete, geht das kaiserliche Medaillon auf den Gnadenpfennig des Kurfürsten Georg Wilhelm von Brandenburg zurück: Fürsten vergaben Gnadenpfennige im 16. und 17. Jahrhundert an Personen, denen sie ihre besondere Gunst schenken wollten.

»Um der unter Meinem Protektorat stehenden ›Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften‹ ein sichtbares Zeichen Meiner Anerkennung und Meines Wohlwollens zu geben, verleihe Ich hiermit den Mitgliedern der Gesellschaft das Recht, ein mit Meinem Bildnis geschmücktes Abzeichen am orangefarbenen grün durchwirkten Bande im Knopfloch zu tragen«, ließ Wilhelm II. am 16. Januar 1911 den preußischen Kultusminister wissen. Der kaiserliche Erlass hatte zumindest farblich eine lange Wirkung, auch wenn das Orange bald zu Gelb verblasste: So galten die Farben Gelb und Grün lange Jahre auch noch in der

Max-Planck-Gesellschaft als gesetzter Farbenkanon. Und so tragen beispielsweise Veröffentlichungen des Archivs bis heute einen gelbgrünen Einband.

### Der Kaiser setzt die Farben

Das kräftige Grün taucht auch im Samtmantel der KWG-Senatoren auf, die bei Festivitäten im wallenden grünen Gewand mit rotem Kragen, Goldknöpfen und Orden erschienen. Über die Eitelkeit der damaligen Gesellschaft spottete Maximilian Harden 1911 in der »Zukunft«: »Wenn wirs nicht theuer machen, hats keine rechte Attraktion [...]. Als aus den Händlerstäten fast zwölf Millionen zusammengeschneppt waren, wurde die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft gegründet. Wer nur einfaches Mitglied geworden ist, darf eine Ehrenschnalle anstecken, die den Kopf des Kaisers in einem Vergißmeinnichtkranz zeigt

Die Max-Planck-Büste vor dem  
MPI für Biochemie in Martinsried,  
2009.



(und den Träger wohl mahnen soll, auch in den nächsten Jahren die Förderung der Wissenschaft nicht zu vergessen). Wer in die Hundertausende gestiegen und drum Senator geworden ist, hat das Feiertagsrecht auf einen grünen Talar mit rothem Kragen.«

Kurz nach dem Beginn des Ersten Weltkriegs erlaubte der Kaiser »seinen« Instituten, die kaiserliche Flagge in orange-grün-diagonalen Streifen mit kaiserlichem Wappen zu hissen – eine Ehre, die die Mehrzahl der Institute stolz präsentierte. Der erste Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft Adolf von Harnack bedankte sich am 11. September 1914: »Es wird der Gesellschaft unvergesslich bleiben und sie für immer mit dankbarem Stolz

erfüllen, dass sie ihre Fahne aus dem Hauptquartier zur Zeit des siegreichen Weltkrieges aus den Händen ihres heißgeliebten und bewunderten Kaisers und Protektors erhalten hat.« Bis weit in die 1950er Jahre hinein war es üblich, bei den Hauptversammlungen der Max-Planck-Gesellschaft die KWG-Fahne aus den 1920er Jahren zu hissen, bis ein gelb-grünes Imitat diese ersetzte.

Als Emblem wählte die humanistisch geprägte Gesellschaft die römische Göttin Minerva, die für Weisheit, Tapferkeit und Ausdauer steht und die als Göttin der Wissenschaft sowohl in Rom als auch unter dem Namen Athene in Athen verehrt wurde. Mit Helm, einem nach unten zeigenden Speer und Wappenschild



Mitglieder- und Ehrenabzeichen der KWG.

schmückt die kriegerische Tochter des Jupiter schon 1911 als elliptische Vignette Broschüren und Briefpapier aus dem Berliner Schloss, das auf dem Briefbogen als »Minerva-Schloss« bezeichnet wurde. Nach dem Ende der Monarchie zeichnete der Direktor der Münchner Gewerbeschule, Carl Sattler, ein weiblicheres Bild der Göttin: Die Locken fallen länger, die Falten des Gewandes weicher. Endgültig vom kriegerischen Götterhimmel steigt Minerva in den 1950er Jahren herunter, als ihr Gewand fast durchlässig die Körperkonturen erscheinen lässt, das Gitterhemd dem Busen, der Speer dem Stab gewichen ist. Im Max-Planck-Institut für Chemie hält sie gar eine Schreibfeder in der Hand.

Bis heute verwendet die Max-Planck-Gesellschaft für die Abzeichen ihrer Mitglieder die stehende, leicht modernisierte Göttin. Der Kopf der Minerva ist seit 1926 das Markenzeichen der Gesellschaft. Minerva-Büsten finden sich seit der Weimarer Republik in vielen Varianten in den meisten Instituten und sind, wie die ebenfalls aufgestellte Büste von Max Planck, zum einheitlichen Symbol geworden. Für den Eingang der Münchner Generalverwaltung hat der peruanische Künstler Fernando de la Jara eine Skulptur der Göttin aus dunkelgrünem Granit entworfen. Das sechs Meter hohe Profil der Göttin Minerva symbolisiert die Welt des Geistes, der Ideen und Gedanken. Dem gegenüber steht auf der rechten Seite das Negativprofil, das die Welt der Materie verkörpert.

### Die Tradition wirkt bis heute fort

Um genügend einflussreiche Sponsoren zu gewinnen, setzte die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft mit großem Erfolg von Beginn an auf ein modernes Marketing. Für ein breites Publikum fanden regelmäßig öffentliche Vorträge zu populären Themen in Berlin statt, wie sie heute in abgewandelter Form als Max-Planck-Foren veranstaltet werden. Der Kaiser war in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg gern gesehener Gast bei den alljährlichen Hauptversammlungen und nahm mit großem Interesse – wie heute Politiker – an den ersten Institutseinweihungen teil. Innerhalb von nur drei Jahren hatte die weltoffene Gesellschaft, die Forschung auf Weltniveau betrieb, zu ihrer in weiten Teilen bis heute geltenden Traditions- und Formensprache gefunden.

Obgleich die Gesellschaft 1918 ihren Protektor verlor und aus der Monarchie eine Republik wurde, fühlte sich die Führungsspitze der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft weiterhin dem Kaiser treu verpflichtet. Der langjährige Präsident Adolf von Harnack setzte sich gegen die linken Parteien durch, die den Namen der international angesehenen Gesellschaft am liebsten abgeschafft hätten. Erst 1926 beschloss der Verwaltungsrat der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft,

statt des Bildnisses des Herrschers für Amtskette und Mitgliederabzeichen die Minerva zu verwenden – nicht ohne sich zuvor bei Wilhelm II. rückzuversichern. Aus den orange-grünen Bannern schnitten die Institute das kaiserliche Wappen heraus und nähten die Fahnen mit den orange-grünen Streifen neu zusammen.

Zwar hatte sich die Gesellschaft immerhin acht Jahre Zeit gelassen, doch nun drängte der Geschäftsführer der KWG, Max Lucas von Cranach, den entwerfenden Carl Sattler, Amtskette und Abzeichen rasch zu liefern, wobei die Gesellschaft auf besondere Qualität weniger Wert legte. So schrieb von Cranach an Sattler: »nur muss ich noch einmal darauf hinweisen, dass wir eine

Minerva im Gebäude des MPI für Hirnforschung in Frankfurt a. M., 2010.





Ein Detail der Minervadarstellung im MPI für Chemie von 1953, 2010.



Minerva über dem Eingang des ehemaligen KWI für Physik in Berlin-Dahlem, 2010.

Die Büste der Minerva nach der Schauspielerin Henny Porten am ehemaligen KWI für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik, heute Otto-Suhr-Institut, 2010.



einfache Kette wünschen, die keinen allzu großen Wert hat.« Das Tragen der kaiserlichen Mitgliedszeichen blieb ausdrücklich weiter erlaubt. Manches Mitglied brachte damit seinen Protest zum Ausdruck. So trug beispielsweise Otto Warburg, Direktor des Instituts für Zellphysiologie, auch nach dem Zweiten Weltkrieg das kaiserliche Abzeichen als stillen Protest gegen die Umbenennung der Gesellschaft in Max-Planck-Gesellschaft.

Während der Zeit des Nationalsozialismus musste auch die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft die Hakenkreuzfahne hissen; Briefe wurden mit dem obligaten Hitlergruß unterschrieben und Hitlerbüsten in den Instituten aufgestellt. Gleichzeitig blieb unter den Wissenschaftlern und Mitgliedern der Gesellschaft das alte Zusammengehörigkeitsgefühl, der spezielle Korpsgeist erhalten. Viele Forscher waren bereit, »mit ihrer Arbeit auch einem nationalsozialistischen Vaterland zu dienen« und ihre Wissenschaft nach den Bedürfnissen des Krieges auszurichten. Einige Wissenschaftler überschritten dabei weit ethisch verantwortbare Grenzen.

Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs schien zunächst auch das Ende der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft gekommen zu sein. In den Wirren des Krieges waren die meisten Institute in Berlin geschlossen und in Provisorien, zumeist nach Süddeutschland, ausgelagert worden, erlitten Kriegsschäden und verloren Mitarbeiter. Der Generalsekretär Ernst Telschow hatte einen Teil der Verwaltungsunterlagen der Generalverwaltung aus Berlin gerettet und war nach Göttingen geflohen, wohin 1945 der britische Colonel Blount auch den ausgebombten, 87-jährigen Max Planck bringen ließ. Vor allem die Amerikaner strebten die Auflösung der »Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft« an. Schließlich einigten sich die Alliierten in einem komplexen Prozess darauf, an ihrer Stelle eine neue Gesellschaft, die Max-Planck-Gesellschaft, zu gründen, die sowohl materiell als auch ideell das Erbe ihrer Vorgängerorganisation übernahm.

### Max Planck als Brückenbauer

Trotz seines hohen Alters stellte sich Max Planck 1945 als Übergangspräsident zur Verfügung und sicherte durch seine persönliche Integrität die Kontinuität der Gesellschaft. Planck wurde damit zum Brückenbauer, der die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft mit der Max-Planck-Gesellschaft verband. Seine Nachfolge trat der aus der Internierung im englischen Farm Hall entlassene Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie Otto Hahn an, der für seine Forschung 1945 den Nobelpreis für Chemie erhielt. Während des Nationalsozialismus hatte Hahn zwar Konzessionen an das Regime machen müssen, um damit das KWI für Chemie zu retten, doch stand Hahn den Nationalsozialisten kritisch gegenüber und



Der Gedenkstein für die Opfer der »Euthanasie«  
auf dem Münchner Waldfriedhof, 1990. Er kennzeichnet die Stelle,  
an der Hirnpräparate aus medizinischen Sammlungen  
der MPI für Hirnforschung und für Psychiatrie beigesetzt wurden.



avancierte in der Nachkriegszeit zum Sinnbild des »guten deutschen Wissenschaftlers«.

Die von den Alliierten erzwungene Umbenennung der Gesellschaft stieß sowohl bei Otto Hahn als auch bei Ernst Telschow auf deutlichen Widerstand. Kurzfristig überlegte der Chemiker sogar, sein Präsidentenamt niederzulegen, um gegen die Auflösung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zu protestieren. Erst als auch der letzte Versuch scheiterte, Emigranten als Fürsprecher für die Beibehaltung des alten Namens zu gewinnen, beugte sich Hahn schließlich dem Druck. So hatte Lise Meitner ihn aus dem Stockholmer Exil wissen lassen: »Was die besten Menschen unter Engländern und Amerikanern wünschen, ist, dass die besten Deutschen einsehen, dass mit dieser unglücklichen Tradition, die die ganze Welt und Deutschland selbst ins größte Unglück gebracht hat, endgültig gebrochen wird. Und als kleines Zeichen deutscher Einsicht soll der Name der K.W.G. geändert werden. Was bedeutet der Name, wenn es um die Existenz Deutschlands und damit Europas geht?«

Hahns Einlenken bedeutete jedoch nicht, dass er die Aufarbeitung der Geschichte aktiv unterstützt hätte. Wie andere Mitglieder der neuen Gesellschaft trat auch Hahn ausgesprochen selbstbewusst gegenüber den Alliierten auf und übernahm als MPG-Präsident keine moralische Verantwortung für die KWG. Hahn wollte das Fortbestehen der Gesellschaft sichern und sie im internationalen Wissenschaftsbetrieb neu verankern. Hierzu schien es notwendig, die Beteiligung von KWG-Wissenschaftlern an kriegsrelevanter Forschung, die ethischen Standards nicht genügte, zu kaschieren. In den Anfangsjahren der MPG bildete sich der Mythos von einer rein der freien Grundlagenforschung verpflichteten Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft heraus, deren Wissenschaftler sich erfolgreich nationalsozialistischen Einflüssen widersetzt hätten. Die Tatsache, dass eine Reihe von Instituten für die deutsche Kriegswirtschaft arbeitete – unter anderem Hahns eigenes Institut –, wurde geschickt verschleiert beziehungsweise geleugnet. Insofern bedeutete das Datum 1945 weder für die Forschung noch für ihre Akteure einen wirklichen Bruch: Während vertriebene Wissenschaftler in der Regel nicht in die Max-Planck-Gesellschaft zurückkehrten und zunächst auch keine Entschädigung erhielten, stellten sich die in Deutschland gebliebenen Wissenschaftler untereinander »Persilscheine« aus, sodass auch ehemalige Nationalsozialisten weiterarbeiten konnten. Die von dem späteren MPG-Präsidenten Adolf Butenandt als »eingeschworene Bruderschaft« bezeichnete KWG/MPG funktionierte weiter, Seilschaften in Verwaltung und Wissenschaft blieben bestehen.

### Kollektives Verdrängen

Damit folgte die Max-Planck-Gesellschaft dem Zeitgeist eines »kollektiven Verdrängens«, der dadurch begünstigt wurde, dass die Westalliierten in Konflikt mit dem Ostblock gerieten und auf einen raschen Wiederaufbau von Forschung und Industrie drängten. Innerhalb weniger Jahre konnte die Max-Planck-Gesellschaft an die wissenschaftlichen Erfolge vor 1945 anknüpfen, kehrte in die internationale Forschergemeinschaft zurück und etablierte sich in der frühen Bundesrepublik als vielgeachtete Wissenschaftseinrichtung mit bedeutender Geschichte, die ihr elitäres Selbstverständnis auch auf die Nobelpreisträger aus KWG-Zeiten bezog.

Ausdrücklich berief sich Otto Hahn deshalb in seiner Rede während der Hauptversammlung der Max-Planck-Gesellschaft 1950 »auf die Tradition der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft«, an die es anzuknüpfen gelte. 1953 fand die vierte Hauptversammlung in Berlin statt, um »die alte Verbundenheit zur früheren Heimat der KWG zum Ausdruck zu bringen«. Für das hohe Renommee der Max-Planck-Gesellschaft sprach es, dass Bundespräsident Theodor Heuss ebenso regelmäßig an ihren Hauptversammlungen teilnahm wie die übrige politische Prominenz.

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, dass die Max-Planck-Gesellschaft in den Anfangsjahren darum bemüht war, die Formen- und Symbolsprache der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft weitestgehend beizubehalten und auf eigene Symbole möglichst zu verzichten. Dabei entschied sich die Generalverwaltung entweder für leicht abgewandelte Imitate oder verwendete alte Medaillen wie die selten verliehene Harnack-Medaille weiter. Da in den Wirren des Krieges die zweite Amtskette des Präsidenten verloren gegangen war, fertigte ein Ulmer Juwelier eine neue Kette an, die sich an alte Vorbilder anlehnte und noch heute vom Präsidenten genutzt wird. An dieser ersetzt der Minervakopf das kaiserliche Medaillon, Blütenblätter die Vergissmeinnichtblüten, und statt der Embleme mit güldenen Strahlenköpfen schmücken die Kette jetzt goldene Medaillen vom ersten KWG-Präsidenten Adolf von Harnack bis zum MPG-Präsidenten Hubert Markl.

Auch die noch heute verwendeten Mitglieder- und Jubiläumsabzeichen der Minerva – die nicht mehr zwischen verschiedenen Mitgliedergruppen trennen – orientieren sich an den Mitgliederabzeichen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Neu hinzugekommen ist 1978 die Otto-Hahn-Medaille des Künstlers Hans von Miller, die seitdem an Nachwuchswissenschaftler verliehen wird. Während das Logo der Max-Planck-Gesellschaft, die Minerva, im Laufe der Zeit modernisiert wurde, ist dies für die Embleme nicht der Fall.

Einweihungsfeier des MPI für Biochemie in München, 1957.



### Jubiläen im Dienst der Tradition

Bis in die 1980er Jahre hinein funktionierte die enge Allianz zwischen Traditionspflege und einem zunächst rückwärtsgewandten Selbstverständnis der Gesellschaft. Dies lässt sich gut am Beispiel der Jubiläumsfeiern zeigen. So war es für die 1948 in Göttingen gegründete Max-Planck-Gesellschaft bis 1998 selbstverständlich, nicht ihr eigenes Jubiläum zu feiern, sondern an die Gründung der KWG 1911 zu erinnern. Sowohl das 50-jährige als auch das 75-jährige Jubiläum der KWG beging die Gesellschaft unter dem Label »50 Jahre Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften« und »75 Jahre Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Max-Planck-Gesellschaft«.

Für das 50. Jubiläum hatte Präsident Butenandt bewusst Berlin als Veranstaltungsort der Hauptversammlung gewählt, um an den Ort der Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zu erinnern. Seither besteht in der MPG die bislang ungebrochene Tradition, alle zehn Jahre in Berlin zur Hauptversammlung zusammenzukom-

men. Während Butenandt in seiner Rede die exzellente Forschung in der KWG herausstellte, streifte er die NS-Zeit nur in dünnen Worten. Butenandt wertete die Auflösung der KWG erneut als eine falsche Entscheidung der Alliierten. »Wir durften manche Erfolge in der Forschung buchen, bis das Jahr 1945, das Jahr des völligen Niederbruchs, ein Ende und ein neues Beginnen brachte. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft wurde arbeitsunfähig und durch einen – glücklicherweise nicht verkündeten – Kontrollratsbeschluss aufgelöst. Falsche Auffassungen über die in den Instituten geleistete Arbeit, verbunden mit einem Ressentiment gegen den Namen der Gesellschaft, erschwerten die Fortsetzung des Alten wie den Beginn des Neuen.«

Parallel betonte Butenandt in seiner Rede, wie schmerzlich die 1960 erfolgte Liquidation der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft sei. Auch nahm die Gesellschaft von dem Versuch Abstand, eine umfassende Geschichte der Gesellschaft zu schreiben, so als wolle sie sich nicht mit den Untiefen der eigenen Historie beschäftigen, dafür wurde ein Band mit interessanten Archivalien herausgegeben, die als Quellensammlung dienten, aber nicht kommentiert wurden.

Erst in den 1980er Jahren fand in der Erinnerungskultur der Max-Planck-Gesellschaft ein Umdenken statt, das vor dem Hintergrund eines sich gewandelten politischen, wissenschaftlichen und medialen Klimas zu sehen ist. Pauschale Urteile, die in den meisten Deutschen eher Opfer als Täter sahen, wurden von Historikern, den Medien und von den entstehenden Geschichts- und Bürgervereinen zunehmend hinterfragt. Benno Müller-Hill und Ernst Klee entfachten eine breite Diskussion über die deutsche Wissenschaft und die Opfer des Rassenwahns. Massiv in die Kritik geriet dabei auch der Biochemiker Adolf Butenandt. Es stellte sich heraus, dass sich die schweren Vorwürfe und Verdächtigungen von Müller-Hill und Klee nicht halten ließen und Butenandt nicht an ethisch fragwürdigen Forschungen aktiv beteiligt war. Wohl aber wusste er, dass seine Mitarbeiter die Grenzen zum wissenschaftsethisch nicht Zulässigen überschritten hatten. Butenandt hat sich mit den überzogen scharfen Vorwürfen seiner Kritiker nie ernsthaft auseinandergesetzt. Seine Verschleierrungs- und Verschweigenstaktik, die Spekulationen über sein Verhalten im »Dritten Reich« geradezu nährte, hielt die Kritik dauerhafter am Leben, als es eine offene Klarstellung getan hätte.

In diesem Klima verzichtete der neue Präsident Heinz Staab darauf, das 75-jährige Jubiläum der KWG am 11. Januar 1986 mit einem Festakt zu begehen, was die Gesellschaft damit begründete, sich derzeit auf die Zukunft konzentrieren zu wollen. Gleichzeitig war aber rechtzeitig eine Gesamtgeschichte der KWG/MPG in Auftrag gegeben worden, die 1986 zwar erscheinen sollte, aber

Das Porträt Kaiser Wilhelms II.  
im Vortragsraum des Fritz-Haber-  
Instituts Berlin, 2010.



erst 1990 veröffentlicht wurde. In der Presse gab es erste, immer noch sehr freundlich-kritische Stimmen, die das Fehlen jeden Verantwortungsbewusstseins bemängelten. So schrieb beispielsweise Martin Urban am 11. Januar 1986 in der Süddeutschen Zeitung: »Die Aufarbeitung der deutschen Vergangenheit ist kein besonderer Forschungsgegenstand der Max-Planck-Gesellschaft, auch wenn hier spezielle Fragen, wie nach Spätschäden bei ehemaligen KZ-Insassen zu beantworten versucht werden. Man möchte der Max-Planck-Gesellschaft für das nächste Vierteljahrhundert mehr Mut wünschen, unbequem zu sein, gerade weil sie mit Recht stolz sein darf auf ihre bereits vom Gründer, Wilhelm II. garantierte Unabhängigkeit von staatlicher Bevormundung.«

Diese Rolle übernahm der Chemiker und Mediziner Heinz Staab, ein Schüler Butenandts. Anlässlich der Jahresversammlung der Max-Planck-Gesellschaft in Aachen 1986 – bezeichnenderweise wählte er nicht Berlin – setzte sich Staab schon dadurch ein Stück weit von der KWG ab, indem er betonte, dass vor 40 Jahren die MPG in der Bizone gegründet worden war. Tatsächlich löste sich diese »erste« Vorgründung der MPG bereits 1948 auf, um am 26. Februar 1948 der eigentlichen MPG Platz zu machen. Gleichzeitig räumte Staab mit dem in der frühen MPG etablierten Dogma auf, indem er in einer langen Passage seiner Rede betonte: »Die verbreitete Ansicht, daß die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft die Zeit des Dritten Reichs verhältnismäßig unberührt überstanden hätte, halte ich nicht für berechtigt [...] Wir können auf diese Zeit aber nicht zurückblicken, ohne festzustellen, daß es doch auch in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft Wissenschaftler gegeben hat, die ihre Wissenschaft für politische Zwecke zum Nachteil der Menschen mißbraucht haben. [...] Daß auch Wissenschaftler unserer Gesellschaft offenbar grundlegende ethische Regeln der Wissenschaften verletzt haben, ist eine Belastung für uns alle. Wir müssen sie akzeptieren ohne Beschönigung und Einseitigkeit, so wie der Bundespräsident in größerem Zusammenhang die Anerkennung der Wahrheiten unserer Vergangenheit gefordert hat.« Staab und seinem Amtsvorgänger Hans Zacher ist es zu verdanken, dass Hirnpräparate, die von KZ-Häftlingen oder »Euthanasie«-Opfern stammten, im Mai 1990 mit einer feierlichen Gedenkstunde auf dem Münchner Waldfriedhof beerdigt wurden. Im gleichen Jahr erschien die fast 1000-seitige Festschrift zum 75-jährigen Jubiläum, herausgegeben von den Historikern Rudolf Vierhaus und Bernhard vom Brocke, die strukturelle und personelle Kontinuitäten von KWG und MPG aufzeigten.

Damit war 1990 der Weg frei für eine offene und rückhaltlose Aufarbeitung der Vergangenheit, die vor unangenehmen Ergebnissen nicht zurückscheute. 1997 setzte MPG-Präsident Hubert Markl

eine unabhängige Präsidentenkommission zur Erforschung der Geschichte der KWG im Nationalsozialismus ein. Im März 2005 stellte diese Kommission auf einer internationalen Abschlusskonferenz ihre Forschungsergebnisse zur Diskussion. Mit dem 2008 erschienenen »Gedenkbuch für die von den Nationalsozialisten aus der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft vertriebenen Forscherinnen und Forscher« kam die Reihe zum Abschluss.

Die Max-Planck-Gesellschaft blieb jedoch nicht bei der – wenn auch verspäteten – Aufarbeitung der Geschichte stehen. Mindestens ebenso entscheidend war die Übernahme der historischen Verantwortung, die in einem sehr bewegenden Schuldbekenntnis von Hubert Markl gegenüber überlebenden Opfern mündete: »Die ehrlichste Art der Entschuldigung ist daher die Offenlegung der Schuld«, erklärte Markl auf dem Symposium »Biowissenschaften und Menschenversuche an Kaiser-Wilhelm-Instituten«, um fortzufahren, »für Wissenschaftler sollte dies vielleicht die angemessenste Art der Entschuldigung sein. Um Verzeihung bitten kann eigentlich nur ein Täter. Dennoch bitte ich Sie, die überlebenden Opfer, von Herzen um Verzeihung für die, die dies, gleich aus welchen Gründen, selbst auszusprechen versäumt haben.« Indem sie nicht nur das Erbe einer an Nobelpreisen reichen Organisation fortführte, sondern auch die moralische Verantwortung für das in der NS-Zeit Geschehene übernahm, schaffte es die Max-Planck-Gesellschaft, beide Seiten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft entsprechend zu berücksichtigen und die enge Verknüpfung beider Gesellschaften für sich neu zu bewerten. Heute haben nur noch ein Viertel der Max-Planck-Institute Wurzeln, die bis in das Kaiserreich reichen, jeder dritte Direktorenposten ist international besetzt. Es scheint an der Zeit, nun auch in der Symbolik die Schritte nachzuvollziehen, die die Gesellschaft in ihrer Vergangenheitspolitik mutig betreten hat.

# Räume zum Denken

## Bauen für die Wissenschaft

DIETER GRÖMLING · SUSANNE KIEWITZ

1912 trat auf Einladung des Preußischen Kultusministers ein hochrangig besetztes Expertengremium zu einer grundsätzlichen Debatte über die Zukunft der gerade ein Jahr alten Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zusammen. Thema des Tages war die Planung der biologischen Institute. Mit den Instituten für Chemie sowie für physikalische Chemie und Elektrochemie, die gerade im Bau waren, sammelte die junge Gesellschaft erste Erfahrungen mit der Errichtung von Laborgebäuden für die naturwissenschaftliche Grundlagenforschung. Anders als an den Universitäten gab es hier kaum Bedarf für Unterrichtsräume, da die Wissenschaftler sich allein der Forschung widmen sollten. Ebenfalls ungewohnt war das Fehlen stadträumlicher Bezugspunkte. Die Berliner Universität und die Königliche Bibliothek bildeten am Vorgezeboulevard Unter den Linden Glanzpunkte einer architektonischen Kette, die auch der Imagebildung des Kaiserstaates diente. Die Bauten der KWG dagegen entstanden in Dahlem, zwischen Windmühlen und Kornfeldern vor den Toren der wachsenden Großstadt.

Entsprechend frei konnte der Chemiker und Nobelpreisträger Emil Fischer das Bauprogramm der neuen, ebenfalls in Dahlem zu errichtenden biologischen Institute formulieren: »Folgen Sie [...] dem Beispiel unserer Fabrikanten und bauen Sie im Barackenstil. [...] ausschließlich nach dem Prinzip der Zweckmäßigkeit, ohne jede Rücksicht auf architektonische Forderungen.« Sein Plädoyer stieß auf breite Zustimmung, denn es fußte auf der Idee möglichst großer Flexibilität, die letztlich in Adolf von Harnacks Konzept, die Forschung durch Förderung herausragender Persönlichkeit voranzubringen, gründete. In der Konsequenz bedeutet das die möglichst offene und flexible Ausstattung von Forschungsbauten für diese Wissenschaftler. Ganz in diesem Sinne lautete das Argument: »Wir müssen immer daran denken, daß die Anforderungen mit jeder neuen Persönlichkeit und mit jedem neuen Forschungszweig ständig sich ändern, es kann deshalb nicht für die Zukunft, sondern [...] für die Gegenwart gebaut werden.«

Dieses Bauprogramm konnte sich in der Folge jedoch nicht durchsetzen. Das 1914 in Dahlem errichtete Institut für Biologie glich – mit Loggien und einem Treppentürmchen ausgestattet – einem gutbürgerlichen Berliner Mietshaus, das 1930 für Otto Warburg errichtete Institut für Zellphysiologie gar einem feudalen Landsitz des 18. Jahrhunderts. Vermutlich war Warburg nicht bewusst, dass er damit die Forderung seines Doktorvaters Fischer von 1912 – dessen Standbild er 1952 im Institutsgarten errichten ließ – ins Gegenteil verkehrte. Warburg begründete seine exquisiten Wünsche mit dem Hinweis, er wolle nicht in einer Fabrik arbeiten. Carl Sattler änderte daraufhin den schlichten Erstentwurf des Institutsgebäudes und adaptierte das märkische Herrenhaus

Groß-Kreutz. Warburg, passionierter Reiter und aus großbürgerlicher Familie, blieb auch was die Architektur anging seiner Vorliebe für alles Englische und Feudale treu. Er sah sich weder in einer Fabrik noch in einer Baracke, und machte damit klar, dass ein kreativer Geist eine angemessene Umgebung braucht.

Warburgs Institut ist sicherlich die weitreichendste Konterkarierung des Bauprogramms von 1912. Aber auch das Institut für experimentelle Therapie von 1913 erinnert an ein ländliches Schloss, das jedoch wie die übrigen Institute moderne Ventilations- und Labortechnik barg. Erst in den 1920er Jahren fanden die unter dem Zeitgeist des Funktionalismus und Expressionismus salonfähig gewordenen fabrikähnlichen Klinkerbauten auch bei den Wissenschaftlern Akzeptanz. Moderne Forschungsbauten haben inzwischen selbst architektonische Meilensteine gesetzt. Das wissenschaftliche Arbeiten in Behelfsbauten blieb den Not- und Kriegszeiten vorbehalten oder gehört in Pionierphasen technischer Geräteentwicklung, wie im Fall von Prandtls erstem Windkanal 1909 in Göttingen. Lediglich in der Feldforschung sind Provisorien immer Normalität geblieben.

Heute umfasst Architektur für die Wissenschaft eine Fülle unterschiedlichster Gebäudetypen für natur- und geisteswissenschaftliche Institute. Sie bergen Laboratorien und Bibliotheken, zu ihnen gehören aber auch astronomische Beobachtungsstationen, Tier- und Gewächshäuser oder Sonderbauten für Großgeräte, die die Anforderungen einer hoch spezialisierten, häufig von ihrer technischen Ausstattung abhängigen Grundlagenforschung erfüllen. Sie bieten Wissenschaftlern einen stabilen Rahmen zum Denken, für Experiment und Debatte, für Beobachtung und Recherche. Sie sind Orte der Wissenschaft. Einige von ihnen erlangten immateriellen Wert, denn die Erkenntnisse, die in ihren Mauern gewonnen wurden, konfrontierten die Gesellschaft sowohl mit neuen Möglichkeiten der Macht als auch mit der Frage nach dem verantwortlichen Umgang mit diesen Erkenntnissen.

### Bauten und Orte

Max-Planck-Gesellschaft und Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft haben in den vergangenen hundert Jahren unzählige Wissenschaftsbauten geschaffen und davon viele wieder aufgegeben. Die Dynamik in diesem Bereich, verschärft durch den Zweiten Weltkrieg und seine Folgen, ist beträchtlich. Entsprechend ihres Satzungsauftrags zur »Gründung und Erhaltung naturwissenschaftlicher Forschungsinstitute« verfügte die KWG schon wenige Jahre nach ihrer Gründung über einen stattlichen Fundus von Liegenschaften: im Rahmen einer zunehmend auch dezentralen Standortpolitik nicht nur in Berlin, sondern auch an Rhein und Ruhr und nach

Das KWI für Biologie in Berlin-Dahlem und die Villa des Direktors (links), um 1920.



dem Ersten Weltkrieg in Heidelberg, Göttingen, München, Breslau und Dresden. Mit den Instituten für Kunstgeschichte in Rom und Meeresbiologie in Rovigno besaß die KWG auch einen kleinen Baubestand im Ausland. 1918 zählte sie zwölf Institute, und bis 1932 kamen 21 hinzu.

Als Standorte boten sich freie Areale am Stadtrand an, die bereits durch Kliniken oder andere Forschungseinrichtungen infrastrukturell erschlossen waren. In Berlin-Dahlem errichteten KWG und Staat ab 1912 sogar selbst einen aus Einzelbauten locker gefügten Campus auf der grünen Wiese, aus dem sich ein neues Wissenschafts- und Wohnquartier entwickelte. Natürliche Bedingungen, wie der Große Plöner See im Fall der Hydrobiologischen Anstalt, waren nur selten ausschlaggebend für die Ortswahl. Das sollte sich auch in der MPG nicht grundsätzlich ändern.

Von der Wissenschaftsförderung des »Dritten Reichs«, mehr als von seiner Bauwut, profitierte auch die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft: Vor allem rüstungsrelevante Forschungsarbeiten und biologisch-medizinische Projekte, die im ideologischen Programm des rassistischen Staates ihren Platz finden konnten, wurden finanziell großzügig bedacht. Neue Gebäude kamen hinzu – oft jedoch für bereits vorhandene Institute. Mit der zunehmenden Dauer des Krieges schränkte der Staat auch das Bauen für die Wissenschaft ein. Das Zurückweichen der Deutschen Wehrmacht seit 1943 und die gleichzeitig zunehmenden Luftangriffe auf die Großstädte hatten direkte Auswirkungen, denn ab Sommer 1943 verließen fast alle Berliner Kaiser-Wilhelm-Institute die Hauptstadt und fanden im süd- und westdeutschen Raum provisorische Unterkünfte in Schul- und Fabrikgebäuden, Universitäten oder Villen.

Als bei Kriegsende die Auflösung der KWG verordnet und die Max-Planck-Gesellschaft 1948 als Auffanggesellschaft und Nachfolgerin gegründet wurde, bildete der Bestand an Liegenschaften in den westlichen Besatzungszonen den materiellen Grundstock. Die Sicherung des nach dem Krieg noch vorhandenen Baubestands und die Zusammenführung von Abteilungen zu arbeitsfähigen Instituten waren die ersten und dringlichsten Aufgaben der MPG in der frühen Bundesrepublik. Während das Institut für Lederforschung in Dresden beim Luftangriff im Februar 1945 in Flammen aufgegangen war, hatte das Institut für Kohlenforschung in Mülheim die Bombardierungen des Ruhrgebiets ohne nennenswerten Schaden überstanden. Nicht selten waren aber Institute in ihren provisorischen Unterkünften erstaunlich arbeitsfähig geblieben. »Die Besetzung von Hechingen vollzog sich im April 1945 ruhig. Die Arbeit des Instituts wurde nur für einen Tag unterbrochen«, heißt es 1951 im Tätigkeitsbericht der MPG über das Kriegsende am ausgelagerten KWI für Biologie.

Die Sanierung kriegsbeschädigter Gebäude und der Ausbau geeigneter Provisorien in West-Deutschland waren zentrale Aufgabe der Bautätigkeit der MPG in den Nachkriegsjahren. Daneben bildeten erste Neubauprojekte den Auftakt zu einer ab 1960 einsetzenden intensiven Ausbauphase. Die Einrichtung einer eigenen Bauabteilung in der Generalverwaltung der MPG 1963 war eine Reaktion auf die immer komplexeren und wachsenden Aufgaben. Wirtschaftlicher Aufschwung, Bevölkerungswachstum und steigender Bildungsbedarf führten auch bei der MPG zu einem erheblichen Wachstum und zu einer Vielzahl größerer neuer Forschungsinstitute mit dem Ergebnis, dass diese bald ein Netz von Einrichtungen über alle Bundesländer spannen konnte. Die Zeit war geprägt von der Aufgabe, in relativ kurzer Zeit einen überdurchschnittlich großen Baubedarf zu decken. In den 1970er Jahren realisierte die MPG sieben große Neubauten für Institute und Institutszentren, u. a. in Göttingen, München und Stuttgart. Das Wachstum der MPG setzte sich auch in den 1980er Jahren trotz finanziell schwierigerer Bedingungen fort, es wurden Institute u. a. in Mainz, Marburg, Bremen und Saarbrücken gegründet und baulich konzipiert.

Der Fall der Berliner Mauer im Herbst 1989 war auch für die MPG eine Zäsur, denn bis zum Jahr 2000 wollte man mit etwa 20 Prozent des Potentials in den neuen Ländern vertreten sein, was durch Gründung von 18 Max-Planck-Instituten in den größeren Städten auch gelang. Zwangsläufig führte das ab 2000 zu einem Nachholbedarf in den alten Bundesländern.

Hinsichtlich der Standorte kehrte die MPG seit den 1960er Jahren zurück zu der Praxis, naturwissenschaftlich-experimentell





Das MPI für molekulare Zell-  
biologie und Genetik in Dresden.  
Ein Beispiel für neue Architektur  
in den neuen Ländern, 2009.



Max Hartmann an seinem Arbeitsplatz im KWI für Biologie, 1920er Jahre.



arbeitende Institute außerhalb der Innenstädte anzusiedeln. Wie zur Zeit der KWG konnte man dort den hohen Bedarf an Grundstücksflächen decken und sich die Möglichkeit der Erweiterung offenhalten. Für die Institute in den neuen Ländern galt dies allerdings kaum noch, sondern hier war die Nähe zum urbanen Raum erwünscht. Möglich wurde diese durch das mittlerweile erreichte hohe Niveau des Emissionsschutzes durch verfeinerte Messmethoden, den reduzierten Verbrauch von Stoffen und Reagenzien und den Ersatz der praktischen Laborarbeit durch digitale Modelle. Die Clusterbildung auf der grünen Wiese ist dennoch weiterhin sinnvoll, denn sie erleichtert Kooperationen vor Ort und die kostensparende Nutzung einer gemeinsamen Infra-

struktur. Das 1912 in Berlin-Dahlem geschaffene Modell hat sich damit als modern und zukunftsweisend erwiesen.

Heute sind die Schwerpunkte der baulichen Tätigkeit der MPG thematisch und regional breit gestreut. Derzeit sind ca. 80 große Baumaßnahmen für etwa 40 Institute in Planung, Bau oder Abrechnung, davon rund zehn Neubauprojekte. Vom aktuellen Baubestand der MPG stammen etwa acht Prozent aus der Zeit der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Sie sind als Teile eines Gebäudeensembles jedoch häufig integriert in später entstandene Strukturen.

Dieser vielfältige Baubestand der KWG/MPG lässt sich durch den Blick auf die äußere Form einerseits und den auf die innere Gestaltung andererseits näher beschreiben. Während Fassade

Das MPI für biologische Kybernetik  
in Tübingen, 2009.



und Stil eher einen Anhaltspunkt dafür geben können, wer sich mit den Bauten identifizieren oder sich in ihnen ausgedrückt sehen wollte, deutet der Innenausbau auf die spezifischen Bedürfnisse der Forscher. Seine Veränderungen sind Ausdruck des Wandels der wissenschaftlichen Arbeit, ihrer inneren Organisation und ihrer Methoden. Das Verhältnis, das äußere Form und innere Struktur in verschiedenen Bauten aus unterschiedlichen Zeitphasen zueinander einnehmen, weist auf Unterschiede und Ähnlichkeiten zwischen KWG und MPG.

#### **Von der Repräsentation zur Funktionalität**

Wirtschaftlichkeit, Betriebssicherheit und Zweckmäßigkeit sind heute wie gestern zentrale Argumente für die Konzeption von Bauprojekten und die Akzeptanz durch die Geldgeber. Die KWG war hier vor allem Stiftungen, Privatpersonen und fördernden Kommunen verpflichtet, die neben dem Staat das Hauptvolumen der Gelder aufbrachten. Die Gründung der KWG erfolgte unter dem persönlichen Protektorat Kaiser Wilhelms II., und entsprechend erhielt Ernst Eberhard von Ihne den Auftrag, die ersten Wissenschaftsbauten zu entwerfen. Er zeichnete als Hofarchitekt seit 1888 für größere staatliche Prestigeprojekte verantwortlich, und seine Institutsbauten besitzen alle Merkmale eines – wenn

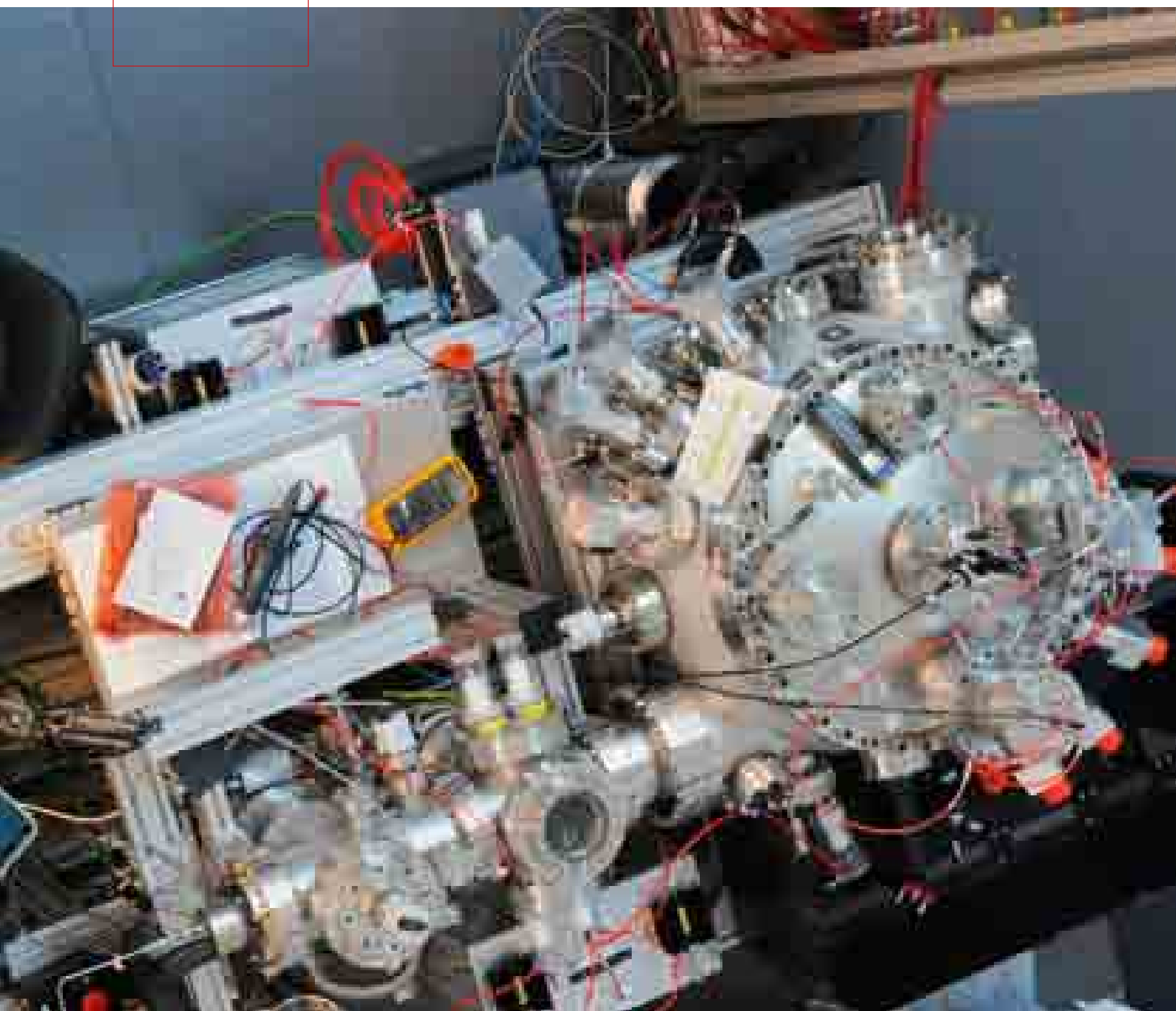
auch abgemilderten – wilhelminischen Repräsentationsstils. Der Wunsch nach Sachlichkeit, Pragmatismus und Funktionalität war jedoch von Anfang an bei den Wissenschaftlern spürbar, wie es die Debatte um die biologischen Institute von 1912 zeigt. Dass Ihnes Baupläne dennoch realisiert wurden, ist ein Signal für die Abhängigkeit der jungen KWG von ihrem kaiserlichen Protektor, der mithilfe »seines« Baumeisters auch die »Marke Deutsches Kaiserreich« prägte. – Letztlich mit Erfolg, denn Wilhelms Stil gab einer ganzen Epoche ihren Namen. Die KWG war ein Element dieses repräsentativen architektonischen Programms. Erst die in der Weimarer Republik errichteten Bauten Carl Sattlers, geschmückt mit der Büste der Minerva, brachten eine vorsichtige Vereinheitlichung und Wiedererkennbarkeit der Forschungsbauten der KWG und versuchten auch durch ihre Anlage, die Bedürfnisse der Forschung zu erfüllen. Emil Fischer hatte das bereits 1912 gefordert und in den Bauten der KWG ein Mittel gesehen, für die Wissenschaft insgesamt neue innere als auch äußere Leitbilder zu definieren und zu etablieren: »Wenn wir es hier nur einmal durchsetzen, daß ausschließlich nach dem Prinzip der Zweckmäßigkeit [...] gebaut wird, so würde das ein großer Gewinn für die zukünftige Errichtung aller anderen naturwissenschaftlichen Institute in Deutschland sein.«

Fischer setzte damit innere Funktion und Fassade in ein neues Verhältnis. Bauen für die Forschung sollte aus der inneren Notwendigkeit der Forschung begründet werden und damit die Kraft entwickeln, künftig selbst schulbildend zu wirken. Mit Blick auf die weitere Entwicklung darf man sagen, dass dies letztlich gelang – wenn auch in letzter Konsequenz erst nach dem Zweiten Weltkrieg in der MPG: Der Ernst-Ruska-Bau des Fritz-Haber-Instituts von 1974 bot mit seinen Türmen einen Experimentierraum für die Elektronenmikroskope. Auch die Gebäude der Institute für Bildungsforschung in Berlin und für Astrophysik in Garching von 1978 (beide Fehling und Gogel) entstanden aus dem Versuch, den inneren Bedürfnissen der Forschungsarbeit gerecht zu werden und führten zu einem unverwechselbaren Erscheinungsbild. Sie haben durch ihren Anspruch an Individualität tatsächlich Vorbildcharakter für die Auffassung von Forschungsbauten erlangt. Angesichts der aktuellen Tendenzen zu immer größerer visueller Vielfalt kommt diesen Bauten eine besondere Bedeutung zu. Aktuell stellt sich die Frage, ob die Architektur künftig die Profilbildung der MPG unterstützen sollte. Damit kehrt ein bereits durch Sattler eingebrachtes Element der Unternehmenskommunikation zurück.

Die enge Kooperation von Architekt und Wissenschaftler, die die MPG mit diesen Projekten professionalisiert hat, begann jedoch schon in der KWG. Vor dem Ersten Weltkrieg konzentrierte



Ein Arbeitsplatz in der großen  
Experimentierhalle des Fritz-Haber-  
Instituts, 2010.



Das MPI für Physik in München  
von Sep Ruf  
kurz nach der Eröffnung, 1960.



sie sich vor allem auf den Innenausbau, der in Dahlem dem im Laborbau erfahrenen Max Guth überlassen wurde. Er arbeitete eng mit den designierten Direktoren zusammen. Nach dem Ende der Monarchie konnten die Wissenschaftler auch bei der Fassadengestaltung mitreden. Zu einer konsequenten inneren Begründung der äußeren Form führte das jedoch noch nicht. Carl Sattler, seit 1925 bei der KWG als Architekt unter Vertrag, bestimmte durch eigene Entwürfe oder beratend die Erscheinungsweise ihrer Forschungsbauten und wirkte so stilbildend. Sachliche Formen ohne oder mit sparsamem Dekor herrschen hier vor, im Villenviertel Dahlem angelehnt an ländliche Elemente bis hin zum Heimatstil. Sattler versuchte dabei auch, den Geschmack der Nutzer der Bauten zu treffen, wie er entschuldigend in Richtung seiner Fachkollegen bei der Eröffnung des Harnack-Hauses begründete: »Wir mussten mit der Psyche sehr verschiedenartiger [...], sehr feinnerviger Besucher

[...] rechnen. Sie finden vieles, was Sie vielleicht als unmodern ansehen, das aber gewissen, im Unterbewusstsein der Bewohner schlummernden Bedürfnissen gerecht wird.«

Doch nicht nur die Wissenschaftler sprachen ein Wort bei der Baugestalt mit, auch die industriellen und privaten Geldgeber erhoben ihre Stimme. Der Verein Deutscher Eisenhüttenleute wirkte maßgeblich bei der Wahl des Architekten für das KWI für Eisenforschung mit. Beim KWI für Arbeitsphysiologie in Dortmund entwarf Stadtbaurat Delfs den Institutsneubau und realisierte mit ihm typische moderne Formen der Industrieregion im Sinne städtebaulicher kommunaler Konzepte. Das Interesse der Geldgeber an der äußeren Form zeigt sich besonders deutlich beim Umbau einer Maschinenhalle zur provisorischen Unterkunft des KWI für Eisenforschung. Hier sorgte die Fassadengestaltung nachträglich für Ärger, als der Finanzier Gustav Krupp von Bohlen

Das KWI für Arbeitsphysiologie in Dortmund, 1929.



Das chemische Labor des KWI für Arbeitsphysiologie, 1929. Bei seiner Konzeption waren Industriebauten das Vorbild.



und Halbach im Kuratorium die Notwendigkeit des Anbaus der klassizistischen Säulenhalle infrage stellte.

Mit der Gründung der Max-Planck-Gesellschaft 1948 änderten sich auch der finanzielle Rahmen und damit die den Bau beeinflussenden Faktoren. Die institutionelle Förderung der MPG durch Bund und Länder verpflichtet diese, nach allgemein anerkannten Planungs- und Finanzierungskennndaten zu arbeiten. Seitdem werden Investitionsprojekte dem Verwaltungsrat der MPG sowie den Bund-Länder-Gremien vorgelegt und unterliegen der Prüfung der Rechnungshöfe. Transparenz der Mittelverwendung, Wirtschaftlichkeit, die Forderung nach Gerechtigkeit und Gleichstellung sowie der Bezug auf europäische Maßstäbe zur Abwicklung öffentlicher Bauprojekte sind neue Kriterien, die entsprechend der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung bei diesen Entscheidungsverfahren zum Tragen kommen. Der Unterschied zur KWG ist hier markant.

Diese Neutralisierung der Auftraggeber und das Zurücktreten des Stifterwesens nach dem Zweiten Weltkrieg begünstigte die funktionsorientierte Bauplanung und wurde in den 1960er Jahren weiter verstärkt durch die akademische Liberalisierung. Diese sieht für die Leitung eines Instituts ein Direktorium vor und den turnusmäßigen Wechsel des Geschäftsführenden Direktors. Das Prinzip der Kooperation zwischen Architekt und Wissenschaftler blieb in diesen veränderten Rahmenbedingungen jedoch weiterhin gültig, denn die Bedarfsgerechtigkeit und Funktionalität von Institutsbauten kann nur in enger Zusammenarbeit mit dem Nutzer entwickelt werden. Nach wie vor werden Wissenschaftler deshalb möglichst frühzeitig in den Planungsprozess integriert.

Die inhaltlichen Anforderungen an den Bau haben sich zwischen 1950 und 2010 allerdings verändert.

Unter diesen Bedingungen entstand 1958 im sachlichen Stil der Nachkriegszeit das MPI für Physik in München-Freimann durch Sep Ruf. Er entwickelte für jede spezifische Funktion einen eigenen Baukörper, sodass Institutsgebäude, Werkstatt, Servicegebäude, Experimentierhalle und Hörsaal separat stehen. Diese wegweisende Idee fand sich bereits in der Anlage des KWI für Physik in Dahlem. Werner Heisenberg, der als Direktor beider Institute eine personelle Kontinuität zwischen KWG und MPG verkörpert und den Architekten mit auswählte, mag auch bei der Planung des MPI seine Erfahrungen, die er am KWI in Berlin gesammelt hatte, eingebracht und damit zur Weiterentwicklung bestehender, als gut befundener Strukturen beigetragen haben. Ganz anders als in Dahlem zeigt sich jedoch die Fassade: Der Bau in München vermittelt durch die Auflösung massiver Bauteile, durch mehrschichtige Konstruktionen in der Fassade, den hohen Glasanteil und die einladende Gruppierung um eine Hofanlage Transparenz und Leichtigkeit. Dominierendes Stilelement des Instituts von 1937 ist dagegen ein unmotiviert über der Eingangsfassade aufgesetzter Zwiebelturm, der wahrscheinlich auf Wunsch des ersten Direktors Peter Debye dort platziert wurde.

Das Beispiel belegt die in der MPG zunehmende Bedeutung eher objektiver Bedarfsparameter mit dem Ziel, langfristig anpassbare Gehäuse für sich wandelnde Anforderungen immer neuer Forschergenerationen zu erstellen. Dementsprechend wird für jedes Bauprojekt – anders als in der KWG – im Rahmen von



Alltag im Altbau des MPI für Dynamik und Selbstorganisation, 2010.

Wettbewerben in aller Regel ein anderer Architekt ausgewählt. Die 1960er und 70er Jahre erhoben schließlich die Orientierung auf funktionale und objektivierbare Kriterien zum leitenden Prinzip. Bauen insgesamt war geprägt von Stichworten wie Standard, Raster, Modul und Vorfertigung in Maßsystemen (»Marburger System«). Die in dieser Zeit entstandenen Institute der MPG folgen in Form und Materialität unverkennbar diesem Zeitgeist, realisieren dabei jedoch weiterhin eigenständige, aus inneren Anforderungen der Forschung begründete Entwürfe. Aus heutiger Sicht sind die Bauten gut nutzbar, was fehlt, sind kommunikative Strukturen; sukzessive wird daran gearbeitet, dies zu verbessern.

Seit den 1960er Jahren hat sich das Prinzip, die bauliche Form von Wissenschaftsbauten von innen nach außen zu entwickeln, durchgesetzt. Bei den Bauten der Gegenwart ist mit dem Anspruch auf Nachhaltigkeit und Energieeffizienz ein wichtiges Parameter bedeutsam geworden, das sich zukünftig auch auf die äußere Form auswirken wird. Das derzeit im Bau befindliche MPI für Biologie des Alterns in Köln integriert alle aktuellen Herausforderungen in einem ebenso kompakten wie auch lichtdurchfluteten Bau, der typologisch und strukturell Vorbildcharakter haben wird und der exakt die der Wissenschaft dienliche Eigenständigkeit verkörpert.

### Vernetzte Räume für Mensch und Technik

Technische und soziale Anforderungen sind die beiden zentralen Aspekte für die Gestaltung der inneren Struktur von Forschungsbauten. Hinsichtlich der Technik bestimmte der Ruf nach möglichst großer Flexibilität von Anfang an die Debatte für die naturwissenschaftlichen Institute. Er ist noch heute virulent. Hintergrund ist der Auftrag an MPG und KWG, noch nicht etablierte Forschungsgebiete zu fördern, denn die Entwicklung neuer Methoden zieht den hohen Einsatz von variabler, zur Weiterentwicklung fähiger Technik nach sich. Kein Bereich hat sich in den vergangenen hundert Jahren derart stark verändert. Die Folgen zeigen sich sowohl in der Anlage von Forschungsinstituten insgesamt als auch in der Planung ihrer Grundrisse. Beides zielt auf eine wachsende Separierung funktionaler Raumeinheiten. So deutete sich die räumliche Trennung von Bauten für unterschiedliche Funktionen bereits bei einigen Kaiser-Wilhelm-Instituten an. Vor allem die Notwendigkeit, Erschütterungen von empfindlichen Messungen frei zu halten, zog die räumliche Trennung der Labore von Maschinenhallen und Werkstätten nach sich, manchmal sogar die Abspaltung einzelner Baukörper. Das Vordringen der Wissenschaft in Nanodimensionen hat dies verschärft. Es führt heute zu einer Generation wissenschaftlicher Apparaturen, deren Empfind-

lichkeit aufgrund elektromagnetischer, seismischer und akustischer Einflüsse in jedem Einzelfall analysiert und in die Planungsüberlegungen integriert werden muss. Nicht selten beanspruchen diese in Instituten eigene Zonen oder sind in Sonderbauten ausgelagert.

Im Inneren gilt das Primat der Separierung ebenfalls, denn eine effiziente Bauplanung konzentriert funktionale Bereiche nahe beieinander. Raumgreifende und kostenintensive Gewerke wie Lüftungstechnik und Kälteversorgung prägen Forschungsbauten; und ganze Technikgeschosse oder -bauten, z. B. für ein Blockheizkraftwerk, sind keine Seltenheit bei modernen Institutsstandorten. Dementsprechend liegen die Investitionskosten für die technische Ausstattung derzeit je nach Installationsdichte bei 40 bis 50 Prozent der Gesamtbaukosten. Neben den Anforderungen an die Technik sind auch die an die Sicherheit erheblich gewachsen und haben den Technikanteil ebenfalls erhöht, sowohl im Interesse der Umwelt als auch der Mitarbeiter. Vor dem Zweiten Weltkrieg gingen Wissenschaftler noch relativ sorglos auch mit hochgradig toxischen Substanzen um. Die Prüfung mit allen Sinnesorganen war noch um die Jahrhundertwende eine wichtige Methode der Chemiker, und bis in die 1960er Jahre war die offene Veranda für Versuche im Freien Teil eines jeden Gebäudes, in dem chemische Untersuchungen gemacht wurden. Seit den 1960er Jahren haben sich Kenntnisse über Gefährdungspotentiale erhöht und werden zunehmend ernst genommen, was eine schärfere Umweltgesetzgebung nach sich gezogen hat. Relativ neu ist die erhöhte Sensibilität für Gesundheitsthemen. Die Branche reagierte darauf durch die Anpassung von Betriebsabläufen. Der Raum, den Ventilations- und Entsorgungsanlagen beanspruchen, ist dadurch gewachsen.

Die Altbauten Ihnes, deren Grundrisse diese Separierung funktionaler Bereiche nicht zulassen, sind für naturwissenschaftlich-experimentelle Forschung deshalb heute nicht mehr nutzbar. Der aktuelle Umgang mit ihnen ist – je nach Bedarfssituation – seit den 1980er Jahren gekennzeichnet durch eine Umnutzung zu installationstechnisch weniger aufwändigen Räumen für Bibliothek, Archiv, Büros und Besprechungen. Die drei der Neuen Sachlichkeit zuzurechnenden Altbauten aus KWG-Bestand sind dagegen modern gerastert, gezont, gegliedert – und damit technisch grundsätzlich gut erschließbar. Dazu gehören die Bauten des MPIs für Eisenforschung in Düsseldorf, für medizinische Forschung in Heidelberg sowie der Altbau des KWI für Arbeitsphysiologie, aus dem 1999 das MPI für molekulare Physiologie in Dortmund wurde. Ihr Bauegefüge erwies sich als langfristig nutzbar. Die Anpassungsfähigkeit hat ihre Grenzen hier ganz allgemein im Bauzustand nach



Das MPI für Ornithologie,  
Seewiesen, 2009.



vielen Jahrzehnten und – wiederum – im inzwischen deutlich erhöhten Technikanteil, der die Grundrisse dieser Gebäude an ihre Grenzen führt. Der Altbau in Dortmund wurde deshalb 1999 aufgegeben. Was der damalige Direktor Edgar Atzler 1928 formulierte, sollte sich allerdings grundsätzlich bewahrheiten: »Gerade die neue Bauweise hat sich für ein naturwissenschaftliches Institut als äusserst zweckmässig erwiesen. Wir werden sicher viele Nachahmer finden.«

Doch Orte der Forschung müssen nicht nur technisch überzeugen, sondern sie müssen auch motivieren. Das wichtigste Stichwort in diesem Zusammenhang ist Kommunikation. Beginnend bei den Schulen der Antike über die Kollegien des Mittelalters bis hin zu den Universitäten im 19. und 20. Jahrhundert war Kommunikation stets ein wichtiger Teil des Wegs zum Erkenntnisgewinn. Was sich gerade in den vergangenen beiden Jahrzehnten radikal gesteigert hat, ist die Geschwindigkeit der Informationsflüsse und der Bedarf an interdisziplinärem Austausch, denn durch den dichter werdenden europäischen Markt und die Globalisierung ist der Schritt in die Informations- und Kommunikationsgesellschaft längst vollzogen. Auf Seiten der Forschung verlangten die Spezialisierung innerhalb der wissenschaftlichen Disziplinen und die Komplexität des Forschungsgeschehens nach zunehmend mehr teamorientierter, interdisziplinärer Kooperation. Ausbildungswege sind fachübergreifend, Teams setzen sich aus unterschiedlichen Berufsgruppen international gemischt zusammen und müssen deshalb stärker als früher kommunikative Hürden überwinden. Gebäude und auch Bauteile – bis hin zu Labor- und Bürozone der kleinsten Wissenschaftlerteams –, die Gespräche und Begegnungen fördern, werden deshalb künftig immer notwendiger sein.

Als Teil der vernetzten Welt treten die Max-Planck-Institute auch in kommunikativen Austausch mit einer nur mehr virtuellen Umgebung. Welche räumlichen Ankerpunkte sie in Zukunft noch brauchen werden und wie diese architektonisch aussehen werden, ist eine offene Frage.

Hinzu kommen erhöhte Erwartungen an die Lebensqualität. Die amerikanischen Campus-Universitäten werden in diesem Zusammenhang gern als Vorbild genannt, wo der Campus ein Ort des Lebens und der Arbeit ist und deshalb auch Raum für Einkaufen, Sport und Freizeit bietet. Die Übertragung dieses Modells auf Europa scheitert jedoch ebenso daran, dass Wissenschaft hier wie dort unterschiedlich finanziert wird, wie daran, dass die Städte der alten und neuen Welt komplett unterschiedliche Lebensweisen und Strukturen hervorgebracht haben. Trotzdem bleibt es bei einem gefühlten Defizit.

Die Bauten der MPG müssen darauf – ungleich stärker als die Institute der KWG – eine Antwort geben. Denn die KWG erfüllte das auch damals schon bestehende Bedürfnis nach Kommunikation durch eine erweiterte Bauplanung: Neben den Institutsgebäuden wurden von Anfang an auch Wohnhäuser errichtet. Obligatorisch war das Haus für den Direktor, das nicht selten nach seinen persönlichen Vorstellungen entworfen wurde. Diese Villen erfüllten in hohem Maße kommunikative Zwecke. Atzler, der bei der

Das MPI für chemische Ökologie  
in Jena, 2009.



Ansiedlung seines Instituts für Arbeitsphysiologie 1929 in Dortmund in Streit mit der Stadt geriet, die aus Kostengründen den Bau seiner Villa verzögerte, wies darauf hin, dass es in der Industriestadt besonders schwierig sei, »wissenschaftliche Besucher heranzuziehen« und durch die Aufnahme von Kollegen ins eigene Haus erst »jene Fäden geknüpft werden können, die das Institut mit der wissenschaftlichen Welt verbindet.«

Daneben wurde jedoch auch für die Unterbringung der Mitarbeiter gesorgt, für die vor dem Ersten Weltkrieg zumeist Räume im Institut selbst vorgesehen waren. Diese lagen jedoch wie bei Fritz Habers Institut in unmittelbarer Nähe von Werkstätten und Maschinenräumen. Einen Fortschritt für den Komfort bildete die Planung von Apartmenthäusern für Mitarbeiter seit den späten 1920er Jahren wie in Berlin-Buch. Man darf darin wohl einen Ausdruck der gesteigerten Wertschätzung des wissenschaftlichen Personals sehen. Für die Kaiser-Wilhelm-Institute in Berlin erfüllte ab 1929 das Harnack-Haus soziale und kommunikative Funktionen. Dort boten nicht nur ein Restaurant und ein Clubraum Platz für

Gespräche, sondern es förderten auch ein Turnraum, Tennisplätze und ein Schwimmbad das aktive Miteinander und das Entstehen persönlicher Freundschaften. Die entspannte Atmosphäre begünstigte letztlich auch den kollegialen Austausch. Wie modern dieses Konzept war, zeigt sich daran, dass das Harnack-Haus ihm seit 2000 als Tagungsstätte und Gästehaus der Max-Planck-Gesellschaft wieder folgt.

Bei der Planung der Forschungsbauten dagegen reflektierten die Architekten der KWG nicht über kommunikationsstiftende Gebäudestrukturen. Der Garten, das Büro oder die Bibliothek fungierten als soziale Treffpunkte. Anders in modernen Forschungsbauten: Hier werden inzwischen auch Verkehrswege gezielt als Treffpunkte geplant, um gemeinsame Aktivitäten anzuregen. Sitzcken mit Internetanschluss sind heute ebenso kommunikative Zonen wie die klassische Cafeteria, aber auch Terrassen oder begrünte Innenhöfe. Das Bedürfnis nach mehr kommunikativer Dichte wirkt sich auch auf die Planung der Arbeitsplätze aus. Exemplarisch für eine allgemeine Tendenz in

Das MPI für Bildungsforschung in Berlin, 2009 nach der Sanierung.

der Entwicklung der Laborstrukturen wich man beim MPI für molekulare Zellbiologie und Genetik in Dresden (2001) konsequent vom 40-qm-Standardlabor ab und richtete größere Laboreinheiten mit integrierten Schreibplätzen ein – als kommunikativer Raum für ein Forscherteam.

### **Fazit. Bauten der Gegenwart für die Zukunft**

Der Blick auf die Bauten und Bauaufgaben der vergangenen hundert Jahre zeigt einerseits stabile spezifische Bedarfsanforderungen, unter denen technische und soziale Aspekte besonders klare Herausforderungen an Architekten stellen. Hintergrund ist die gleichgebliebene Aufgabe der Forschungsförderung durch die Bereitstellung technisch optimal ausgestatteter Räume unter der Maßgabe der Wirtschaftlichkeit für hochkarätige Forscher. Andererseits haben sich die Details dieser Anforderungen stark verändert. Daraus ergeben sich Diskontinuitäten zwischen KWG und MPG. Konkret sind das der gesteigerte Einsatz kostenintensiver, empfindlicher Technik einerseits und andererseits die zunehmende Gewichtung immaterieller Faktoren und die Demokratisierungstendenzen in der Personalstruktur seit den 1960er Jahren. Besonders die aktuelle Reflexion darüber, dass Erkenntnisgewinn auf Kommunikation beruht, dass ein Forschungsinstitut mehr ist als eine Ansammlung funktionsgerechter Arbeitsplätze, nämlich ein Ort des Aufenthalts und des Lebens, hat das Bauen für die Wissenschaft in den vergangenen 20 Jahren stark verändert. Während die KWG soziale Bedürfnisse auch durch die Wohnbauten deckte und das Institut vorrangig als technische Einheit mit mehr oder weniger hoher Repräsentationsfunktion definierte, könnte man vom zeitgemäßen Institutsbau als »einem großen Forscherwohnhaus« sprechen.

Das hat zur Unverwechselbarkeit vieler Bauten geführt. Gerade dadurch machen diese Orte aber auch ein besonderes Angebot an Wissenschaftler, sich mit ihrem Institut zu identifizieren. Der moderne, technisch anspruchsvolle »Denkort« Institut kann so auch zu einem alltäglichen Erinnerungsort werden: einem Ort, an den sich persönliche und berufliche Erfahrungen im akademischen Werdegang knüpfen – vor allem für den wissenschaftlichen Nachwuchs. Zusammen mit dem Primat der Flexibilität und Funktionalität der Bausubstanz bestimmt das auch das Verhältnis der MPG zur KWG: Wo die MPG ihr bauliches Erbe annimmt und weiter verwaltet, geht sie produktiv und zukunftsgerichtet mit ihm um. Historische Orte werden in aktuelle Planungen eingebunden oder, wo sie technisch nicht mehr anpassbar sind, aufgegeben. Eine rein konservierende Pflege, der musealisierende Erhalt der Orte als Bauten und Räume ist nicht vorgesehen.



# Köpfe der Wissenschaft

## Präsidenten, Generalsekretäre, Direktoren und andere Forscher

REINHARD RÜRUP

Um die herausragenden Erfolge und das daraus resultierende nationale und internationale Ansehen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und später der Max-Planck-Gesellschaft zu erklären, ist bis in die jüngste Vergangenheit immer wieder das »Harnack-Prinzip« beschworen worden. Adolf von Harnack, der langjährige Präsident, fasste Stellung und Bedeutung der Institutsdirektoren in der Jahreshauptversammlung der KWG 1928 in die Worte: »In so hohem Grade ist der Direktor die Hauptperson, daß man auch sagen kann: die Gesellschaft wählt einen Direktor und baut um ihn herum ein Institut.« Zwei Jahre später formulierte Friedrich Glum als Generaldirektor der KWG den Grundsatz: »Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft soll nicht Institute bauen und dafür den geeigneten Mann suchen, sondern erst den Mann finden und um ihn das Institut bauen.« 1961, anlässlich des 50. Jahrestages der KWG-Gründung, sprach auch Adolf Butenandt als Präsident der MPG von dem »leitenden Strukturprinzip«, dass die Institute »um den bedeutenden Forscher herum gebildet werden«, wobei er freilich einschränkend hinzufügte, dass das ein »nicht immer leicht zu erreichendes Ideal« sei. Und noch 1993 argumentierte der MPG-Präsident Hans F. Zacher: »Gemäß dem Harnack-Prinzip, kraft dessen die leitenden Wissenschaftler die Mitte unseres Systems bilden, konzentriert sich die Verantwortung der Max-Planck-Gesellschaft für wesentliche innovative Schritte auf die Abfolge von Emeritierung und Nachfolgeberufung ihrer wissenschaftlichen Mitglieder.«

Inzwischen ist allerdings nicht mehr daran zu zweifeln, dass das »Harnack-Prinzip« in seiner strengen Form in den Bereich der Legende gehört [Vierhaus 1996]. Es hat zwar in der Max-Planck-Gesellschaft ebenso wie in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft immer wieder Fälle gegeben, in denen man für eine bedeutende Forscherpersönlichkeit ein Institut geschaffen hat, sehr oft aber erfolgte die Einrichtung eines Instituts aus ganz anderen Gründen, nämlich aus allgemeinen forschungsstrategischen Erwägungen oder unter besonderer Berücksichtigung wirtschaftlicher, gelegentlich auch politischer Interessen und der dadurch gegebenen Finanzierungsmöglichkeiten. Richtig bleibt jedoch, dass die großen Persönlichkeiten in der KWG/MPG-Geschichte von den ersten Anfängen bis in die Gegenwart hinein stets eine bedeutende, oft auch entscheidende Rolle gespielt haben. In der neueren Literatur ist deshalb mit guten Gründen von einer »persönlichkeitszentrierten Forschungsorganisation« [Laitko 1996] gesprochen worden. Damit waren hauptsächlich die Wissenschaftlichen Mitglieder der Gesellschaft, also vor allem die Institutsdirektoren, angesprochen, doch kann diese Feststellung auch für die Präsidenten, die Generalsekretäre oder die führenden Köpfe im Vorstand und im Senat gelten.

Große Forschungseinrichtungen wie die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und die Max-Planck-Gesellschaft brauchen für ihre besondere Leistungsfähigkeit stets beides: Stabilität und Bewegung, Bewahrung und Erneuerung, Kontinuität und Wandel. Sie erfordern den Respekt vor dem historisch Gewachsenen und dem von den Vorgängern Geleisteten ebenso wie die grundsätzliche Offenheit für Neues, den Mut zum Risiko, zum Umgang mit dem noch Unvertrauten. Sie bedürfen gleichermaßen der Traditionspflege und der Traditionskritik. Das gilt für die Personen, die in solchen Forschungseinrichtungen wirken, ebenso wie für deren Strukturen. Überstürzte Veränderungen, allzu beflissene Anpassungen an den jeweiligen »Zeitgeist« oder hektische Betriebsamkeit sind für eine über große Zeiträume hinweg produktive wissenschaftliche Arbeit nicht weniger schädlich als die Verkrustung und Erstarrung der institutionellen Formen. So war man sich in der KWG von Anfang an darüber einig, dass bei den Institutsdirektoren bzw. den Wissenschaftlichen Mitgliedern Festanstellungen notwendig waren, zumal man in ihrem Fall mit dem Beamtenstatus ordentlicher Professoren konkurrieren musste, dass aber allen anderen Wissenschaftlern nur befristete Verträge gewährt werden sollten, um auf diese Weise die Mobilität in den Instituten sicherzustellen und damit auch den ständigen personellen Austausch mit den Universitäten und anderen Forschungseinrichtungen zu fördern. Möglichst langfristig beschäftigt wurden allerdings die Verwaltungsangestellten und Sekretärinnen, die Laboranten und Techniker.

### Präsidenten

Richtet man unter der Fragestellung nach Kontinuität oder Diskontinuität des leitenden Personals den Blick zunächst auf die Präsidenten der KWG/MPG, so zeigt sich eine eindeutige Tendenz zu möglichst stabilen Verhältnissen. In den hundert Jahren seit 1911 hat es insgesamt nur elf Präsidenten gegeben, deren Amtszeit durchschnittlich neun Jahre betrug. Die größten Unterschiede in der Amtsdauer gab es in der KWG bis 1945: Der Gründungspräsident Adolf von Harnack amtierte 19, sein Nachfolger Max Planck sieben Jahre, während Carl Bosch und Albert Vögler nur drei bzw. vier Jahre tätig sein konnten. Drei dieser Präsidenten starben im Amt, und Planck schied mit 79 Jahren aus Altersgründen aus (stellte sich aber 1945/46 noch einmal als Übergangspräsident zur Verfügung). In der Max-Planck-Gesellschaft bildete sich dann ab 1948 ein fester Rhythmus von sechs bzw. (im Fall der Wiederwahl) zwölf Jahren der Präsidentschaft aus: Die ersten drei Präsidenten (Otto Hahn, Adolf Butenandt und Reimar Lüst) waren je zwölf Jahre, ihre Nachfolger von 1984 bis 2002 (Heinz A. Staab, Hans F.

Max Planck gratuliert Otto Hahn, seinem Nachfolger als Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, zur Verleihung des Nobelpreises, 1946. Im Hintergrund (von rechts): Werner Heisenberg, Adolf Windaus, Max von Laue.



Zacher und Hubert Markl) je sechs Jahre im Amt, während der im Jubiläumsjahr amtierende Präsident Peter Gruss sich seit 2008 bereits in seiner zweiten Amtsperiode befindet.

Bis 1945 wurden ausschließlich Präsidenten gewählt, die der KWG als Mitglieder des Senats oder des Vorstands eng verbunden, aber nicht Institutsdirektoren waren. Ihr hohes Ansehen gründete sich auf ihre Tätigkeit und ihre Leistungen in anderen Bereichen der Wissenschaft oder der Industrie. Der Gründungspräsident Adolf von Harnack (1851–1930) war Ordinarius für evangelische Theologie und Kirchengeschichte an der Berliner Universität, Generaldirektor der Königl. Bibliothek (der späteren Preußischen Staatsbibliothek), führendes Mitglied der Berliner Akademie der Wissenschaften, ein glänzender Redner und Autor, nicht zuletzt

auch ein hochgeschätzter Wissenschaftsorganisator, der an der Gründung der KWG führend beteiligt war. Der Physiker Max Planck (1858–1947), der 1930 sein Nachfolger wurde, war zu diesem Zeitpunkt schon vier Jahre lang Emeritus der Berliner Universität. Als Begründer der Quantentheorie und Nobelpreisträger des Jahres 1918 gehörte er zu den international angesehensten Gelehrten seiner Zeit, als einer der ständigen Sekretäre der Akademie der Wissenschaften verfügte er auch über wissenschaftsorganisatorische Erfahrung. Darüber hinaus war er ein ungewöhnlich gebildeter Bürger und eine Persönlichkeit, die weit über den engeren Kreis seiner Fachgenossen hinaus verehrt wurde.

Den großen Namen der Wissenschaft folgten ab 1937 die »Industriepräsidenten«, wobei es sich bei Carl Bosch (1874–1940)

gleichzeitig um einen herausragenden Naturwissenschaftler handelte, der 1931 für die »Entwicklung chemischer Hochdruckverfahren« mit dem Nobelpreis ausgezeichnet wurde. Ausschlaggebend für seine Wahl zum Präsidenten war jedoch seine Stellung in der chemischen Industrie: Er war seit 1919 Vorstandsvorsitzender der BASF, seit 1925 Vorstandsvorsitzender der IG Farben und seit 1935 deren Aufsichtsratsvorsitzender. Als Bosch schon nach wenigen Jahren im Amt starb, gelang es der KWG 1941, mit Albert Vögler (1877 – 1945) einen der wirtschaftlich und auch politisch einflussreichsten Industriellen für die Nachfolge zu gewinnen. Vögler war seit 1926 Generaldirektor und von 1936 bis zu seinem Tod Aufsichtsratsvorsitzender der Vereinigten Stahlwerke AG. Politisch war er zu Beginn der Weimarer Republik für die Deutsche Volkspartei in der Nationalversammlung und im Reichstag tätig, später unterstützte er die Deutschnationalen, und ab 1933 wurde er, ohne selber Parteimitglied zu sein, über die Einheitsliste der NSDAP erneut Mitglied des Reichstags. Im Krieg gehörte er zu den engsten Beratern des Rüstungsministers Albert Speer.

Blickt man auf die großen politischen Krisen und Umbrüche zwischen 1911 und 1945, so scheint die KWG auf der Ebene ihrer Präsidenten davon kaum berührt worden zu sein. Weder der Beginn noch das Ende des Ersten Weltkriegs erwiesen sich als eindeutige Zäsuren, und auch der Sturz der Monarchie und der revolutionäre Übergang zur parlamentarischen Demokratie hatten keine personellen Auswirkungen. Selbst angesichts der nationalsozialistischen »Machtergreifung« 1933 und des Kriegsbeginns 1939 setzte man unbeirrt auf Kontinuität. Zur einschneidenden Krisenerfahrung wurden erst die militärische Niederlage und der Zusammenbruch des »Dritten Reichs« im Frühjahr 1945. Vögler, der die KWG mit großer Entschiedenheit in den Dienst des Krieges und damit auch des NS-Systems gestellt hatte, machte seinem Leben im April 1945 ein Ende, und es schien höchst zweifelhaft, ob die Gesellschaft angesichts ihrer überaus starken Einbindung in die Rüstungsanstrengungen und die Kriegswirtschaft überhaupt noch eine Zukunft haben würde, zumal die Institute durch die seit 1943 erfolgten Evakuierungen weit verstreut und in der Regel nur provisorisch untergebracht waren.

Als man in der unmittelbaren Nachkriegszeit einsehen musste, dass eine »Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft« von den Besatzungsmächten nicht mehr akzeptiert wurde, entschloss man sich, um die personellen und die materiellen Ressourcen zu retten, zu einer formalen Neugründung auf der Basis der bestehenden Institute. Die Entscheidung für den Namen »Max-Planck-Gesellschaft« machte dabei deutlich, dass man keinen Bruch mit der eigenen Geschichte beabsichtigte, sondern auch in der Existenzkrise die

Kontinuität beschwor. Das kam auch in der Wahl des Präsidenten zum Ausdruck, der die MPG ab 1946 vorläufig und ab 1948 endgültig leitete. Otto Hahn (1879 – 1968), dem im Herbst 1945 für die Entdeckung der Kernspaltung der Nobelpreis zuerkannt wurde, war seit 1912 Wissenschaftliches Mitglied der KWG und seit 1928 Direktor des KWI für Chemie. Während der NS-Zeit hatte er, anders als viele seiner Kollegen, keine Zugeständnisse an den »Zeitgeist« gemacht. Er hatte im Sommer 1933 auf seine Lehrtätigkeit an der Berliner Universität verzichtet und sich für die verfolgten »nichtarischen« Kollegen eingesetzt, wo immer er konnte. Für die Nachkriegszeit war er, der ähnlich wie Planck die positiven Elemente der KWG-Tradition verkörperte, geradezu unersetzlich, sein Name bedeutete für die MPG nicht nur wissenschaftliches, sondern auch moralisches Kapital. Obwohl er die neue Aufgabe nur zögernd übernommen hatte, erwies sich seine Amtszeit dann als sehr erfolgreich.

Mit der Präsidentschaft Hahns bildete sich, wie im Rückblick klar erkennbar ist, ein neues Muster für die Wahl der Männer – eine Frau ist bis heute nicht in dieses Amt gewählt worden – an der Spitze der MPG aus. Man suchte nicht mehr nach den großen Namen außerhalb der Gesellschaft, sondern entschied sich, mit einer einzigen Ausnahme, für einen »primus inter pares«, also für einen Institutsdirektor aus den eigenen Reihen. Der Biochemiker Adolf Butenandt (1903 – 1995), Direktor seit 1936, war wie Hahn Nobelpreisträger (Chemie, 1939). Er war Mitglied der NSDAP, trat während der NS-Zeit politisch jedoch nicht weiter in Erscheinung. Mit dem Beginn seiner Präsidentschaft im Jahr 1960 begann die Verlagerung der MPG-Zentrale, die sich seit 1945 in Göttingen befand, nach München. Butenandt war ein ungewöhnlich erfolgreicher Wissenschaftsorganisator, während dessen Amtszeit die MPG eine Phase kontinuierlicher Expansion erlebte. Am Ende seiner Amtszeit wurde Butenandt, wie auch schon sein Vorgänger, zum Ehrenpräsidenten ernannt.

Ihm folgten 1972 bis 1984 der Astrophysiker Reimar Lüst (geb. 1923), 1984 bis 1990 der Chemiker Heinz A. Staab (geb. 1926), 1990 bis 1996 der Jurist Hans F. Zacher (geb. 1928) und seit 2002 der Molekularbiologe Peter Gruss (geb. 1949). Nur 1996 entschied man sich noch einmal für einen von außen kommenden Präsidenten: Der Biologe Hubert Markl (geb. 1938) war zuvor u. a. Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft sowie Gründungspräsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften und zählte zu den führenden Intellektuellen der Bundesrepublik. Unter diesen Präsidenten gab es natürlich große Unterschiede hinsichtlich ihrer Persönlichkeit und des Stils ihrer Amtsführung, bei allen aber stand stets das gemeinsame Grundinteresse im Vordergrund:

## Die Präsidenten



Adolf von Harnack



Max Planck



Carl Bosch



Albert Vögler



Otto Hahn



Adolf Butenandt



Reimar Lüst



Heinz A. Staab



Hans F. Zacher



Hubert Markl



Peter Gruss

die Sicherung des bis dahin Erreichten und die weitere Schärfung des Profils der MPG durch neue Akzente in der Forschungsarbeit. Alle Präsidenten durften sich dabei der politischen Aufmerksamkeit und der finanziellen Unterstützung von Bund und Ländern gewiss sein, und sie alle konnten sich in ihrer Tätigkeit auf eine hoch qualifizierte, im Laufe der Zeit sich immer stärker ausdifferenzierende Wissenschaftsverwaltung stützen.

### Generalsekretäre

Die Präsidenten der KWG von Harnack bis Vögler nahmen ebenso wie die anderen Mitglieder des Vorstands ihre Aufgaben ehrenamtlich wahr, und auch die ersten Generalsekretäre (Ernst von Simson 1911 – 1912 und Ernst Trendelenburg 1912 – 1920) waren nur nebenamtlich tätig. Erst Friedrich Glum wurde 1922 als »geschäftsführendes Mitglied des Vorstandes« der erste hauptamtliche Chef der zu diesem Zeitpunkt noch sehr kleinen Generalverwaltung, die er in den folgenden Jahren zu einem effektiven wissenschaftsorganisatorischen Leitungsinstrument entwickelte. Trotz seines relativ jungen Alters, er war Jahrgang 1891, übernahm Glum sehr schnell die Rolle des eigentlichen Motors der KWG. 1927 erhielt er den Titel eines Generaldirektors, und die hohe Wertschätzung seiner Arbeit kam nicht zuletzt darin zum Ausdruck, dass ihm ein Gehalt zugewilligt wurde, das um 1930 deutlich über den Spitzgehältern der KWI-Direktoren und sogar über den Bezügen des preußischen Ministerpräsidenten lag. Glum war einer der ersten modernen Wissenschaftsmanager, der nicht nur verwaltete, sondern auch zu planen und zu entscheiden wusste. Als solcher war er mit der von ihm verfolgten Politik der »Selbstgleichschaltung« der KWG auch in den ersten Jahren des NS-Systems noch erfolgreich, musste dann aber 1937 mit Plancks Ausscheiden aus dem Präsidentenamt seine Tätigkeit als Generaldirektor beenden.

Sein Nachfolger, nun wieder als Generalsekretär, wurde der fast gleichaltrige Ernst Telschow (geb. 1889), der als Chemiker bei Otto Hahn promoviert hatte und der 1930 in die Dienste der Generalverwaltung eingetreten war. Seit Mai 1933 Mitglied der NSDAP, kooperierte er während des »Dritten Reichs« ebenso problemlos wie effektiv mit den führenden Vertretern der nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik. Als 1937 auch in der KWG das »Führerprinzip« eingeführt und der bis dahin starke Verwaltungsrat (Vorstand) in einen Beirat umgewandelt wurde, gewann die Position des Generalsekretärs angesichts der bis 1945 häufigen Abwesenheit der Präsidenten noch einmal erheblich an Bedeutung. Telschow, der ein überaus begabter Organisator war, hat die damit gegebenen Möglichkeiten genutzt und sich umso unentbehrlicher gemacht, je länger er im Amt war. Das bedeutete,

dass er mit der nachdrücklichen Unterstützung durch Planck und Hahn auch über 1945 hinaus in seiner Funktion bleiben und den Aufbau der Max-Planck-Gesellschaft bis 1960 wesentlich mitbestimmen konnte.

Die Generalsekretäre und mit ihnen die leitenden Mitarbeiter der Generalverwaltung stellen, wie vor allem die langjährige Tätigkeit von Glum und Telschow zeigt, in der Geschichte der KWG/MPG ein zentrales Element der Kontinuität dar. Beide waren darüber hinaus starke, prägende Persönlichkeiten, die vielfach bewundert wurden, aber auch Anlass zu Konflikten gaben. Im Fall Telschow war das vor allem in der Übergangszeit zwischen Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Max-Planck-Gesellschaft der Fall, als eine Minderheit der Institutsdirektoren der Meinung war, dass ein »alter Nazi«, der die KWG während der NS-Zeit geführt hatte, nicht geeignet sei, eine zentrale Rolle beim Neuaufbau in einer sich demokratisierenden Gesellschaft zu spielen. Erhebliche Kritik an der durch Telschow repräsentierten Kontinuität über 1945 hinaus gab es auch unter den prominenten KWG-Forschern, die aus Deutschland vertrieben worden waren. Telschow blieb jedoch im Amt, weil Planck, Hahn und viele andere glaubten, auf seine Erfahrung nicht verzichten zu können. Er musste sich allerdings damit abfinden, dass ihm 1951 mit dem politisch unbelasteten Otto Benecke, der vom Deutschen Städtetag kam, ein weiteres Geschäftsführendes Mitglied des Verwaltungsrats zur Seite gestellt wurde.

Nach dem Ausscheiden Telschows (1960) und Beneckes (1961) wurde die Generalverwaltung zunächst in München von Hans Ballreich (1961 – 1967) und in Göttingen von Hans Seeliger (1961 – 1963) geführt. Seit der Ernennung Friedrich Schneiders (1966 – 1976) hatten alle Generalsekretäre – Dietrich Ranft (1974 – 1987), Wolfgang Hasenclever (1987 – 1995), Barbara Bludau (1995 – 2010) und Ludwig Kronthaler (seit 2010) – ebenso wie die Generalverwaltung insgesamt ihren Sitz in München. Sieht man von den Übergangsregelungen in der unmittelbaren Nachfolge von Telschow und Benecke einmal ab, waren die Generalsekretäre mindestens acht, in der Regel aber mehr als zwölf Jahre im Amt, sodass die Kontinuität auf dieser Ebene auch in der MPG sehr ausgeprägt blieb.



## Die Generalsekretäre



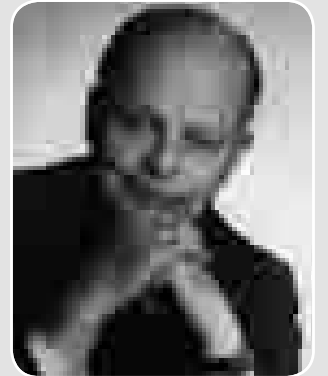
Ernst von Simson



Ernst Trendelenburg



Friedrich Glum



Ernst Telschow



Otto Benecke



Hans Ballreich



Hans Seeliger



Friedrich Schneider



Dietrich Ranft



Wolfgang Hasenclever



Barbara Bludau



Ludwig Kronthaler

Abschied von James Franck  
aus dem KWI für physikalische Chemie und  
Elektrochemie, 1920.

Vorn (von links): Hertha Sponer, Albert  
Einstein, Ingrid Franck, James Franck,  
Lise Meitner, Fritz Haber, Otto Hahn.  
Hinten stehend: Walter Grotrian, Wilhelm  
Westphal, Otto von Baeyer, Peter Prings-  
heim, Gustav Hertz.



### Wissenschaftliche Mitglieder und andere Forscher

Hinsichtlich der in den Kaiser-Wilhelm-Instituten tätigen Forscherinnen und Forscher stellt sich die Frage nach Kontinuität und Wechsel von vornherein anders, weil Einstellungen auf Lebenszeit, wie bereits erwähnt, nur für die Wissenschaftlichen Mitglieder, d. h. die Direktoren und einige herausragende Abteilungsleiter, vorgesehen waren. Alle anderen Beschäftigungsverhältnisse waren grundsätzlich befristet, konnten aber, wenn ein anhaltendes Interesse an den Forschungsarbeiten bestand, auch über lange Zeiträume immer wieder verlängert werden. Während die Institutsdirektoren durchweg bis zu ihrer Emeritierung im Amt blieben, war die Fluktuation bei den übrigen Wissenschaftlern beträchtlich. Die Möglichkeit, in einem der Institute forschen zu können, bedeutete vor allem für den wissenschaftlichen Nachwuchs eine

besondere Chance. Es gab deshalb nicht wenige Institute, in denen die Zahl der oft unbezahlten Gastforscher, Stipendiaten und ausländischen Gäste die Zahl der etatmäßig vorgesehenen Wissenschaftler deutlich überschritt. Viele der Mitarbeiter, zu denen in erheblichem Umfang auch Doktoranden gehörten, kehrten später als Assistenten, Privatdozenten oder Professoren an die Universitäten zurück oder übernahmen wichtige Aufgaben in den Forschungsabteilungen großer Unternehmen, und selbst unter den Wissenschaftlichen Mitgliedern, die nicht zugleich Direktoren waren, war der Übergang auf ein Universitätsordinariat keine Seltenheit. Bei einem Wechsel in der Leitung des Instituts besaß der neue Direktor, wenn er die Forschungsschwerpunkte grundsätzlich ändern wollte, sogar das Recht, sämtliche wissenschaftlichen Mitarbeiter zu entlassen, um die gewünschten Neueinstellungen vornehmen zu können.

An dieser Konstellation änderte sich mit der Umwandlung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in die Max-Planck-Gesellschaft wenig oder gar nichts. Die Direktoren und Abteilungsleiter blieben mit wenigen Ausnahmen im Amt, und die in der Gründungszeit der KWG formulierten Prinzipien der Struktur- und Personalpolitik fanden auch unter den veränderten Bedingungen weiterhin Zustimmung. In der Praxis traten allerdings im Laufe der Zeit nicht wenige Veränderungen, auch grundsätzlicher Art, ein. So nahm die Zahl der Abteilungsleiter und der wissenschaftlichen Referenten, die feste Stellen erhielten, allmählich zu, und von den 1970er Jahren an wurden in vielen Instituten befristete Wissenschaftlerstellen in Dauerstellen umgewandelt. Weil damit jedoch die Möglichkeiten eines neuen Direktors, für sein Forschungsprogramm spezifisch qualifizierte Mitarbeiter neu einzustellen, stark eingeschränkt waren, entschloss man sich nach einiger Zeit, diese Entwicklung zu stoppen und wieder stärker auf Flexibilität und Mobilität zu setzen.

Wesentliche Veränderungen gab es nicht zuletzt auf der Direktorenebene, indem durch die 1964 erfolgte Einführung des Kollegialsystems die Stellung der Institutsdirektoren neu definiert und ihre Zahl erheblich vergrößert wurde. Mitte der 1980er Jahre wurde bereits die Mehrheit der Institute von einem Kollegium aus zwei oder mehr Direktoren geleitet, die sich im Amt des Geschäftsführenden Direktors abwechseln. Ähnliche Konstruktionen hatte es schon in der KWG gegeben, vor allem in dem 1929 in Heidelberg eröffneten KWI für medizinische Forschung mit seinen vier bis fünf Teil-Instituten, aber das waren Ausnahmen geblieben, während es nun darum ging, das alte, in seiner Grundstruktur autoritäre Direktorialprinzip durch neue Strukturen zu ersetzen, die der liberal-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik besser entsprachen.

### **Nobelpreisträger und andere große Namen**

Während das Ansehen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in ihren Anfängen vor allem auf ihren Gründern – dem kaiserlichen Schirmherrn, dem Präsidenten, den prominenten Mitgliedern des Senats und des Verwaltungsrats sowie den großzügigen Mäzenen – beruhte, traten in der Folgezeit immer stärker die Forscherpersönlichkeiten, die genialen Entdecker und Erfinder, in den Vordergrund, die in den in rascher Folge entstehenden Instituten arbeiteten. Bis 1945 gab es nicht weniger als 13 Nobelpreisträger, die Wissenschaftliche Mitglieder der Kaiser-Wilhelm-Institute waren: Albert Einstein und Fritz Haber, James Franck und Richard Willstätter, Max von Laue und Otto Meyerhof, Otto Heinrich Warburg

und Werner Heisenberg, Richard Kuhn und Adolf Butenandt, Hans Spemann, Peter Debye und Otto Hahn, außerdem die Präsidenten Planck und Bosch. Dazu kamen weitere Nobelpreisträger, die sich in den Gremien der KWG und den Kuratorien einzelner Institute engagierten oder den Instituten als Auswärtige Wissenschaftliche Mitglieder verbunden waren (schon im Gründungssenat waren mit Paul Ehrlich, Emil Fischer und Jakobus Hendricus van't Hoff drei Nobelpreisträger vertreten), und eine große Zahl anderer Forscherinnen und Forscher wie Lise Meitner und Cécile Vogt, Max Bergmann, Herbert F. Freundlich, Richard B. Goldschmidt, Reginald O. Herzog, Ludolf von Krehl, Carl Neuberg, Michael Polanyi, Ludwig Prandtl, Ernst Rabel, Oskar Vogt oder Martin Wolff, deren wissenschaftliches Ansehen durchaus nicht geringer war.

Auch für die Max-Planck-Gesellschaft und ihre Institute waren und sind die Wissenschaftlichen Mitglieder, die mit Nobelpreisen ausgezeichnet wurden, von großer Bedeutung. Butenandt, Hahn, Heisenberg, Kuhn, von Laue und Warburg konnten aus der KWG übernommen werden, ihnen folgten in den ersten 25 Jahren Walther Bothe (1954), Karl Ziegler (1963), Feodor Lynen (1964), Manfred Eigen (1967) und Konrad Lorenz (1973). Dazu kamen von der Mitte der 1980er bis zur Mitte der 1990er Jahre weitere zehn Preisträger: Georges Köhler (1984), Klaus von Klitzing (1985), Ernst Ruska (1986), Johann Deisenhofer (1988), Robert Huber (1988), Hartmut Michel (1988), Erwin Neher (1991), Bert Sakmann (1991), Paul J. Crutzen (1995) und Christiane Nüsslein-Volhard (1995) sowie nach der Jahrhundertwende Theodor W. Hänsch (2005) und Gerhard Ertl (2007). Die Liste der »großen Namen« ist damit in der MPG allerdings ebenso wenig erschöpft wie früher in der KWG – man denke nur an Karl Friedrich Bonhoeffer und Wolfgang Gentner, Carl Friedrich von Weizsäcker und Reimar Lüst, Heinz Maier-Leibnitz und Helmut Coing, Jürgen Habermas und Paul Baltes, denen viele andere zur Seite gestellt werden könnten. Besondere Anerkennung hat die MPG nicht zuletzt auch dafür gewonnen, dass in ihren Instituten immer wieder die Angehörigen nachwachsender Generationen sich wissenschaftlich entfalten und zu eigenständigen, weltweit anerkannten Forscherpersönlichkeiten heranreifen können.

### **Vertriebene Wissenschaftler während der NS-Zeit**

Die einzige Krise, die radikale Eingriffe in die Personalstruktur zur Folge hatte und in der Geschichte nicht nur der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, sondern auch der Max-Planck-Gesellschaft unübersehbare Spuren hinterlassen hat, begann 1933 mit der »Machtergreifung« der Nationalsozialisten. Insgesamt wurden über

hundert Forscherinnen und Forscher aus Gründen, die nichts mit ihrer wissenschaftlichen Qualifikation zu tun hatten, aus der KWG vertrieben, die meisten schon 1933/34, die letzten 1938. Unter ihnen waren nicht weniger als zehn der 35 Institutsdirektoren bzw. 21 aller 65 Wissenschaftlichen Mitglieder, die zu der Zeit in den Instituten tätig waren. Dazu gehörten außerdem fünf weitere Abteilungsleiter, vier Referenten (der juristischen Institute), 58 wissenschaftliche Mitarbeiter und Assistenten, acht langfristig in den Instituten tätige Gastforscher und einige Doktoranden, die sich in der Emigration wissenschaftlich besonders profilieren konnten. Mehr als ein Fünftel der Forscher, die aus politischen – in über 90 Prozent der Fälle rassistischen – Gründen die KWG verlassen mussten, waren Frauen, deren Anteil an den vertriebenen Wissenschaftlichen Mitgliedern (nur Lise Meitner und Cécile Vogt) freilich deutlich geringer war. Von den Instituten waren die KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie (24), medizinische Forschung (19) und Biologie (12), mit einem gewissen Abstand auch Biochemie (7), Hirnforschung (7) und Faserstoffchemie (6) besonders stark betroffen.

Bei den Wissenschaftlichen Mitgliedern, die zugleich Institutsdirektoren waren, handelte es sich um Max Bergmann (Lederforschung), Albert Einstein (Physik), Richard B. Goldschmidt (Biologie), Fritz Haber (physikalische Chemie), Reginald O. Herzog (Faserstoffchemie), Otto Meyerhof (medizinische Forschung: Physiologie), Carl Neuberg (Biochemie), Ernst Rabel (ausländisches und internationales Privatrecht), Hans Sachs (medizinische Forschung: Serologie) und Oskar Vogt (Hirnforschung). Zu den elf anderen Wissenschaftlichen Mitgliedern gehörten Forscherinnen und Forscher mit ähnlich guten Namen: Max Bielschowsky (Hirnforschung), Fritz Epstein (physikalische Chemie), Herbert F. Freundlich (physikalische Chemie), Erich Kaufmann (ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht), Lise Meitner (Chemie: Physik), Felix Plaut (Deutsche Forschungsanstalt für Psychiatrie), Michael Polanyi (physikalische Chemie), Berthold Schenk Graf von Stauffenberg (öffentliches Recht und Völkerrecht), Cécile Vogt (Hirnforschung), Karl Weissenberg (Physik) und Martin Wolff (ausländisches und internationales Privatrecht).

Die jüngeren Forscherinnen und Forscher, die in den Ländern, die sie aufnahmen, später eine bemerkenswerte Karriere machten, können wegen ihrer großen Zahl hier nicht vollständig aufgelistet werden. Einige Beispiele müssen deshalb genügen: Die Genetikerin Charlotte Auerbach wurde als eine der ersten Frauen in die Royal Society in London aufgenommen; der Physiker und Kommunikationswissenschaftler Hans Jakob von Baeyer in Kanada fand einen Platz in der »Hall of Fame« der Telekommunikation; der

Neurologe Fritz Buchthal in Kopenhagen, später Santa Barbara, erhielt den »Lifetime Achievement Award« der World Association of Neurology; Max Delbrück im California Institute of Technology wurde als einer der Begründer der Molekularbiologie mit dem Nobelpreis ausgezeichnet; Ladislaus (László) W. Farkas gilt trotz seines frühen Todes durch einen Flugzeugabsturz 1948 als Begründer der physikalischen Chemie in Palästina/Israel; Kurt Paul Jacobsohn war von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung der Biochemie in Portugal; der Chemiker Edgar Lederer wurde einer der angesehensten und einflussreichsten französischen Naturwissenschaftler; Hermann Lehmann in Cambridge galt als der international führende Hämatologe und war Ehrenmitglied von zehn europäischen und außereuropäischen Hämatologischen Gesellschaften; Curt Stern in Berkeley gehörte zu den Pionieren der Humangenetik und wurde nacheinander zum Präsidenten dreier großer wissenschaftlicher Gesellschaften in den USA gewählt; Marthe Vogt in Cambridge war eine der Begründerinnen der Neuropharmakologie.

Alle diese Namen lassen überdeutlich werden, wie viel an wissenschaftlicher Substanz und an wissenschaftlichem Potential die KWG in der NS-Zeit verloren hat. Und sie lassen auch erkennen, dass und in welcher Weise die Aufnahmeländer durch die erzwungene Migration gewonnen haben. Die Erfolgsgeschichten dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Vertreibung für alle Betroffenen einen schweren Schicksalsschlag bedeutete. In den meisten Fällen dauerte es lange, bis aus einem fremden Land, mit dessen Sprache, dessen Lebensweise und oft auch dessen Wissenschaftskultur man nicht vertraut war, eine neue Heimat werden konnte. Einige nahmen sich in der Emigration das Leben (Reginald O. Herzog, Felix Plaut), bei anderen, wie Mathilde Hertz in Cambridge, kam es zu einem dauerhaften Abbruch der eigenen Forschungsaktivitäten, bei vielen anderen gab es lange Zeiten der Unsicherheit und der Not. Zwei der vertriebenen Forscher (Fritz Epstein, Friedrich Duschinsky) wurden aus Frankreich deportiert und in Auschwitz ermordet, Marie Wreschner entzog sich in Berlin der drohenden Deportation durch einen Suizid. Berthold Schenk Graf von Stauffenberg war das einzige Wissenschaftliche Mitglied der KWG, das sein Leben im aktiven Widerstand gegen das NS-System verlor. Er wurde im August 1944 wegen seiner Beteiligung am Umsturzversuch des 20. Juli vom »Volksgerichtshof« zum Tode verurteilt und in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Nach dem Ausscheiden der letzten, bis dahin noch verbliebenen jüdischen Forscher (Meitner, Meyerhof und Wolff) war die KWG 1938 praktisch eine im Sinne der NS-Ideologie »judenfrei«

**Aus der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft vertriebene  
Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen**



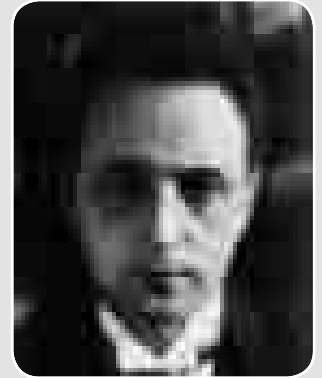
Michael Polanyi



Herbert Freundlich



Fritz Haber



Karl Weissenberg



Curt Stern



Max Delbrück



Cécile Vogt



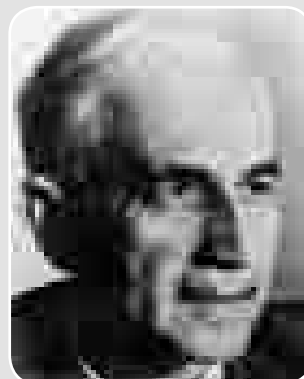
Oskar Vogt



Carl Neuberg



Lise Meitner



Otto Meyerhof



Ernst Rabel

Gesellschaft. Schon im Mai 1937 hatte der Präsident dem zuständigen Minister offiziell mitgeteilt, »daß im Senat der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften sich kein Jude mehr befindet«. In dem gleichen Schreiben hieß es weiter: »von den 800 ordentlichen Mitgliedern sind etwa 2 Prozent Juden«. In diesem Zusammenhang muss daran erinnert werden, dass jüdische Bürger bei der Gründung und vor allem auch bei der Finanzierung der KWG eine außerordentlich bedeutende Rolle gespielt haben: In der Mitgliederliste von 1911 lag der Anteil der Juden bei 23 Prozent, im ersten Senat bei 25 Prozent und beim gesamten Spendenaufkommen bis 1914 sogar bei 39 Prozent (bei einem jüdischen Bevölkerungsanteil im Deutschen Reich von nicht mehr als einem Prozent). Die KWG konnte die politisch gewollte Vertreibung der Wissenschaftler nicht verhindern, aber es gab auch kein Aufbegehren der Generalverwaltung oder einzelner Direktoren, keinen öffentlichen Protest gegen das offensichtliche Unrecht. Man mochte das erzwungene Ausscheiden der Kollegen ernsthaft bedauern, aber man setzte die wissenschaftliche Arbeit fort, als sei nichts geschehen. Forschung wurde fortan in der KWG wie überall in Deutschland unter Ausschluss von Juden bzw. »Nichtariern« betrieben.

### **»Entnazifizierung« und personelle Kontinuitäten nach dem Zweiten Weltkrieg**

Angesichts der sehr weitgehenden Einbeziehung der KWG in die Rüstungsanstrengungen und die Kriegswirtschaft des NS-Systems – 1941 waren 25 der 36 Forschungsinstitute zu Wehrwirtschafts-, Rüstungs- oder SS-Betrieben erklärt worden –, der Beteiligung an der »rassenhygienischen« Theorie und Praxis des »Dritten Reichs«, einschließlich der Krankenmorde, der Experimente einzelner Forscher an KZ-Insassen und Kriegsgefangenen oder der Forschung mit »Material«, das von Opfern der NS-Verbrechen stammte, war zu erwarten, dass die »Säuberungs«-Maßnahmen der Besatzungsmächte und die daran anschließenden »Entnazifizierungs«-Verfahren von 1945 an zu einem ähnlich scharfen Einschnitt in den Personalbestand der KWG führen würden wie in den Jahren ab 1933. Tatsächlich aber kam es ganz anders.

Zwar fehlen bis heute zusammenfassende Daten für die KWG, doch ist in einer neueren Untersuchung der »Entnazifizierungs«-Verfahren von 87 Mitgliedern und Beschäftigten, von denen 67 Wissenschaftler waren (25 Direktoren, 18 weitere wissenschaftliche Mitglieder bzw. Abteilungsleiter und 24 wissenschaftliche Mitarbeiter) nachgewiesen worden, dass zwar bei der vorläufigen Einstufung in fast einem Drittel der Fälle ein Weiterbeschäftigungsverbot ausgesprochen wurde, diese Urteile bei den späteren

Spruchkammerverfahren in den allermeisten Fällen jedoch keinen Bestand hatten. Den 43 leitenden KWG-Forschern bestätigte man schließlich, dass von ihnen niemand als »schuldig« oder auch nur »minderbelastet« zu gelten habe, 15 lediglich »mitgelaufen« und 28 sogar völlig unbelastet seien. Möglich wurde das vor allem dadurch, dass die Wissenschaftler sich untereinander »Persilscheine« ausstellten, also sich gegenseitig bezeugten, dass man ausschließlich »Grundlagenforschung« betrieben und sich ansonsten völlig unpolitisch verhalten habe. Dabei spielte es dann auch keine Rolle mehr, dass über die Hälfte der in die Untersuchung einbezogenen Forscher NSDAP-Mitglieder waren.

Einige der durch ihre politische Einstellung und ihre Tätigkeit während der NS-Zeit eindeutig belasteten Direktoren wie Peter Adolf Thiessen (physikalische Chemie) und Wilhelm Eitel (Silikatforschung) gehörten zu den Wissenschaftlern, die schon nach kurzer Zeit ihre Tätigkeit in der Sowjetunion bzw. in den USA fortsetzten, sodass die Frage, ob sie der KWG bzw. der MPG weiterhin angehören könnten, nicht entschieden werden musste. Nicht weitermachen konnten vor allem »Rassenhygieniker« wie Ernst Rüdin, Fritz Lenz und Otmar Freiherr von Verschuer (wobei Lenz und Verschuer schon bald wieder an bundesrepublikanischen Universitäten tätig waren), während beispielsweise das KWI/MPI für Züchtungsforschung unter Wilhelm Rudorf im Wesentlichen unverändert blieb, obwohl es als eine Einrichtung galt, in der ehemalige Nationalsozialisten den Ton angaben. Insgesamt betrachteten diejenigen, die in der Übergangszeit für die KWG Verantwortung trugen, eine möglichst große personelle Kontinuität als unverzichtbare Voraussetzung der noch ungesicherten institutionellen Stabilität. Dementsprechend beschloss der Senat der zwei Tage zuvor gegründeten MPG am 26. Februar 1948 ohne jede Einschränkung: »Die Wissenschaftlichen Mitglieder der Kaiser-Wilhelm-Institute werden als Wissenschaftliche Mitglieder der Max-Planck-Gesellschaft anerkannt.«

Von den während des »Dritten Reichs« vertriebenen Forscherinnen und Forschern ist so gut wie niemand zurückgekehrt. Einige der prominenten früheren Kollegen nahmen den ihnen angebotenen Status eines Auswärtigen Wissenschaftlichen Mitglieds der MPG an. Die mit der ungebrochenen personellen Kontinuität verbundenen Probleme wurden innerhalb der Gesellschaft weitgehend ignoriert, kritische Anmerkungen von Lise Meitner oder James Franck stießen bei der Mehrzahl ihrer Kollegen auf Unverständnis oder direkte Ablehnung. Wenn einzelne Institutsdirektoren, vor allem aus dem MPI für Biologie, dagegen protestierten, dass Kollegen, die durch ihre NS-Vergangenheit belastet waren, allzu rasch wieder mit Leitungsaufgaben in der

MPG betraut wurden, blieb auch das ohne Folgen. An einer gründlichen Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit der eigenen Institution bestand in der Max-Planck-Gesellschaft jahrzehntelang kein Interesse.

### Personelle Bewegungen in jüngster Zeit

In den inzwischen über sechzig Jahren des Bestehens der Max-Planck-Gesellschaft gab es in der Personalstruktur außer den bereits erwähnten Vorgängen (Einführung der kollegialen Leitung von Instituten, Entfristung wissenschaftlicher Mitarbeiterstellen) keine größeren Veränderungen mehr. Die Bewegungen im Personalbestand resultierten im Wesentlichen aus dem ungleichmäßigen, insgesamt aber anhaltenden Wachstum der Gesellschaft. Bei dem Übergang der Präsidentschaft von Hahn zu Butenandt im Jahr 1960 hatte die MPG 2965 Beschäftigte, von denen 113 Wissenschaftliche Mitglieder und weitere 727 wissenschaftliche Mitarbeiter waren. In den nächsten zwölf Jahren stiegen diese Zahlen geradezu dramatisch an auf 8158 Beschäftigte mit 176 Wissenschaftlichen Mitgliedern und 1900 anderen Wissenschaftlern, ehe eine Phase der relativen Stagnation begann, sodass am Ende der Präsidentschaft Lüst im Jahr 1984 nur relativ geringe Veränderungen zu verzeichnen waren: 8404 Beschäftigte mit 193 Wissenschaftlichen Mitgliedern und 1989 wissenschaftlichen Mitarbeitern. Diese Tendenz hielt auch in den folgenden Jahren an: 1990 zählte man 8724 Beschäftigte mit 200 Wissenschaftlichen Mitgliedern und 2089 wissenschaftlichen Mitarbeitern. Aufgrund der Wiedervereinigung und der Ausweitung der MPG auf die neuen Bundesländer stiegen die Zahlen dann bis 1996 deutlich auf 11036 Beschäftigte mit 220 Wissenschaftlichen Mitgliedern und 2686 wissenschaftlichen Mitarbeitern an. Die Gesamtzahl der Beschäftigten vergrößerte sich bis 2002 auf 12049 und betrug im Jahr 2008 13384, bei den Wissenschaftlichen Mitgliedern (269 für 2002 und 267 für 2008) stabilisierten sich die Zahlen ebenso wie bei den wissenschaftlichen Mitarbeitern (3240 für 2002 und 3153 für 2008) auf einem hohen Niveau. In dem gesamten Zeitraum zwischen 1960 und 2008 gab es damit bei den Wissenschaftlichen Mitgliedern ein Wachstum von 236 Prozent, bei den wissenschaftlichen Mitarbeitern von 434 Prozent und bei der Gesamtzahl der Beschäftigten von 451 Prozent.

Da sich die Zahl der Institute im gleichen Zeitraum lediglich verdoppelte, zeigen diese Daten auch, dass über den quantitativen Ausbau hinaus beträchtliche Verbesserungen in der Ausstattung der Forschungseinrichtungen mit Wissenschaftlern und anderen Mitarbeitern erreicht werden konnten. Nicht erkennen kann man dagegen in ihnen die personellen Bewegungen, die aus

der Schließung und Neugründung von Forschungseinrichtungen, aber auch aus Emeritierungen und der Wiederbesetzung von Stellen resultierten. Zu denken ist nicht nur an die 18 Institute und sieben weiteren Forschungseinrichtungen, die bis 1997 in den neuen Bundesländern (einschließlich Berlin) errichtet wurden, sondern auch daran, dass beispielsweise zwischen 1972 und 1984 bei einem real stagnierenden MPG-Etat durch die Schließung von 20 Instituten, Abteilungen und anderen Forschungseinrichtungen 600 Personalstellen für die Gründung von zehn neuen Instituten und die Einrichtung von sieben Projektgruppen freigemacht wurden. Oder dass es zwischen 1984 und 1990 62 Berufungsvorgänge gab, d. h. nahezu ein Drittel aller Direktorenstellen neu zu besetzen war. Es kann deshalb keinen Zweifel daran geben, dass es neben den ausgeprägten Kontinuitätselementen auf der Ebene der Präsidenten und Generalsekretäre nicht nur bei den wissenschaftlichen Mitarbeitern, sondern auch bei den Institutsdirektoren einen ständigen Prozess des personellen Wechsels und damit der Erneuerung gegeben hat und weiter gibt.

Die Tatsache, dass auch die Zahl der Stipendiaten und Gastwissenschaftler, der Doktoranden und Postdocs, die in den Instituten der MPG tätig waren, zwischen 1972 (für 1960 liegen keine einschlägigen Daten vor) und 2008 von 2045 auf 6281 angestiegen ist, dokumentiert darüber hinaus eindrucksvoll, dass die Max-Planck-Gesellschaft eine große Attraktivität vor allem für Nachwuchsforscher, aber auch für wissenschaftlich erfahrene und erfolgreiche Kollegen aus anderen Institutionen und anderen Ländern besitzt. Dieses Prestige ist von den Anfängen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft bis in die Gegenwart hinein durch herausragende Forschungsleistungen erarbeitet und stets aufs Neue gefestigt worden. Eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür war und ist die immer wieder neu definierte und praktizierte Verbindung von Kontinuität und Wandel, von Tradition und Erneuerungsbereitschaft auf der personellen ebenso wie auf der institutionellen Ebene. Angesichts dieses Befundes mag die Feststellung erlaubt sein, dass die Max-Planck-Gesellschaft als führende Forschungsgemeinschaft in Deutschland in ihrem Jubiläumsjahr nicht nur auf eine große Geschichte zurückblicken kann, sondern auch auf eine nicht minder große Zukunft hoffen darf.

# Strukturen, Finanzen und das Verhältnis zur Politik

## Der organisatorische Rahmen

RÜDIGER HACHTMANN

Zwei Jahrzehnte vor Gründung der KWG erklärte Theodor Mommsen, dass künftig »die Großwissenschaft, die nicht von Einem geleistet, aber von Einem geleitet wird, ein notwendiges Element unserer Kulturentwicklung« sein werde – ähnlich, wie dies bereits für den »Großstaat und die Großindustrie« gelte. Mit diesem Postulat lieferte Mommsen sowohl für den Aufbau eines wissenschaftlichen Großbetriebes, wie er dann mit der KWG entstehen sollte, als auch für dessen eigentümliche Struktur eine griffige Formel.

Nach 1871 war das Deutsche Reich zum »Großstaat« geworden, der dabei war, Großbritannien wirtschaftlich zu überflügeln und der sich seinerseits der Konkurrenz durch die USA ausgesetzt sah. An die Weltspitze hatte die deutsche Industrie freilich nur gelangen können, weil gleichzeitig die Natur- und ebenso die Technikwissenschaften einen rasanten Aufstieg erlebten. Um die Jahrhundertwende schien deren weiterer Aufstieg dadurch gefährdet, dass die Studentenzahlen wuchsen und mit ihnen die Lehr- und Prüfungsbelastungen der Hochschullehrer stiegen. Man befürchtete, dass infolgedessen insbesondere die Grundlagenforschung vernachlässigt werden würde, die bis dahin weitgehend an den Universitäten konzentriert war, während die auf unmittelbare Anwendung orientierte Forschung an den entstehenden Technischen Hochschulen und den dort gegründeten Instituten eine Heimstatt erhielt. Das Deutsche Reich drohte, so glaubte man, wissenschaftlich gegenüber den anderen Großmächten in Rückstand zu geraten.

Vor diesem Hintergrund wurde die KWG am 11. Januar 1911 als wissenschaftlicher Großbetrieb offiziell aus der Taufe gehoben. Wie aber sollte die Großforschungseinrichtung organisiert werden? Im Unterschied zum industriellen Großbetrieb erhielt die »Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft e.V.« eine dezentrale Grundstruktur, d. h. sie bestand aus einer wachsenden Zahl von Forschungseinrichtungen, die aber trotz aller disziplinären Heterogenität schon bald eine ausgeprägte Corporate Identity entwickelten.

Die einzelnen Institute wiederum sollten nach dem Vorbild der Patriarchen großer Industriekonzerne geleitet werden. Die entscheidende Figur war der Direktor des jeweiligen Kaiser-Wilhelm-Instituts. Er baute um sich herum das Institut auf, entschied über die Forschungsschwerpunkte und wählte die Mitarbeiter nach eigenem Gutdünken aus. Eingeschränkt wurde seine autokratische Position lediglich durch eine Art Aufsichtsrat – das Kuratorium, das vor allem über eine korrekte Verwendung der Gelder zu wachen hatte – sowie durch die zentralen Führungsgremien der KWG.

Ganz bewusst wurde die KWG als »eingetragener Verein« gegründet. Auf diese Weise wollte man unerwünschte Einflussnahme von staatlicher Seite abwehren. Zudem erhofften sich die Gründer der KWG von dieser Rechtsform, neben den Zuschüssen des Staates leichter Gelder insbesondere von industrieller Seite einwerben zu können. Diese Erwartung ging nur teilweise auf; sie erklärt allerdings wesentlich die starke Stellung führender reichsdeutscher Unternehmen in den zentralen Gremien der KWG. Nominell höchstes Beschluss fassendes Organ des Forschungsverbundes waren die Hauptversammlungen der anfangs zweihundert, seit den 1920er Jahren knapp tausend Mitglieder der KWG. De facto blieben die Mitgliederversammlungen jedoch ein Akklamationsgremium. Entscheidend waren der Senat, der Verwaltungsrat sowie die Generalverwaltung. 14 der 32 Senatoren wurden durch die Mitgliederversammlung gewählt; weitere 14 bestimmten bis 1918 der Kaiser, nach dessen Abdankung der preußische Kultusminister und der Reichsinnenminister. Daneben gehörten dem Senat die drei Sektionsvorsitzenden des (1928 gebildeten) Wissenschaftlichen Rats an, ferner der geschäftsführende Vorstand des Verwaltungsrats. Aus den Reihen des Senats, der den Haushaltsplan und damit die Verwendung der Gelder beschloss, außerdem über die Gründung und Schließung von Instituten ebenso entschied wie über die Aufnahme und den Ausschluss von Mitgliedern, und der schließlich alljährlich der Hauptversammlung in einem Jahresbericht Rechenschaft ablegte, wurde der Verwaltungsrat als der eigentliche Vorstand der KWG bestimmt. Um dem nationalsozialistischen »Führerprinzip« Genüge zu tun – und ohne dass sich faktisch Wesentliches änderte –, trat im Juli 1937 an die Stelle des Verwaltungsrats der Präsidenten-Beirat. Verwaltungsrat bzw. Präsidenten-Beirat setzten sich neben dem Präsidenten aus zwei Vizepräsidenten, zwei Schriftführern und zwei bzw. (seit Ende 1925) drei Schatzmeistern zusammen. Sie alle waren bis 1945 ehrenamtlich tätig, einschließlich der vier KWG-Präsidenten von Harnack, Planck, Bosch und Vögler. Für die Alltagsgeschäfte war die Generalverwaltung verantwortlich.

Durch den Ersten Weltkrieg und die Revolution wurde die Grundstruktur der KWG nicht tangiert. Allerdings wurde Ende 1928 zusätzlich ein Wissenschaftlicher Beirat ins Leben gerufen, dem die Wissenschaftlichen Mitglieder der KWG angehörten. Er bildete das fachliche Gegengewicht gegenüber dem Senat sowie gegenüber einer Generalverwaltung, die angesichts wachsender Aufgabenfelder immer selbstständiger auftrat. Alles in allem erwies sich die organisatorische Grundstruktur der KWG als ausgesprochen elastisch. Sie erklärt wesentlich, warum sich die KWG binnen kurzem als Spitzenorganisation innerhalb der vielschichtigen und



Die Rede Kaiser Wilhelms II. im Oktober 1910. Anlässlich der 100-Jahr-Feier der Berliner Universität kündigte er die Gründung der KWG an, die am 11. Januar 1911 in Berlin gegründet wird.



föderal aufgesplitterten deutschen Wissenschaftslandschaft etablieren konnte. Die äußeren Stationen des Erfolgs der KWG werden durch die Gründung ihrer Institute markiert: Die KWI für Chemie und für physikalische Chemie und Elektrochemie nahmen ihre Arbeit 1912 auf. Noch vor dem Krieg kamen die Institute für Biologie, für Kohlenforschung (Mülheim), für »experimentelle Therapie« und für Arbeitsphysiologie hinzu. Zu Beginn des Ersten Weltkriegs wurden die Pläne für die Errichtung eines KWI für Hirnforschung und für Deutsche Geschichte zwar vorübergehend zurückgestellt. Dennoch unterbrach der Krieg den Aufstieg der KWG nicht, im Gegenteil. Das KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie unter Fritz Haber, der mit der von ihm und Carl Bosch entwickelten Ammoniaksynthese die deutsche Sprengstoffproduktion sichergestellt hatte und außerdem für Giftgasproduktion und -einsatz mitverantwortlich war, wuchs sich mit schließlich fast 1500 Mitarbeitern de facto zu einem staatlichen Rüstungsbetrieb aus. Noch 1917 bzw. Anfang 1918 wurden das KWI für Eisenforschung sowie ein zweites KWI für Kohlenforschung (ab 1922 in Breslau) errichtet, das KWI für Physik unter Albert Einstein gegründet (das allerdings erst zwischen 1935 und 1938 ein eigenes Gebäu-

Stifter-Gedenktafel, 2010. Die Bismarckhalle des Harnack-Hauses wurde 1929 aus Spendengeldern der Vereinigten Stahlwerke eingerichtet.



de erhielt) und die Göttinger Versuchsanstalt für Aerodynamik sowie die Hydrobiologische Anstalt Plön in den Verbund der KWG aufgenommen. Die Deutsche Forschungsanstalt für Psychiatrie in München wurde zwar gleichfalls bereits im Frühjahr 1918 durch die KWG unterstützt, jedoch erst im März 1924 auch nominell in die Wissenschaftsorganisation übernommen.

Die Gründung der Weimarer Republik erschütterte die Stellung der KWG als Spitzenorganisation der Wissenschaften nicht. Das Gros der Forscher wie der Senatoren und Verwaltungsratsmitglieder stand der parlamentarischen Demokratie mit Distanz gegenüber. Gegen Änderungsvorschläge von demokratischer sowie sozialistischer Seite hielten sie zudem unbeirrt am Namen ihres kaiserlichen Protektors fest. Dennoch genoss die KWG bei den Repräsentanten der Weimarer Demokratie ein ausgesprochenes Wohlwollen. Als ab Anfang der 1920er Jahre die finanziellen Zuwendungen von privater Seite zurückgingen, sprang der Staat als Geldgeber ein. Die »Staatsquote« an den Einnahmen der KWG, die nach der Währungsstabilisierung 1924 bei einem Drittel gelegen hatte, wuchs bis 1931 auf zwei Drittel – bei gleichzeitiger Verdreifachung des Gesamtetats drei Mio. RM (1924) auf neun Mio. RM (1929).

Anfang der 1920er Jahre wurde die Wissenschaftsorganisation um das KWI für Metallforschung sowie einige kleinere Einrichtungen erweitert. Dennoch war das Weiterbestehen der KWG insbesondere angesichts der Turbulenzen der galoppierenden Inflation 1923 und einer ungesicherten Finanzierung alles andere als selbstverständlich. Andere Forschungsinstitutionen scheiterten an der wirtschaftlichen und politischen Instabilität der Weimarer Republik. So erholte sich die »König-Friedrich-August-Stiftung für wissenschaftliche Forschung zu Leipzig« (seit 1919: »Sächsische Staatliche Forschungsinstitute«), die immerhin zwölf Institute

Das Gebäude der Aerodynamischen Versuchsanstalt in Göttingen wurde 1948 zum ersten Sitz der Generalverwaltung der MPG, 1953.

Zwei Mitarbeiterinnen der Generalverwaltung in den Verwaltungsräumen im Berliner Schloss, 1930er Jahre.



unter ihrem Dach vereinigte, von den Folgen der Inflation nicht und wurde aufgelöst. Warum teilte die KWG das Schicksal dieser Stiftung nicht? Der Grund dafür ist nicht allein in der wissenschaftlichen Exzellenz der Direktoren und ihrer Mitarbeiter zu suchen.

Das Überleben der KWG und ihr weiterer Aufschwung resultierten zu einem Gutteil aus einer geschickten Strategie ihrer Generalverwaltung. Die wesentlich von den Führungsgremien der KWG vorangetriebene Gründung von insgesamt 16 neuen Instituten in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre war von der pragmatischen Überlegung getragen, dass sich eine wissenschaftliche Großorganisation mit dreißig, zudem renommierten Instituten nicht einfach auflösen ließ – zumal wenn deren Standorte über das gesamte Reich verteilt waren. Bis Mitte der 1920er Jahre hatten die großen Kerninstitute der KWG ihren Sitz in Preußen. Die Gründung des KWI für Lederforschung in Dresden (1921/22), des KWI für medizinische Forschung in Heidelberg (1927–1930), der Umzug des KWI für Metallforschung von Berlin nach Stuttgart (1933/34) und schließlich die Ansiedlung bzw. Übernahme mehrerer kleiner Forschungseinrichtungen in Österreich und Bayern war seitens der KWG-Führung wesentlich von der Intention getragen, sich neben Preußen und dem Reich zusätzlich die mittelgroßen

Reichsländer sowie überdies die österreichische Republik finanziell wie politisch zu verpflichten.

Entscheidend war zudem, dass die Wissenschaft allen führenden Repräsentanten aus Politik, Wirtschaft und Forschung als zentrale Ressource galt, in der das Deutsche Reich noch »Weltmacht« war und die dessen Wiederaufstieg zur Großmacht beflügeln würde. Die Führung der KWG trug dem geschickt Rechnung, indem sie Institute gründete, die in ihrer inhaltlichen Ausrichtung dem »Zeitgeist« entgegenkamen. So wollte die KWG mit dem Mitte September 1927 gegründeten Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik ihren Beitrag zur »Eindämmung der unheimlich wachsenden Fürsorgebedürftigkeit im Volke sowie [zur] Erhaltung und Vermehrung der gesunden Träger deutscher Zukunft« leisten, wie ihr erster Präsident Adolf von Harnack formulierte. Hinter der Gründung des KWI für ausländisches und internationales Privatrecht Anfang April 1926 stand die Absicht, die Chancen der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt zu verbessern. Die zentrale Aufgabe des im Dezember 1924 ins Leben gerufenen KWI für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht wiederum bestand darin, so der Generaldirektor und Chef der Zentralverwaltung der KWG Friedrich Glum, »die wissenschaftliche Vorarbeit und Unterstützung für den [...] Kampf gegen den Versailler Vertrag, Dawesplan und Youngplan« zu führen. Von fundamentaler Bedeutung war schließlich die systematische Vernetzung der Wissenschaftsorganisation mit den zentralen Entscheidungsträgern in Politik und Verwaltung. Mindestens ebenso wichtig war das Wohlwollen nahezu aller Industriellen, die im Deutschen Reich Rang und Namen hatten. Sie verfolgten bei ihrem Engagement für einzelne Institute freilich oft zugleich handfeste Interessen. Es ist kein Zufall, dass die Zuschüsse an die KWG von Seiten der Unternehmen in erster Linie den Instituten für Kohlen-, Eisen- und Metallforschung sowie für Chemie zuflossen, also Forschungseinrichtungen, deren Ergebnisse langfristig industriellen Nutzen versprachen.

Die Aufnahme maßgeblicher Repräsentanten des Reichs und der Länder in die Führungsgremien der KWG hatte einen eigentümlichen Effekt: Verhandelten der Präsident oder andere Vertreter des Verwaltungsrats und des Senats mit Repräsentanten des Staates über finanzielle Zuwendungen, die Gründung neuer Institute oder andere Fragen, so saßen sie oft Persönlichkeiten gegenüber, die gleichzeitig den Führungsgremien der KWG angehörten und der Forschungsorganisation ohnehin gewogen waren. De facto »verhandelte« die KWG dann »mit sich selbst«. Auch zur Reichswehrführung besaß die KWG enge Beziehungen. Diese dürfe sich, so erklärte Glum Anfang der 1920er Jahre, uneingeschränkt »der wissenschaftlichen Erfahrungen unserer Institute



bedienen«. Tatsächlich waren seit Mitte 1926 fast alle einschlägigen Kaiser-Wilhelm-Institute an der »schwarzen«, d. h. nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages illegalen, Rüstungsforschung beteiligt. Die durch die Weltwirtschaftskrise nicht unterbrochene Rüstungsforschung war ein wichtiges Element der Kontinuität über die Epochenschwelle von 1933 hinweg – und erklärt, warum viele Repräsentanten der KWG die Machtübernahme der Nationalsozialisten anfangs gar nicht als so scharfen Bruch empfanden. Hinzu kam, dass der Wunsch nach einem »nationalen Aufbruch« auch in der KWG stark war. Verstärkt wurde der Eindruck der Nähe zu den neuen Machthabern überdies dadurch, dass das »Harnack-Prinzip« dem von den Nationalsozialisten propagierten »Führerprinzip« strukturell verwandt zu sein schien. Von erheblicher Bedeutung für die Anpassungsbereitschaft war außerdem, dass – nach einer kurzen Phase der Unsicherheit 1933/34 – die neuen Machthaber den Weiterbestand der KWG grundsätzlich garantierten und an der organisatorischen Struktur des Forschungsverbundes nicht rüttelten.

Zwar waren viele in der KWG vom radikalen Antisemitismus der NS-Bewegung irritiert. Max Planck etwa bestand während seiner Audienz bei Hitler am 16. Mai 1933 darauf, dass es »eine Selbstverstümmelung wäre, wenn man wertvolle Juden nötigen

würde auszuwandern, weil wir ihre wissenschaftliche Arbeit nötig brauchen und diese sonst in erster Linie dem Ausland zugute komme«. Offener Widerspruch war jedoch selten. Von den meisten nicht-jüdischen Wissenschaftlern der KWG wurde die Vertreibung der jüdischen Kollegen eher achselzuckend hingenommen. Das Verschwinden der SA-Rabauken ab Mitte 1934 und die schon bald eintretenden außenpolitischen »Erfolge« Hitlers ließen die anfängliche Distanz vieler rasch schwinden. Nicht nur Ludwig Prandtl, der Direktor des KWI für Strömungsforschung und der Aerodynamischen Versuchsanstalt in der KWG, bewunderte den Diktator als einen »Mann von ungeheurer Nervenkraft«.

Entscheidend war, dass das NS-Regime keineswegs grundsätzlich wissenschaftsfeindlich war – es gar nicht sein konnte. Selbst die borniertesten Nazis waren sich im Klaren darüber, dass die Diktatur, um moderne Kriege zu führen, Wissenschaften benötigte, die auf der Höhe der Zeit waren. Die Anfangsphase, in der eifernde Nationalsozialisten versuchten, auch die Wissenschaften zu ideologisieren, war bald vorüber. Pragmatismus und »Erfolgsorientierung« hielten Einzug in den Wissenschaftsbetrieb weit über die KWG hinaus. Das breite Feld »normaler« Wissenschaften stand im »Dritten Reich« methodisch und konzeptionell zumeist weiterhin international an der Spitze, unter maßgeblicher

Albert Vögler bei der Tischrede zur Grundsteinlegung des KWI für Eisenforschung, das in Kooperation von KWG und dem Verein deutscher Eisenhüttenleute errichtet wurde, 1934.



Beteiligung der Kaiser-Wilhelm-Institute. Zum Ausbau des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Züchtungsforschung, das Mitte 1928 seine Arbeit aufgenommen hatte, sowie zur Neugründung zusätzlicher agrarwissenschaftlicher Institute und einer ganzen Reihe weiterer Forschungseinrichtungen der KWG kam es allerdings erst ab 1937.

In den ersten Jahren der NS-Herrschaft konnte die Generalverwaltung der KWG das große Ansehen der Wissenschaftsorganisation noch nicht in klingende Münze verwandeln. Die Einnahmen der KWG erreichten 1936 mit 5,7 Mio. RM gerade das Niveau des Krisenjahres 1931 (5,5 Mio. RM). An mangelnder politischer Begeisterung lag dies nicht. So hatte der Chef der Generalverwaltung Friedrich Glum seit 1930 aus seiner Bewunderung für Mussolini und die »Macht des faschistischen Geistes« auch öffentlich keinen Hehl gemacht. 1933 jubelte Glum in der renommierten »Berliner Börsen Zeitung« über die »nationale Revolution« unter dem »neuen Luther« Hitler, der den ersehnten »Durchbruch durch die feindliche Welt undeutschen Geistes« schaffen werde. Mit seinem Loblied auf den italienischen Duce hatte Glum jedoch aufs falsche Pferd gesetzt. Hymnen auf den italienischen Faschismus zahlten sich in den ersten Jahren der NS-Diktatur nicht aus, zumal dieser mit dem deutschen Nationalsozialismus bis 1936 in scharfer Konkurrenz stand. Erst ab 1937 schossen die Gesamteinnahmen der KWG sprunghaft in die Höhe, um jährlich zwanzig Prozent und mehr. 1943 konnte die Wissenschaftsgesellschaft einen Etat von 14,7 Mio. RM ausweisen.

Mit der Verkündung des »Vierjahresplans« im September 1936 und der Einrichtung des Reichsforschungsrates im Frühjahr 1937 war überdies das Terrain für die Gründung neuer Kaiser-Wilhelm-Institute bereitet – u. a. des KWI für Biophysik (1937), für Bastfaserforschung (1938), der Forschungsstelle für Physik der Stratosphäre in der KWG (1938), des KWI für Tierzuchtforchung (1939), des Instituts für landwirtschaftliche Arbeitswissenschaften in der KWG (1940/41) sowie für den Bau des KWI für Physik (1935/38). Ende 1939 wurden zudem die meisten Kaiser-Wilhelm-Institute zu »kriegswichtigen Betrieben« erklärt und damit zu einem unverzichtbaren Bestandteil des militärisch-industriell-wissenschaftlichen Komplexes des »Dritten Reichs«. Das wissenschaftliche Personal der KWG-Institute wurde frühzeitig »unabkömmlich« gestellt. Die Gesamtzahl der in den Forschungseinrichtungen der KWG sowie der Generalverwaltung beschäftigten Mitarbeiter stieg von knapp sechshundert Beschäftigten im Jahr 1923 und knapp tausend Ende der 1920er Jahre auf fast zweitausend 1943/44.

Das Jahr 1937 wurde für die KWG zum Wendepunkt. Mit dem IG-Farben-Gründer und Nobelpreisträger Carl Bosch wurde der erste »Industriepräsident« an die Spitze der KWG gewählt. Wichtiger noch war, dass Ernst Telschow als Generalsekretär der KWG an die Stelle von Friedrich Glum trat. Insbesondere der Amtsantritt Telschows markiert einen Paradigmenwechsel. Zum einen wandelte sich der Stil: Im Unterschied zum Rechtsintellektuellen Glum, der öffentliche Auftritte liebte, zog der neue Generalsekretär der KWG im Stillen die Fäden. Telschow verzichtete darauf, die Politik der Nationalsozialisten schulterklopfend zu kommentieren. Er wusste, dass dies den führenden Nationalsozialisten verhasst war und diese politisch möglichst geräuschlos arbeitende Forscher und Wissenschaftsmanager wünschten.

Vor allem aber reaktivierte Telschow das Politikprinzip, das weiter oben bereits mit der Formel »Die KWG verhandelt mit sich selbst« umschrieben worden ist. Nach der NS-Machtübernahme waren die Netzwerke in die politischen Eliten weitgehend zerrissen. Glum gelang es trotz aller Bemühungen nicht, Kontakte zu den neuen politischen Entscheidungsträgern aufzubauen. Vor allem deshalb musste er 1937 schließlich gehen. Telschow dagegen veranlasste Bosch dazu, zahlreiche wissenschaftspolitisch federführende Funktionäre der Diktatur in den Senat und den Präsidenten-Beirat aufzunehmen. Darüber hinaus knüpfte er persönliche Beziehungen zu vielen einflussreichen Nationalsozialisten, wohl wissend, dass während der NS-Herrschaft weit stärker als zuvor Macht und Einfluss an Personen gebunden waren und Politik auf informellem Wege gemacht wurde. Zudem gehörten Telschow, aber auch andere entscheidende Männer in den KWG-Führungs-

gremien, wie Gustav Krupp, Carl Friedrich von Siemens oder Albert Vögler, zentralen Netzwerken an, in denen die maßgeblichen Mitglieder der alten und neuen Eliten die Grundlinien der nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik formulierten und festzurten. Dass Telschow immer mehr Macht zuwuchs, war ein paradoxer Effekt des 1937 mit der Novellierung der Satzung eingeführten und auf den Präsidenten der KWG zugeschnittenen »Führerprinzips«. Bosch war ein kranker Mann, als er das Amt des Präsidenten übernahm – und delegierte die ihm übertragene Macht an Telschow. Das »Interregnum Telschow« zwischen dem Tod Boschs Ende April 1940 und dem Amtsantritt Vöglers als des zweiten »Industriepräsidenten« der KWG Ende Juli 1941 stärkte die Stellung des Generalsekretärs weiter.

Albert Vögler, Gründer und Lenker der Vereinigten Stahlwerke, war zwar eine starke Persönlichkeit. Sein Haupttätigkeitsfeld blieb jedoch selbst im Krieg die Wirtschaft (und geographisch das Ruhrrevier). Wenn Vögler in die Reichshauptstadt kam, war er – u. a. als wichtigster Berater des Reichsrüstungsministers Albert Speer – mit so vielen Verpflichtungen überlastet, dass er für die KWG nur wenig Zeit erübrigen konnte. Auch Vögler delegierte die Alltagsgeschäfte deshalb weitgehend an »seinen« Generalsekretär.

Von 1938 bis in die zweite Hälfte des Krieges hinein expandierte die KWG institutionell weit über die Grenzen des nun »Großdeutschen Reichs« hinaus, vor allem nach Südosteuropa. Die KWG begann sich nach einer Art Metropole-Peripherie-Modell neu zu formieren. Die Grundlagenforschung wollte man in Berlin-Dahlem sowie an anderen Standorten des »Altreichs« belassen. 1938 traten Wien und Prag als weitere künftige Wissenschaftsmetropolen hinzu. In der europäischen »Peripherie« sollten lediglich regionalbezogene Forschungseinrichtungen angesiedelt werden, in erster Linie agrarwissenschaftliche und biologische Institute, die die wissenschaftliche Grundlage für die wirtschaftliche Ausnutzung der jeweils landestypischen Fauna und Flora legen oder sich, gleichfalls unter dem Gesichtspunkt ökonomisch optimaler Verwertung, regional spezifischen geologischen Problemen widmen sollten (z. B. Kohle- und Silikatforschung). Dieses Konzept ließ sich vorzüglich mit den wirtschaftsimperialistischen Prämissen des NS-Regimes verzahnen, die »Großdeutschland« als den hochindustriellen Kern des künftigen nationalsozialistischen Europas vorsahen und vor allem Ost- sowie Südosteuropa den Status von Agrarkolonien zuwiesen.

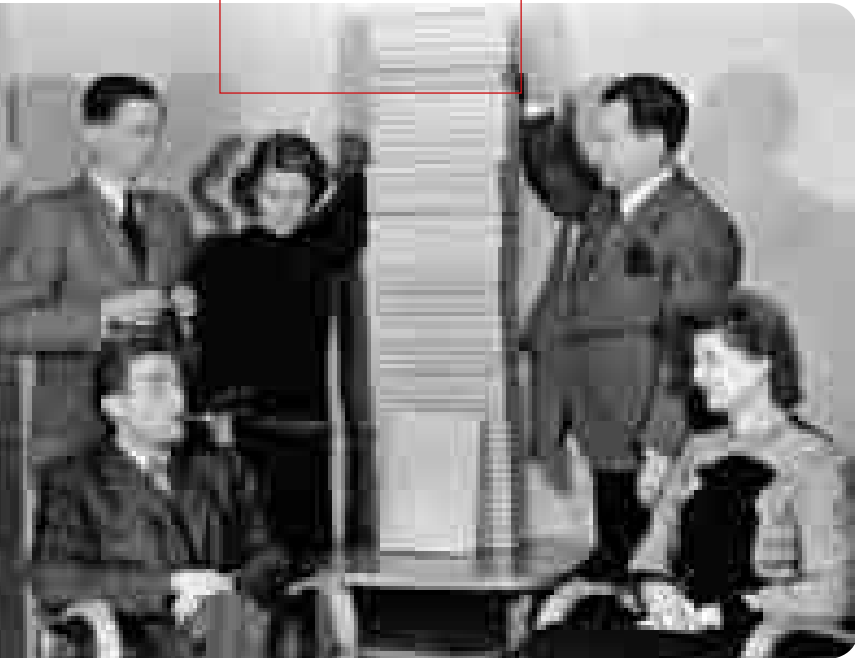
Diesem Metropole-Peripherie-Modell korrespondierten drei Grundformen der institutionellen Expansion der KWG, die sich gleichfalls am vom NS-Regime vorgegebenen Konzept des »rassi-

Gründung der MPG 1948 in der Kantine der Aerodynamischen Versuchsanstalt in Göttingen.



schen Raumes« orientierten. Insbesondere in Österreich, später außerdem im Elsass, im »Sudetenland« sowie zum Teil im »Protektorat Böhmen und Mähren« setzte man auf »einvernehmliche Expansion«, d. h. auf eine organisatorische Ausdehnung auf Basis gleichberechtigter Kooperation mit den jeweils »einheimischen« Wissenschaftlern und »ihren« Instituten, die man in den Forschungsverbund der KWG einzubinden gedachte. Der zweite Typus institutioneller Ausdehnung der KWG in das nationalsozialistisch beherrschte Europa, die »entwicklungspolitische Expansion«, setzte zwar ebenfalls auf Einvernehmen, ging jedoch zugleich von einem wissenschaftlichen Rückstand der betreffenden Länder aus. Diese forschungspolitische »Entwicklungshilfe« war an die mit der NS-Diktatur verbündeten Staaten vor allem Südosteuropas adressiert. In Sofia (Bulgarien) entstand unter diesen Prämissen ein deutsch-bulgarisches Institut für landwirtschaftliche Forschungen (1941), in Piräus (Griechenland) ein deutsch-griechisches Institut für Biologie in der KWG (1942/43). Nachweislich geplant waren vergleichbare Formen wissenschaftlicher Entwicklungshilfe außerdem in der Slowakei und in Ungarn. Eine dritte Variante von Aktivitäten jenseits der Grenzen des »Altreichs« schließlich lässt sich nur als »aggressive Expansion« kennzeichnen. Sie behandelte Wissenschaftler wie Forschungseinrichtungen als Manövriermasse, über die man frei verfügen konnte. Derartige Formen der Ressourcen-Aneignung begannen im September 1939 mit dem Einmarsch der Wehrmacht in Polen. Sie schoben sich mit dem

Mitarbeiter der Generalverwaltung präsentieren den Haushaltsvoranschlag, 1951.



Überfall auf die Sowjetunion zunehmend in den Vordergrund und kulminierten in regelrechten Raubzügen vor allem in den besetzten osteuropäischen Gebieten, ab Herbst 1943 außerdem in Italien, an denen auf Seiten der KWG zahlreiche namhafte Wissenschaftler beteiligt waren.

Dank einer Verlagerung der wichtigsten KWG-Forschungseinrichtungen in bombensichere Gebiete vor allem im Westen des Reichs, die frühzeitig und unabhängig vom Ausgang des Krieges ins Auge gefasst worden war, waren die Voraussetzungen für einen Wiederaufbau des Forschungsverbunds nach dem Ende des »Dritten Reichs« günstig. Hinzu kam, dass neben einigen Instituten auch die nach dem Suizid Albert Vöglers »kopflo« gewordenen Führungsgremien der KWG sowie die Generalverwaltung unter Telschow Anfang 1945 nach Göttingen übersiedelten – und die Universitätsstadt Göttingen in der britischen Besatzungszone lag. Die britischen Alliierten wiederum zeigten sich trotz anfänglicher Beschlüsse der Siegermächte, einen Neuaufbau der KWG nicht zuzulassen, gegenüber den Plänen für eine Wiedererrichtung dieser Forschungseinrichtung im Westen Deutschlands aufgeschlossen. Vor dem Hintergrund der sich versteifenden Fronten des Kalten Krieges und mithilfe namentlich des Colonels Bertie Blount, der als Verantwortlicher für Wissenschaft und Forschung der Vier-Mächte-Kontrollkommission in der britischen Zone schon

bald zum engagierten Streiter für die Wieder- bzw. Neugründung wurde, gelang es Otto Hahn, Werner Heisenberg, Ernst Telschow und anderen innerhalb kurzer Zeit, die Forschungsgesellschaft weitgehend in den alten Strukturen neu zu begründen – im September 1946 zunächst in der britischen Zone, im Februar 1948 in der Bizone und im Juli 1949 dann in allen drei westlichen Zonen. Der Preis, der für den Wiederaufbau zu zahlen war, war der Verzicht auf den Namen Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Erst nachdem der greise Max Planck, der im Juli 1945 noch einmal an die Spitze der KWG getreten war, sich bereit erklärte, seinen Namen zur Verfügung zu stellen, um eine Auflösung der Wissenschaftsorganisation zu verhindern, gaben der erste MPG-Präsident Otto Hahn und andere ihren Widerstand gegen die Umbenennung auf.

Institutionell und materiell hatte die Max-Planck-Gesellschaft schon bald wieder festen Boden unter den Füßen. Ende März 1949, also kurz vor der Gründung der Bundesrepublik, einigten sich die Kultus- und Finanzminister der damals elf Bundesländer (einschließlich West-Berlin) im Königsteiner »Abkommen über die Finanzierung wissenschaftlicher Forschungseinrichtungen« darauf, dass die dauerhafte Förderung der MPG und anderer zentraler Forschungseinrichtungen eine gemeinsame Aufgabe der Länder sei; später kam eine zunächst unregelmäßige Mitfinanzierung des Bundes hinzu, die in den 1970er Jahren auf Dauer gestellt wurde. Die Finanzierung der MPG war damit grundsätzlich garantiert. Zugleich markiert das Königsteiner Abkommen einen Bruch mit der bis 1945 bestehenden Praxis, bei der Finanzierung der Forschungseinrichtungen wesentlich auf Zuwendungen seitens der Industrie zu setzen. Obgleich die Wissenschaftsorganisation seit 1949 de facto zu einer öffentlich finanzierten Einrichtung geworden war, sicherten Bund und Länder zu, sich mit Interventionen in die Angelegenheiten der MPG zurückhalten zu wollen. Auf welchen Forschungsfeldern die Institute tätig wurden und welche Projekte deren wissenschaftliche Mitarbeiter verfolgten, sollte weitgehend der Entscheidung der maßgeblichen Forscher überlassen bleiben, um so den Anspruch einer gegenüber politischen Einflüssen weitgehend gesicherten »Freiheit der Wissenschaft« einlösen zu können.

Organisationsstrukturell trat die MPG weitgehend in die Fußstapfen ihrer Vorgängerin. Das Harnack-Prinzip, d. h. die autokratische Stellung des Direktors, galt zunächst grundsätzlich weiterhin. Die jährliche Hauptversammlung der Mitglieder blieb formal oberstes Organ. Die großen Linien der Forschungspolitik wurden nach 1948 wie zu Zeiten der KWG durch den Senat und den Verwaltungsrat festgelegt. Im markanten Unterschied zur Vorgängerin war nun allerdings der Präsident nicht mehr ehren-

München, die Residenz war bis 1999 Sitz der Generalverwaltung, rechts der Neubau kurz vor der Fertigstellung, 1999.



amtlich, sondern hauptamtlich tätig. Innerhalb der Führungsgremien verstärkte sich das Gewicht der Wissenschaftler gegenüber den Vertretern namentlich der Wirtschaft deutlich. Zwar spielten auch in der MPG einzelne Industrielle und Repräsentanten der Finanzwirtschaft eine wichtige Rolle. So amtierte Hermann Reusch (Vorstandsvorsitzender der Gutehoffnungshütte) ab 1952 über mehr als ein Jahrzehnt als Schatzmeister der MPG; Carl Wurster (Aufsichtsratsvorsitzender der BASF) beeinflusste ab 1966 als Vizepräsident viele Jahre die Geschicke der MPG; der langjährige Präsident der Bundesbank Karl Blessing gehörte von 1966 bis zu seinem Tod 1971, Horst K. Jannott (Vorstandsvorsitzender der Münchner Rückversicherungs-Gesellschaft) von 1970 bis 1981 dem

Verwaltungsrat an. Wenn der Einfluss der Wirtschaftseliten auf die MPG im Vergleich zum spätwilhelminischen Kaiserreich, zur Weimarer Republik und zum »Dritten Reich« dennoch insgesamt deutlich zurückging und »Industriepräsidenten« wie Carl Bosch oder Albert Vögler an der Spitze der MPG mittlerweile undenkbar sind, dann hat dies auch strukturelle wirtschaftliche Gründe: Mit Beginn des Koreabooms wurde die Bundesrepublik rasch in einen expandierenden Weltmarkt eingebunden. Zahlreiche deutsche Großunternehmen mutierten zu multinationalen Konzernen; überdies globalisierten sich seit den 1980er Jahren die Kapitalströme. Dies blieb nicht ohne Wirkung auf das Verhältnis von Wirtschaft und Wissenschaft. Vor allem im letzten Drittel des vergan-

Das Gebäude der Generalverwaltung, 1999.



genen Jahrhunderts ging die im Vergleich zur ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Deutschland traditionell starke Identifikation der tonangebenden Wirtschaftselite mit der nationalen Forschung deutlich zurück. Der Börsengang zahlreicher Großunternehmen begünstigte kurzfristiges Renditedenken und ließ das strategische Interesse an der Grundlagenforschung, wie es Carl Bosch, Albert Vögler, Gustav Krupp, Carl Friedrich von Siemens und viele andere Großindustrielle besessen hatten, verkümmern.

Auch politisch hinterließ der Zeitgeist Spuren. So blieb die Max-Planck-Gesellschaft namentlich von der Reformbewegung der 1960er und 1970er Jahre nicht unberührt. Anfang der 1970er Jahre kam es zu einer »Rebellion des Forscher-Fußvolks gegen die Allmacht der Instituts-Spitzen«, wie der SPIEGEL Ende Juni 1971 süffisant kommentierte. Das »Fußvolk« forderte mehr Mitbestimmung in der Forschungsarbeit, eine Verringerung des Einflusses der Wirtschaft auf die wissenschaftliche Forschung und eigene Repräsentanten auch im Senat und Verwaltungsrat der MPG. An der Spitze der Wissenschaftsgesellschaft stieß das Begehren nach Mitbestimmung anfangs auf Unverständnis und teilweise sogar Empörung. Adolf Butenandt klagte: »Wir können doch so einen

wunderbaren Organismus nicht dadurch zerstören, dass wir plötzlich alles auf den Kopf stellen.« Am Harnack-Prinzip dürfe nicht gerüttelt werden. Und der spätere stellvertretende MPG-Generalsekretär Edmund Marsch glaubte das Anliegen mit der Bemerkung entkräften zu können: »In der Nasa wird schließlich auch nicht mitbestimmt.«

Butenandt und Marsch hätten gar nicht so defensiv argumentieren müssen. Das Harnack-Prinzip war bereits einige Jahre vorher, durch eine Satzungsänderung Ende 1964, relativiert worden. Damit war formalisiert, was an einigen Instituten bereits vorher praktiziert worden war – dass die Institute »auch anders als monokratisch« geleitet werden konnten, wie der Vizepräsident der MPG Hans Döle lakonisch kommentierte. Zwar war bereits in der KWG das nach ihrem ersten Präsidenten benannte Harnack-Prinzip keineswegs immer sklavisch umgesetzt worden. Was bis 1945 jedoch die Ausnahme war, begann in den 1960er Jahren zur Regel zu werden.

Darüber hinaus wurde das Prinzip der internen Evaluation seit einer Satzungsänderung 1972 stärker formalisiert: Die Leitung eines Instituts – und ebenso selbstständiger Abteilungen – wurde



dem Direktor oder dem Direktorenkollegium nur noch befristet übertragen; nach jeweils sieben Jahren entscheidet der Verwaltungsrat in einem genau geregelten Prüfungsverfahren über Verlängerung oder Neuausschreibung der Leitungsfunktion. Erleichtert wurde außerdem die Bildung interdisziplinärer Projektgruppen für eine befristete Zeitspanne – aus denen dann im günstigen Fall neue Max-Planck-Institute hervorgehen konnten, so z. B. die MPI für Psycholinguistik (seit 1980 in Nijmegen), für Quantenoptik (seit 1981 in Garching) und für ausländisches und internationales Sozialrecht (seit 1975 in München). Auch in dieser Hinsicht knüpfte man freilich an ältere Erfahrungen an, etwa an die zwischen 1937 und Herbst 1945 aus den Reihen führender Wissenschaftler der KWI für Biologie und Biochemie gebildete »Arbeitsstätte für Virusforschung« (unter Butenandt sowie Alfred Kühn und Fritz von Wettstein). Den Mitbestimmungsforderungen Anfang der 1970er Jahre kam man ebenfalls entgegen. In der Folgezeit wurden die »einfachen« wissenschaftlichen Mitarbeiter in Beratungs- und Entscheidungsprozesse einbezogen, ohne dass allerdings die zentrale Stellung der Direktoren und ebenso der Abteilungsleiter substantiell eingeschränkt worden wäre.

Die zeitweiligen Auseinandersetzungen um Demokratie und Mitbestimmung innerhalb der MPG ändern nichts daran, dass bereits die Präsidentschaft Otto Hahns und mehr noch die Butenandts als außerordentlich erfolgreich gelten können. 1948 hatte der Etat der MPG für die 25 Gründungsinstitute und -forschungstellen bei etwa 7 Mio. DM gelegen. Bis 1960, als Hahn das Präsidentenamt an Butenandt übergab und Ernst Telschow als Generalsekretär ausschied, war der MPG-Etat auf 80 Mio. DM angewachsen. In den folgenden zwölf Jahren der Ära Butenandt vervielfachte sich der Etat der MPG noch einmal, auf knapp 530 Mio. DM 1972. Die Zahl der Mitarbeiter stieg während dieses Zeitraumes von 2600 an 40 Instituten auf ungefähr 10 000 an 52 Forschungseinrichtungen. Bis heute ist die Zahl sämtlicher Mitarbeiter auf gut 20 000 in insgesamt 80 Instituten angewachsen. Der Jahresetat liegt bei 1,3 Mrd. Euro.

Den größten Einschnitt nach dem Krieg und eine grundlegende Umstrukturierung des Institutsnetzes brachte der Fall der Mauer. 1990 setzte die MPG sich das Ziel, gemessen an der Gesamtzahl der Institute mit einem Drittel davon in den neuen Ländern vertreten zu sein, was durch die Gründung von 18 Instituten bis 2003 realisiert wurde. Im Gegenzug wurden vier Institute und ein Teilinstitut in den alten Bundesländern geschlossen und 740 Stellen abgebaut. Die Finanzierungsgrundlage blieb dabei weiterhin in der 1948 vereinbarten Form gültig. In jüngster Zeit ist allerdings die Bedeutung privater Förderer gewachsen. Das

Ernst-Strüngmann-Institut für Hirnforschung in Frankfurt ist das jüngste Beispiel einer Institutsgründung als Public-Private-Partnership zwischen der MPG und privaten Stiftern.

Aus der bundesdeutschen und ebenso der internationalen Forschungslandschaft ist die MPG nicht wegzudenken. Die traditionell einvernehmliche Kooperation mit der DFG – die 1920 als »Notgemeinschaft Deutscher Wissenschaft« wesentlich auf Initiative von KWG-Wissenschaftlern wie Fritz Haber gegründet worden war – gestaltete sich seit 1945 noch enger als zuvor, etwa durch eine intensive Unterstützung bei der Etablierung von Sonderforschungsbereichen an den Hochschulen. Trotz der Konkurrenz gleichfalls erfolgreicher bundesdeutscher Forschungsverbände wie der Helmholtz- oder der Fraunhofer-Gesellschaft und später der Wissenschaftsgemeinschaft Leibniz gelang es, die Stellung der MPG als der wichtigsten Größe innerhalb der außeruniversitären Forschung der Bundesrepublik zu festigen und auszubauen. Zahlreiche Nobelpreise und der Ruf der MPG als einer der weltweit besten außeruniversitären Forschungsorganisationen bezeugen diesen Erfolg.

# Forschungserfolge

## Strategien und ihre Voraussetzungen in Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Max-Planck-Gesellschaft

JÜRGEN RENN · HORST KANT

Wissenschaft neigt, was ihre Vergangenheit betrifft, zu Vergesslichkeit. Sie macht sich frei von überholten Vorurteilen und lässt unfruchtbar gewordene Kontroversen ruhen. Aus der Perspektive einer an gegenwärtigen Herausforderungen ausgerichteten Wissenschaftsgeschichte lässt sich dennoch fragen: Was kann man aus den wissenschaftlichen Durchbrüchen der Vergangenheit für die Bewältigung heutiger Herausforderungen lernen? Welche Rolle spielte dabei die besondere institutionelle Verfassung der Kaiser-Wilhelm- und der Max-Planck-Gesellschaft? Die Max-Planck-Gesellschaft ist heute eine einzigartige Institution der Grundlagenforschung. Sie setzt die Tradition der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft fort und besitzt weltweit Attraktivität und Vorbildwirkung. Auf welchen Erfahrungen und Prinzipien beruht diese Wirkung? Wie fanden die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWG) und dann die Max-Planck-Gesellschaft (MPG) ihre Themen, wo wurden Durchbrüche erreicht und welchen strukturellen Voraussetzungen sind die Erfolge zu verdanken? Wie verhält sich die Dynamik der Wissenschaftsentwicklung zur gesellschaftlichen Dynamik? So einfach diese Fragen erscheinen, so schwierig lassen sie sich beantworten, denn hier liegen wenig oder nur teilweise bearbeitete historische Forschungsprobleme vor.

Heute jedoch wird eine historische Analyse und Reflexion der inneren und äußeren Bedingungen wissenschaftlicher Erfolge immer dringender – sowohl angesichts globaler Herausforderungen, die nur durch die Wissenschaft zu bewältigen sind, als auch angesichts historischer Veränderungen, denen die Rolle von Forschungsorganisationen wie die der MPG unterworfen ist. Welche Rolle können zukünftig an nationalstaatliche Strukturen gebundene Institutionen wie die MPG in einer globalisierten Wissenschaft spielen? Wie konkurrenzfähig ist die MPG hinsichtlich Flexibilität und kritischer Masse im Vergleich zu privatwirtschaftlich verfassten Forschungsinstitutionen in den USA? Wie verändert die Stärkung exzellenter Forschung an den Universitäten und die Ausweitung der institutionell geförderten Grundlagenforschung auf andere Forschungsinstitutionen die Arbeitsteiligkeit des deutschen Forschungssystems? Welche Aufgaben sollte die MPG im weiteren Ausbau einer weltweiten, auf dem Internet beruhenden Forschungsinfrastruktur übernehmen?

Ohne gründliche historische Untersuchungen, die Erkenntnisprozesse in den Kontext gesellschaftlicher Dynamik stellen, lassen sich solche Fragen nur oberflächlich beantworten. Der vorliegende Beitrag kann keine solche umfassende Analyse bieten, sondern nur versuchen, anhand ausgewählter historischer Beispiele einige für die MPG auch heute noch wirksame Strategien aufzuzeigen und die Fruchtbarkeit einer Perspektive deutlich zu machen, die



Der Max-Planck-Campus auf dem Faßberg in Göttingen, 1980er Jahre. Das MPI für biophysikalische Chemie entstand aus dem alten Berliner KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie, heute Fritz-Haber-Institut.

zugleich Herausforderungen des Erkenntnisprozesses als auch ihrer Bewältigung im Rahmen institutionalisierter Forschung in den Blick nimmt.

Fortschritt ist kein additiver Prozess, sondern mit der Umstrukturierung von Wissenssystemen verbunden. Ein herausragendes Beispiel dafür ist die Entstehung der modernen Quanten- und Relativitätsphysik und die durch sie eingeführten Veränderungen der klassischen Begriffe von Raum, Zeit und Materie – mit weitreichenden Auswirkungen auf die gesamte Wissenschaft. Solche Innovationen sind niemals das Resultat spontaner Paradigmenwechsel, sondern das einer langfristigen, konfliktreichen Zusammenführung heterogener Wissensbestände. Die Identifikation und

KWI für physikalische Chemie  
und Elektrochemie Berlin-Dahlem,  
nach 1928.



Lösung der produktiven inneren Konflikte von Wissenssystemen verlangt oft eine andere Perspektive als die, die zu ihrer Erzeugung führte. Eine solche Sicht entsteht eher an der Peripherie als im Zentrum entsprechender Hauptentwicklungsströme. Die Rolle des Querdenkers Albert Einstein für die Begründung der modernen Physik mag hierfür als Beispiel dienen.

Der langfristige, heterogene und diskontinuierliche Charakter des wissenschaftlichen Fortschritts und die Notwendigkeit, solche Außenseiterperspektiven einzubeziehen, stellen besondere Anforderungen an die Organisation von Forschung, die in einem Spannungsverhältnis zur unbestreitbar ebenfalls notwendigen Fortschreibung der Hauptströmungen steht. Zu den großen wissenschaftlichen Durchbrüchen in der Geschichte der KWG/MPG gehört beispielsweise die Urankernspaltung. Ein weiteres Beispiel ist die Entdeckung der metallorganischen Mischkatalysatoren für die Polymerisation von Olefinen am MPI für Kohlenforschung, die 1953 zur Entwicklung des Niederdruckpolyethylen-

Verfahrens führte – ein Durchbruch mit damals unabsehbaren ökonomischen Konsequenzen. Zu den bedeutenden wissenschaftlichen Erfolgen gehören ferner die Begründung der molekularen Elektrophysiologie (am MPI für Biochemie), die Strukturaufklärung der Ribosome (am MPI für molekulare Genetik) oder die Begründung von Bildungs- und Altersforschung (beide am MPI für Bildungsforschung).

Der Erfolg der KWG/MPG in den vergangenen einhundert Jahren beruhte unter anderem darauf, oft als Katalysator für die Umstrukturierung von Wissenssystemen gedient zu haben. Die langfristige und nachhaltige Förderung solcher Umstrukturierungsprozesse durch institutionelle Forschungsförderung auch abseits des Mainstreams spielt hier eine Schlüsselrolle und ist die eigentliche Mission der MPG. Wir wollen versuchen, einige Seiten der Geschichte der KWG/MPG unter diesen Aspekten darzustellen. Die historischen Beispiele, die den Weg der Gesellschaft illustrieren, können wir hier naturgemäß nur streifen.



### **Was waren die angelegten Erfolgskriterien und worauf stützten sich Erfolgsprognosen?**

Nach dem traditionellen Wissenschaftsbild ist wissenschaftlicher Fortschritt ein stetiges Wachstum in festen Grenzen mit Ausnahmen. Daraus leiten sich zwei Erfolgstypen ab: Der erste Typ ist die erfolgreiche Teilnahme am Mainstream, fassbar durch den Impactfaktor. Der zweite Typ ist der überragende, oftmals mit einer Neuorientierung verbundene Einzelerfolg, der häufig erst dann Anerkennung findet, wenn die Neuorientierung zum Mainstream geworden ist – man denke an die späte Verleihung des Nobelpreises an Ernst Ruska für die Entwicklung des Elektronenmikroskops.

Bedenkt man dagegen die Schlüsselrolle von Umstrukturierungen von Wissenssystemen für den wissenschaftlichen Fortschritt, dann genügen diese Erfolgskriterien nicht, weil sie beide auf den Mainstream bezogen sind. Von den berühmten frühen Arbeiten Einsteins hatte ausgerechnet seine wenig bekannte Dissertation den größten Impact im Sinne der meisten Zitierungen, weil sie offenbar dem Mainstream am nächsten stand.

Beide Kriterien taugen nicht als Instrumente der Forschungsprognose, denn der Impactfaktor kommt als Indikator von Neuorientierung meistens zu früh und der Nobelpreis oft zu spät. Otto Warburg erhielt den Nobelpreis 1931, kurz nachdem er zum Direktor eines eigenen Kaiser-Wilhelm-Instituts berufen worden war; die bahnbrechenden Forschungen hatte er allerdings zuvor am KWI für Biologie durchgeführt. Auch Werner Heisenberg wurde erst zehn Jahre nach seinem Nobelpreis für seine Arbeiten zur Quantenmechanik Direktor am KWI für Physik. Über den nachhaltigen Erfolg von Grundlagenforschung entscheidet letztlich immer nur die Geschichte.

Der MPG ist es jedenfalls in der Vergangenheit immer wieder gelungen, strukturelle Erfolge zu erzielen. Entsprechende Prognosen stützten sich auf Urteile über die richtige Person zur richtigen

Zeit am richtigen Ort. Max Planck, Fritz Haber und Walther Nernst »entdeckten« um 1912 Einstein für das zu gründende KWI für Physik. Emil Fischer »entdeckte« Richard Willstätter und Otto Hahn für das KWI für Chemie: Hahn hatte er an seinem organischen Universitätsinstitut bereits 1907 eine Stelle für die unter organischen Chemikern wenig akzeptierte Radioaktivitätsforschung eingeräumt. 1912 sorgte er dafür, dass Hahn eine eigenständige Abteilung am KWI für Chemie erhielt. Willstätter hatte er »überredet«, nach Berlin zu wechseln, um über das zukunftssträchtige Gebiet der Pflanzenfarbstoffe zu forschen. Otto Hahn konnte als MPG-Präsident Wolfgang Gentner als geeigneten Nachfolger für Walther Bothe »durchsetzen«, indem er ihm ein neues, vom MPI für medizinische Forschung unabhängiges MPI für Kernphysik zusagte.

Solche Urteile und erst recht ihre Folgen waren naturgemäß in hohem Grade kontingent, aber waren sie wirklich nur das?

### **Welches waren die Mechanismen, die der KWG/MPG strukturelle Erfolge ermöglicht haben?**

Die besondere Form der institutionellen Forschungsförderung wird in hohem Maße dem langfristigen, heterogenen und diskontinuierlichen Charakter des wissenschaftlichen Fortschritts gerecht. Zu den Prinzipien der Forschungsstrategie der MPG gehören die Subsidiarität, die Interdisziplinarität und das Harnack-Prinzip. Die Subsidiarität bezieht sich auf eine Erweiterung der Perspektive gegenüber dem Mainstream, etwa mit Blick auf langfristig wirksame Forschungsstrategien, die sich Universitätsforschung nicht immer leisten kann: Die Gravitationsforschung ist beispielsweise ein Gebiet, in dem die Förderung von Grundlagenforschung abseits des Mainstreams durch die KWG und später die MPG langfristig zu herausragenden Ergebnissen geführt hat, von

In der Bibliothek des MPI für Chemie in Mainz, 2010.

der Formulierung und Ausarbeitung der allgemeinen Relativitätstheorie durch Albert Einstein bis zur führenden Rolle, die die MPG heute in der Gravitationswellenforschung spielt, und zwar nicht zuletzt deshalb, weil sie auf dieses Pferd setzte, als es in den 1980er Jahren anderswo weder einen institutionellen Ort noch die Mittel dafür gab. Auch die international führende Rolle, die die MPG heute im Bereich der vergleichenden Erforschung des ausländischen öffentlichen und privaten Rechts hat, geht auf Entscheidungen zurück, die bereits in den 1920er Jahren nach dem Subsidiaritätsprinzip gefallen sind. Dabei verdankte beispielsweise das KWI für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht 1924 seine Entstehung nicht zuletzt dem Bestreben, die völkerrechtlichen Folgen des Versailler Vertrages auszuloten. Naturgemäß muss das Subsidiaritätsprinzip in einer sich differenzierenden akademischen Landschaft stets neu definiert werden.

Charakteristisch ist ferner die Forschung in vielversprechenden Grenzgebieten, in denen die fruchtbaren Konflikte angesiedelt sind. Ein beeindruckendes Beispiel ist die interdisziplinäre Kooperation innerhalb des MPI für Psycholinguistik, der das Verständnis des Sprachproduktionssystems und weitere Durchbrüche auf diesem Gebiet zu verdanken sind, die dieses Fach international etabliert haben.

Schließlich orientiert sich die institutionelle Forschungsförderung am Harnack-Prinzip, hier verstanden als Möglichkeit, neue wissenschaftliche Perspektiven in der Forschungsorganisation langfristig wirksam werden zu lassen, auch wenn dies ohne Risiken nicht gelingen kann. So nahm Planck als KWG-Präsident 1934 mit der Berufung Walther Bothes eine Umorientierung des wenige Jahre zuvor gegründeten Physik Instituts am KWI für medizinische Forschung von der medizinischen Physik zu einer noch in den Kinderschuhen steckenden Kernphysik »in Kauf«, um dieses zukunftssträchtige neue Forschungsgebiet auch an der KWG zu etablieren. Die Strukturaufklärung der Ribosome durch Heinz-Günter Wittmann und seine Mitarbeiter am MPI für molekulare Genetik haben rund 40 Jahre in Anspruch genommen, ohne dass Anfangserfolge garantiert gewesen wären.

Forschung abseits des Mainstreams ist jedoch nicht in jeder wissenschaftshistorischen Situation vielversprechend. Plancks Erwägung von 1932, ein KWI zur Wüschelruten-Erdstrahlenforschung zu gründen, wurde zu Recht nicht verfolgt.

Forschung in Grenzgebieten setzt eine Kohärenz der interdisziplinären Arbeit voraus, die in der Realität an den Abteilungsgrenzen zerbrechen kann. Die Erfahrung zeigt, dass Kooperation gelegentlich eher zwischen Abteilungen verschiedener Institute zustande kommt als zwischen einzelnen Abteilungen ein und

Die Büste Otto Hahns im MPI für Chemie in Mainz, 2010.



desselben Instituts. Immer wieder erweist sich das Forschungsnetzwerk der MPG als ein kaum zu überschätzendes Potenzial für den Erfolg interdisziplinärer Ansätze. Die jeweils forschungsleitende Perspektive muss indessen nicht stets zu einem progressiven Durchbruch führen. Es gibt auch opportunistische oder gar regressive Erfolge. Opportunistische Erfolge sind oft Resultat eines zu großen Erfolgsdrucks, der zu einer Konventionalisierung innovativer Ansätze führen kann. Als extremes Beispiel für einen regressiven Durchbruch sei auf rassistisch angelegte Forschungen der KWG im »Dritten Reich« verwiesen.

Aus historischer Sicht spielen noch andere Faktoren beim Zustandekommen der Erfolge der MPG eine Rolle, insbesondere die Themenwahl und die institutionelle Effizienz. Bei der Themenwahl haben sich verschiedene Strategien in der Vergangenheit als erfolgreich erwiesen, z. B. die Reflexion auf den Stand des Faches. Die Krise der klassischen Physik war Anfang des 20. Jahrhunderts vielen Physikern bewusst, ohne dass sie ahnten, wie die Krise zu lösen sei. Immerhin reichte das Bewusstsein so weit, dass sich führende Physiker und Wissenschaftsadministratoren entschlossen, die Gründung eines KWI für Physik ins Auge zu fassen, das sich mit der Lösung dieser Grundlagenkrise beschäftigen sollte, und Einstein für die Leitung dieses Instituts zu gewinnen.



Das MPI für extraterrestrische Physik, 2009. Beispiel für die Ausgründung eines Instituts, mit dem sich ein zukunftsreicher Forschungsbereich ebenso weiterentwickelt wie das Netzwerk von Max-Planck-Instituten.

Eine Reflexion über den Stand des Fachs kann zu dem Schluss führen, dass die Aufgabe eines Instituts darin bestehen sollte, eine Katalysatorfunktion für bereits existierende innovative Perspektiven auszuüben. Schließlich bedürfen wissenschaftliche Durchbrüche auch einer nachhaltigen Umsetzung. Ein Beispiel ist Konrad Lorenz' Idee einer vergleichenden Verhaltensforschung, die zu einem neuen Forschungsparadigma führte, das durch die Gründung des Max-Planck-Instituts für Verhaltensforschung im Jahr 1954 etabliert wurde.

Auch politische Gelegenheiten können genutzt werden, um interessanten Forschungsperspektiven zum Durchbruch zu verhelfen, wie im Falle der Gründung des MPI für extraterrestrische Physik unter Reimar Lüst, zunächst als Teilinstitut des MPI für Physik und Astrophysik im Jahr 1963. Der Sputnik-Schock ließ die USA nach europäischen Partnern für die Weltraumforschung Ausschau halten. Die politische Konstellation machte es möglich, bereits vorhandene Forschungsansätze, wie sie an den Max-Planck-Instituten für Physik und Astrophysik, Aeronomie und Kernphysik verfolgt wurden, als Potenzial für eine Neugründung zu nutzen und die bisherige theoretische Forschung experimentell auszuweiten.

Desgleichen hilft es, sich darauf zu besinnen, wo die MPG ihre besonderen Stärken hat oder entwickeln kann. Für die Geistes-, Sozial- und Humanwissenschaften bietet ihre Position in einer naturwissenschaftlich dominierten Gesellschaft einen einzigartigen Forschungskontext. Dieser ermöglicht es den in diesen Gebieten arbeitenden Instituten nicht nur, Brücken zwischen den »zwei Kulturen« zu schlagen, wie es am MPI für Kognitions- und Neurowissenschaften und am MPI für evolutionäre Anthropologie geschieht, sondern auch traditionelle Zersplitterungen innerhalb der Humanwissenschaften zu überwinden. Auch die beiden kunsthistorischen Institute der MPG in Italien, die Bibliotheca Hertziana in Rom als eine der ältesten Institutsgründungen der KWG und das erst 2002 übernommene Kunsthistorische Institut in Florenz, zeigen in unterschiedlicher Weise, welches Innovationspotenzial aus etablierten Forschungstraditionen, die in einem privilegierten kulturellen Umfeld angesiedelt sind, gewonnen werden kann, und bilden Modellfälle für künftige Internationalisierungsstrategien, wie sie gegenwärtig mit der geplanten Gründung eines Instituts in Luxemburg und einer Forschergruppe in Spanien verfolgt werden.

Das Thema Entwicklungsprozesse spielt heute in vielen Max-Planck-Instituten eine herausragende Rolle, von der Kosmologie über die Entwicklungsbiologie, die Hirnforschung, die evolutionäre Anthropologie, die Wissenschafts- und Wissensgeschichte

bis hin zur Bildungsforschung. Solche Forschungen lassen sich nur in langfristiger Perspektive durchführen und bedürfen genau der Art institutioneller Förderung, wie sie die MPG bietet. Wo braucht man einen langen Atem? Gewiss in der Erforschung der Kernfusion, wie sie am weltweit führenden MPI für Plasmaphysik durchgeführt wird, dem größten Zentrum für Fusionsforschung in Europa. In den 1950er Jahren ging man davon aus, dass man mit etwa 20 Jahren bis zur kommerziellen Nutzung der Kernfusion rechnen müsse. Heute wird erwartet, dass es entsprechende Kraftwerke nicht vor 2050 geben wird.

### Überraschende Perspektiven

Das Aufgreifen gesellschaftlicher Herausforderungen wie der Energieversorgung ist keine Ausnahme in der Geschichte erfolgreicher Themenwahl. Es ist eine oft übersehene Tradition der KWG, Institute für angewandte Grundlagenforschung (basic applied science) zu gründen, die häufig stark industriefinanziert waren. Beispiele sind die Institute für Kohlenforschung, Faserstoffchemie oder Lederforschung. Aktuelle Beispiele für angewandte oder anwendbare Grundlagenforschung innerhalb der MPG sind Forschungen zum internationalen und ausländischen Recht sowie Bildungsforschung, Altersforschung, Biotechnologieforschung, Erdsystemforschung und natürlich Energieforschung.

Eine Strategie der Themenwahl erweist sich als besonders vielversprechend: die Herausarbeitung neuer Perspektiven aus ursprünglich eher marginaler Forschung. Ein jüngeres Beispiel aus der Biologie ist die Entdeckung des Agrobakteriums tumefaciens bei der Erforschung von Tumoren bei Pflanzen durch Jozef Schell (MPI für Züchtungsforschung), die unerwartet zur Grundlage des Gentransfers bei Pflanzen und damit der grünen Gentechnik wurde.

Eine Umstrukturierung von Wissenssystemen institutionell zu fördern, bedeutet hohe Ansprüche an die Fertilität und Mutationsfähigkeit der MPG als solcher und ihrer Institute. Institutionelle Effizienz bedeutet auch die Fähigkeit zur Anpassung an unerwartet auftauchende neue Forschungsrichtungen oder überraschende Verlagerungen thematischer Schwerpunkte, ebenso wie die Gewährung von Entwicklungschancen auf allen Ebenen, von Individuen, über Forschungsgruppen bis zu ganzen Instituten.

Zahlreiche Beispiele aus der Geschichte der MPG belegen das Prinzip der Fertilität, also die Fähigkeit von Instituten, neue Themen hervorzubringen, und die Fähigkeit der MPG, ihnen eine angemessene institutionelle Grundlage zu gewähren. Ein Beispiel ist die Entstehung der Chronobiologie mit den Pionierarbeiten von Jürgen Aschoff Mitte der 1950er Jahre am MPI für medizinische

Drei Bilder von Nobelpreisträgern der KWG im Fritz-Haber-Institut der MPG, 2010. Zu sehen sind Werner Heisenberg, Hans Spemann und Peter Debye.



Forschung und die spätere Institutionalisierung dieser Forschungsrichtung am MPI für Verhaltensphysiologie. Ebenso ging das MPI für biophysikalische Chemie 1971 aus dem MPI für physikalische Chemie hervor, das seinerseits 1948 unter Karl Friedrich Bonhoeffer in Göttingen als »Ableger« des Berliner KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie entstanden war.

### Wertvolle Kooperation zwischen Instituten

Institutionelle Effizienz kann sich auch an der Mutationsfähigkeit ganzer Institute erweisen. Herausragende Beispiele sind das KWI/ MPI für Kohlenforschung und das Fritz-Haber-Institut der Max-Planck-Gesellschaft, die sich vor dem Hintergrund bedeutender wissenschaftlicher Leistungen immer wieder neu erfunden haben. Am Anfang der Geschichte des Instituts für Kohlenforschung standen Probleme der Kohleveredlung, dann die Idee einer Umwandlung von Kohle auf direktem Wege in elektrische Energie. Aber Erfolge wie die Entwicklung des Fischer-Tropsch-Verfahrens zur Gewinnung flüssiger Kohlenwasserstoffe (1925) sowie die des bereits erwähnten Niederdruckpolyethylen-Verfahrens durch Karl Ziegler (1953) lenkten das Institut in andere Richtungen. Auch das

Fritz-Haber-Institut hat in seiner Geschichte mehrfach erfolgreich seine Schwerpunkte verlagert, wobei große Fragen wie die nach einem umfassenden Verständnis der Katalyse richtungsweisend für die Arbeit des Instituts blieben. Die Verleihung des Chemie-Nobelpreises 2007 für die Aufklärung von Katalyseprozessen auf molekularer Ebene an Gerhard Ertl vom Fritz-Haber-Institut zeigt, dass sich ein solcher langer Atem lohnt.

Das Zustandekommen wirklicher Kooperation in oder zwischen den Instituten kann für die institutionelle Effizienz einer Forschungsrichtung entscheidend sein. Sie gelingt dann, wenn es einen klar definierten konvergenzbildenden Fokus gibt, wenn die Kooperation durch die Nutzung gemeinsamer Forschungsressourcen oder Serviceabteilungen gefördert wird und wenn abteilungsübergreifende Projektgruppen ihr die nötige Anpassungsfähigkeit verleihen. Der freiwillige Verbund »Erdsystemforschung«, in dem sich die Max-Planck-Institute für Chemie in Mainz, für Meteorologie in Hamburg und für Biogeochemie in Jena zusammengefunden haben und die mit Abteilungen an mindestens vier weiteren Instituten kooperieren, zeigt, wie übergreifende Fragen effizient angegangen werden können.

Dieses Beispiel weist zugleich auf eine weitere Dimension der institutionellen Effizienz hin: die Wahl der richtigen Größenordnung. Einerseits ist es meistens sinnvoll, mit kleineren flexiblen Einheiten zu beginnen. Andererseits bedürfen außergewöhnliche Forschungsansätze oft einer kritischen Masse, um ihre Überlebens- und Durchsetzungsfähigkeit gegenüber dem Mainstream zu gewährleisten.

Die MPG spielt mit ihrer spezifischen Mission eine wichtige Rolle in der akademischen Arbeitsteilung Deutschlands, deren Erfolg wesentlich von der politisch zu sichernden Freiheit selbstorganisierter Wissenschaft abhängt, im Bereich der Grundlagenforschung Organisationsformen und Themen selbstständig wählen zu können. Aber auch global spielt die MPG eine geradezu paradigmatische Rolle. Sie kann ihre Strukturvorteile besser nutzen, wenn sie in Zukunft verstärkt zu einem »global player« wird – allerdings nur dann, wenn es ihr zugleich gelingt, intern ein gemeinschaftliches Bewusstsein ihrer besonderen Aufgabe zu bewahren. Das setzt einer im Prinzip denkbaren Expansion eine natürliche Grenze in Form eines Kommunikationshorizontes, jenseits dessen die Identität der Gesellschaft gefährdet ist.

Zu den zukünftigen Herausforderungen der MPG gehört die Notwendigkeit, ihr Profil als Wissenschaftsorganisation mit dem Angebot einer einzigartigen Forschungsfreiheit zu schärfen, also der Möglichkeit, jenseits des Mainstreams zu agieren, der Gewährleistung von Forschungskontinuität und der Offenheit für eine



Karl Ziegler, zusammen mit  
Heinz Martin im Labor  
des MPI für Kohlenforschung,  
1960er Jahre.



Das Teleskop MAGIC II im Bau. Mit den Teleskopen auf La Palma erforscht das MPI für Physik zusammen mit seinen internationalen Partnern hochenergetische Strahlung aus dem Universum. 2005.



Neuorientierung von Forschung. Diese Schärfung des Profils der MPG erfordert eine flexiblere Gestaltung der Binnenstruktur der Institute und ihrer Außenbeziehungen.

Keine noch so klug angelegte Forschungsplanung kann erfolgreich sein, ohne dass die MPG ihre spezifische Rolle in der arbeitsteiligen Forschung nach innen und nach außen stärker zum Ausdruck bringt. Da der Exzellenzbegriff politisch aufgeladen ist und als Alleinstellungsmerkmal der MPG zunehmend an Prägnanz verliert, wird die öffentliche Wahrnehmung ihrer besonderen Mission entscheidend für den Erfolg der MPG bei der Gewinnung von Nachwuchs und Ressourcen. Nach innen gewährleisten die international besetzten Fachbeiräte eine am wissenschaftlichen Diskurs orientierte qualitative Evaluierung der Institute, die nicht nur die Exzellenz von Forschung sichert, sondern oft auch dazu beigetragen hat, riskante Innovationen nicht an den Maßstäben des Mainstreams scheitern zu lassen. In Zukunft sollte die MPG nach innen und nach außen auch weiterhin an einer Reflexionskultur arbeiten, die sich an ihrer Rolle als Katalysator von Umbrüchen orientiert, und nach außen sollte sie offensiv für diese Rolle Anerkennung suchen. Eine solche Reflexionskultur müsste nicht nur ein Bewusstsein für die Gefährdungen einschließen, die immer dann in wissenschaftlicher Forschung auftreten, wenn moralische

und gesellschaftliche Kontexte ausgeblendet werden und stattdessen ausschließlich an immanenten Effizienzkriterien und äußeren Opportunitäten Orientierung stattfindet. Sie sollte ebenso die Chancen deutlich machen, die in einer Grundlagenforschung liegen, die sich gesellschaftlichen Herausforderungen stellt, und zwar im Zusammenhang aller ihrer Dimensionen, den naturwissenschaftlichen ebenso wie den gesellschafts- und kulturwissenschaftlichen.

In den Medien und in öffentlichen Diskussionen wird dagegen immer wieder gefragt, ob denn die Forschung genügend Nutzen abwerfe und ob die Grundlagenforschung nicht vorwiegend nach ihrer wirtschaftlichen Nützlichkeit bewerten werden solle. Ein Rückblick auf die Erfolge der KWG und der MPG zeigt, wie kurz-sichtig solche Vorbehalte sind. Wir verweisen hier nur auf Einstein, der dazu einmal gesagt haben soll: »Wenn man die Forschung nur den Ingenieuren überlässt, hätte man perfekt funktionierende Petroleumlampen, aber keinen elektrischen Strom!«

*Dieser Beitrag beruht in wesentlichen Teilen auf J.Renn & H.Kant: Erfolge abseits des Mainstreams. MaxPlanckForschung H.3/2007, S.14–18.*